

Grad der möglichen Zielerfüllung ergibt. Ich hoffe, Sie haben dem folgen können. In der Zusammenfassung schreibt er dann, daß die Evaluierung beim Zielerfüllungsgrad und bei der Problemlösungskapazität gezeigt hat, daß im Prinzip alle Varianten ähnlich ausschauen, alle etwa einen ähnlich relativ geringen Wirkungsgrad haben und daß unter Summierung des Zielerreichungsgrades und der Problemlösungskapazität ähnliche Zahlen herauskommen – Zielerreichungsgrad und Problemlösungskapazität werden in Prozenten ausgedrückt. Er erhält dann Zahlen, wie 118,4, 114,4 und so weiter, also auf Zehntel genau. Der Schluß ist – er schreibt: Es wäre sinnvoll zu erwägen, spezifische Teillösungen zu suchen.

79 Seiten sind nicht wenig. Das Wochenende war etwas ruhiger, und ich habe mir die Studie daher auch tatsächlich sehr genau durchgelesen. Was ist insgesamt zu sagen? Immer dann, wenn man in einer Studie sehr viele Zahlen findet, Zahlenkolonnen, dann erheischt diese Studie eine gewisse Exaktheit, noch dazu, wenn die Stellen hinter dem Komma ausgeführt werden. Aber was nützt die genau Rechnung, wenn die Unsicherheit im Vorfeld liegt, nämlich schon im Ansatz, im Weg, wie ich überhaupt zu diesen Zahlen komme. Denn wie kommt er zu den Gewichtungsfaktoren?

Da werden zwölf Personen befragt. Und es ist gar keine Frage, würde ich andere zwölf Personen zu anderen Zeitpunkten befragen, mit anderen Umfeldsituationen, dann würde daraus eine andere Gewichtung mit anderen Gewichtungsfaktoren resultieren. Was muß man in diesem Zusammenhang sagen, und solche Evaluierungsstudien gibt es ja derzeit an den Universitäten, fast hätte ich gesagt, zum Saufüttern? Das ist alles nur ein reduziertes Bild der Wirklichkeit mit einer sehr hohen Unschärfe. Und die Unschärfe kommt nicht durch das Rechnen und wird auch nicht durch das Rechnen beseitigt, sondern die Unschärfe kommt vom Weg zu den Zahlen. Es gibt keinen – und das ist zu bemängeln – Hinweis, wie groß die Unschärfe ist, keinen Hinweis, wie groß die Schwankungsbreite in der Aussage ist. Daher kommt auch nicht viel heraus. Es gibt keinen Kommentar etwa zu den positiven oder negativen Erfahrungen der Bundesmuseen. Das wäre aber ganz wesentlich gewesen, weil hier praktische Erfahrungen das Ganze hätten beeinflussen können. Und vor allem, es gibt keine Überlegung, wie in der bestehenden Rechts- und Organisationsstruktur eine Teilrechtsfähigkeit einzuführen wäre analog zu den Universitätsinstituten oder zu den Bundesmuseen. Eine Studie mit viel Papier, vielen Zahlen, aber wenig Aussagen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.42 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Getzinger.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (13.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptfrau! Meine Damen und Herren!

Ich muß gestehen, ich teile die Ansicht von Herrn Kollegen Jeglitsch zu dieser Joanneums-Studie nicht. Ich habe sie als durchaus sehr gediegene Entscheidungsgrundlage hinsichtlich der weiteren Diskussion um die Weiterentwicklung der Rechtsform unseres

Landesmuseums Joanneum empfunden. Es gibt einige sehr wesentliche grundsätzliche Aussagen, aber auch Detailaussagen, die für die weiteren Diskussionen sowohl hier im Hohen Haus als auch in der Leitung des Landesmuseums als auch im Kuratorium des Landesmuseums sicherlich nutzbringend sein werden. Dafür möchte ich den Mitarbeitern der FoKu sehr herzlich danken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin der Ansicht, daß durch die Reform der Rechtsform des Landesmuseums hin zu einer eigenen Fachabteilung des Landes Steiermark, des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, vieles möglich gemacht wurde, was in der ursprünglichen Rechtsform nicht möglich gewesen wäre. Abgesehen davon, daß selbstverständlich durch die klare und eindeutige politische Prioritätensetzung durch den Landeskulturreferenten, Herrn Landeshauptmann Peter Schachner, im Landesmuseum einiges vorgebracht wurde. Ihnen ist bekannt, daß Trautenfels neu eröffnet wurde, daß das Landeszeughaus erheblich renoviert und erneuert wurde, die Neue Galerie ist erst kürzlich wieder teileröffnet worden. Die Neue Galerie ist damit wieder zu einem zentralen Schauplatz des „steirischen Herbstes“ geworden. Und derzeit laufen wesentliche Großinvestitionen in das wohl schönste Renaissancegebäude der Steiermark, abgesehen vom Landhaus selbstverständlich, in das Schloß Eggenberg, weil dort der Schauplatz für die Landesausstellung 2000 sein soll, der Hauptschauplatz. Das waren politische, finanzielle Prioritätensetzungen. In das Landesmuseum fließen außerordentlich pro Jahr in der Größenordnung von 50 bis 60 Millionen Schilling. Die Ernte kann mittlerweile bereits eingefahren werden. Auch die Großausstellungen – behaupte ich – wären in der alten rechtlichen Konstruktion des Landesmuseums wohl nicht in dieser Art und Weise, in dieser Größenordnung möglich gewesen, ihren Höhepunkt werden diese Großausstellungen das nächste Jahr mit der Gauguin-Ausstellung finden. Meine Damen und Herren, die Geschichte des Landesmuseums seit seiner Gründung durch Erzherzog Johann ist eine sehr, sehr wechselvolle. Ich behaupte, daß ab dem Jahr 1995/96 durch die Übernahme der Verantwortung für dieses Landesmuseum durch Landeshauptmann Schachner wirklich ein wesentlicher qualitativer und auch quantitativer Sprung vollzogen wurde. Aber die Debatten um die Rechtsform des Landesmuseums sind noch nicht abgeschlossen, und wie ich schon betonte, der erste Schritt ist getan, Richtung Fachabteilung. Das bedeutet gleichwertige Behandlung mit den anderen Fach- und Rechtsabteilungen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung. Aber ich denke doch, daß der Schritt hin zu einer noch größeren Selbstständigkeit gerade auch angesichts der neuen Aufgaben, die einem Universalmuseum wie dem Landesmuseum aufgebürdet sind seitens der öffentlichen Hand, erforderlich sein wird. Wahrscheinlich wird es Richtung gemeinnützige Stiftung gehen, um die Vorteile der vollen Rechtsfähigkeit zu optimieren und die Nachteile zu minimieren. Ich persönlich bin davon überzeugt, und auch diese Unterlagen haben mich davon überzeugt, daß das wahrscheinlich die optimale Rechtsform sein wird, um die öffentlichen Aufgaben, wie die Weiterentwicklung der Sammlungen und der wissenschaftlichen Untersuchungen, weiter fortführen zu können, um aber auch die privat-

wirtschaftlichen Aufgaben, die auf das Landesmuseum in seiner modernisierten Form „Landesmuseum Joanneum neu“ zukommen werden, in optimaler Weise bewältigen zu können.

Meine Damen und Herren! Das Landesmuseum befindet sich in einem geradezu revolutionären Umstrukturierungs- und Erweiterungsprozeß. Wir hoffen, daß in den nächsten Jahren auch Flavia Solva beispielsweise vom Landesmuseum übernommen werden wird und somit eine weitere Ausweitung des Landesmuseums und seiner Aufgaben erfolgen wird können. Der Mitarbeiterstand von etwas über 220 wird noch nicht Schlußpunkt sein. Ich glaube, daß gerade dann, wenn die Aufgaben des Landesmuseums ausgeweitet werden, auch dieser Mitarbeiterstand noch erhöht werden wird müssen. Nicht zuletzt sei darauf hingewiesen, daß das Landesmuseum immer auch das Leitmuseum für die kleineren – und ich spreche hier von 220 kleineren Museen der Steiermark – die Funktion des Leitmuseums übernehmen wird müssen. Viele Beratungsleistungen des Landesmuseums sind nutzbringend in den kleineren Heimat-, Regional- und Stadtmuseen der Steiermark erkennbar. Wie gesagt, der nächste Schritt ist bereits in Vorbereitung, die inhaltliche, wissenschaftliche Grundlage wurde mit dieser Studie geleistet. Ich denke, daß wir bereits im nächsten Jahr den nächsten Schritt hin zu einer größeren Unabhängigkeit, zu einer größeren Selbständigkeit des Landesmuseums gehen werden können. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.47 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

12. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 360/9, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Dr. Karisch, Pußwald und Tschernko, betreffend einen Wegfall der Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge für SchülerInnen der Krankenpflegeschulen, der medizinisch-technischen Akademien sowie der Schule für den medizinisch-technischen Fachdienst.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (13.48 Uhr): Ich darf zum gegenständlichen Stück folgenden mündlichen Bericht dem Landtag zur Kenntnis bringen.

Der Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler stellt den Antrag, daß erstens der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Dr. Karisch, Pußwald und Tschernko, betreffend den Wegfall der Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge für Schüler und Schülerinnen der Krankenpflegeschulen, der medizinisch-technischen Akademien sowie der Schule für den medizinisch-technischen Fachdienst zur Kenntnis

genommen wird, und zweitens die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß die gesetzlichen Bestimmungen so geändert werden, daß die Schüler und Schülerinnen der Krankenpflegeschulen der medizinisch-technischen Akademien sowie der Fachschulen für medizinisch-technischen Fachdienst, Antrag, Einl.-Zahl 360/1, in Zukunft bei ihren Angehörigen versichert bleiben. Ich bitte um Annahme dieses mündlichen Berichtes. (13.49 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für den Bericht. Bei diesem Tagesordnungspunkt hätten auch – sofern anwesend – die Mitglieder des Bundesrates das Rede-recht. Gemeldet ist allerdings Kollege Lopatka. Er hat das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (13.50 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann es relativ kurz machen, möchte aber trotzdem die Gelegenheit nicht versäumen, zu diesem Punkt das Wort zu ergreifen, weil es wieder einmal ein Punkt ist, wo das Land zur Kasse gebeten wird, ohne daß es eine sachliche Rechtfertigung gibt. Das Land zahlt Jahr für Jahr rund 30 Millionen Schilling für Schülerinnen, die eigentlich bei den Eltern mitversichert sein könnten. Aber diese Schülerinnen sind eben besondere Schülerinnen, sie sind in der Ausbildung im Krankenpflegefachdienst, in gehobenen medizinisch-technischen Diensten oder in medizinisch-technischen Fachdiensten. Und hier gibt es eine Uraltregelung aus den fünfziger Jahren, die besagt, daß für diesen Personenkreis, obwohl er keine Dienstnehmereigenschaft hat, es sind ja Personen, die in Ausbildung stehen, trotzdem hier seitens des Landes die Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten sind. Es ist so, daß das Land im Jahr 30 Millionen Schilling aufzubringen hat. Auf die Frage, warum das eigentlich so der Fall seitens der zuständigen Stellen des Bundes ist, ist nur als Antwort gekommen, und Sie hören richtig, und das Hauptargument für die Beibehaltung war, daß bei Wegfall ein Beitragsentgang von 30 Millionen Schilling zu erwarten wäre, und das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales eben auf diesen Einnahmenentfall nicht verzichten kann. Es gibt überhaupt keine sachliche Begründung, daß diese Schülerinnen nicht wie alle anderen Schüler bei ihren Eltern mitversichert bleiben. Für einzelne Schüler ist das sogar eine Schlechterstellung, weil die Versicherungen der Eltern mehr an Leistungen bieten als diese Pflichtversicherung, die seitens des Landes geleistet wird. Ich hoffe sehr, daß es gelingt, weil auch die anderen Fraktionen der Meinung waren, daß man eigentlich eine Änderung zustandebringen müßte, daß in Zukunft die betreffende Bestimmung im ASVG, die schon im Jahr 1955 enthalten ist, einer Änderung zugeführt wird. Es ist wirklich nur historisch erklärbar, daß man damals eine zusätzliche Motivation – so wird es begründet – gesucht hat, daß jemand einen Gesundheitsberuf ergreift. Diese Zusatzmotivation braucht man heute sicherlich nicht, das Gegenteil ist der Fall. Wir können gar nicht alle Schülerinnen und Schüler in die entsprechenden Schulen aufnehmen, weil der Andrang immer ein viel größerer ist als die Kapazität der jeweiligen Schulen. Daher bitte ich die

Abgeordneten des Landtages, diesem Antrag die Zustimmung zu geben, und hoffe sehr, daß in der nächsten Legislaturperiode auf Bundesebene eine Änderung möglich ist, denn immerhin handelt es sich hier pro Legislaturperiode um 150 Millionen Schilling, die das Land zu entrichten hat, ohne daß auch nur irgendeine sachliche Rechtfertigung gegeben ist. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.52 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Da eine weitere Wortmeldung nicht vorliegt, bitte ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Händezwischenzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

13. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 982/5, zum Beschluß Nr. 1055 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Dezember 1998 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Hartinger und Bacher, betreffend Datenaustausch Steiermärkische Gebietskrankenkasse für Projekt „Erarbeitung von Instrumenten zur Beobachtung und Prognose von Entwicklungen im intra- und extramuralen Bereich des steirischen Gesundheitswesens“.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Hartinger (13.53 Uhr): Bericht, Einl.-Zahl 982/5, der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 1055 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Dezember 1998 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Hartinger und Bacher, betreffend Datenaustausch Steiermärkische Gebietskrankenkasse für Projekt „Erarbeitung von Instrumenten zur Beobachtung und Prognose von Entwicklungen im intra- und extramuralen Bereich des steirischen Gesundheitswesens“. Der zuständige Landesrat Günter Dörflinger hat die erwähnte Problematik dem Bundesministerium für Gesundheitswesen schriftlich mitgeteilt und gleichzeitig ersucht, eine rasche und positive Lösung zu finden. Eine Antwort auf dieses Schreiben ist bis jetzt noch nicht eingelangt. Nach Vorliegen dieses Schreibens wird dem Hohen Landtag ein entsprechender Bericht erstattet. Es wird jedoch gebeten, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 1055 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Dezember 1998 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Hartinger und Bacher, betreffend Datenaustausch Steiermärkische Gebietskrankenkasse für Projekt „Erarbeitung von Instrumenten zur Beobachtung und Prognose von Entwicklungen im intra- und extramuralen Bereich des steirischen Gesundheitswesens“, wird als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen. (13.54 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

14. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Anträge, Einl.-Zahlen 1212/1 und 1231/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Bacher, Mag. Erlitz, Tasch, Kröpfl und Straßberger, betreffend die Kandidatur der Region Murau/Kreischberg für die Snowboard-WM 2003.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Flecker (13.55 Uhr): Ich beuge mich in andere Spähren. Der Ausschuss für Gesundheit, Sport und Spitäler hat in seiner Sitzung am 14. September 1999 über die Anträge, Einl.-Zahlen 1212/1 und 1231/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Bacher, Mag. Erlitz, Tasch, Kröpfl und Straßberger, betreffend die Kandidatur der Region Murau/Kreischberg für die Snowboard-WM 2003, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuss für Gesundheit, Sport und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Bewerbung der Region Murau für die Snowboard-WM im Jahr 2003 am Kreischberg zu unterstützen und im Zusammenhang mit dieser wichtigen Sportveranstaltung die finanziellen Voraussetzungen für die Organisation und die Investitionen mit Auswirkungen auf Tourismus und Wirtschaft der Region zu schaffen. Ich bitte um Annahme! (13.55 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung zu diesem Punkt liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 15 und 16 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

15. Bericht des Ausschusses für Föderalismus und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 785/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Porta, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend Überprüfung und Dokumentation von bestehenden Sonderverträgen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Peinhaupt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (13.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf Ihnen den Mündlichen Bericht Nr. 260 zur Kenntnis bringen.

Der Ausschuss für Föderalismus und Verwaltungsreform hat in seinen Sitzungen am 12. Mai 1998 und am 14. September 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 785/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-

Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Porta, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend Überprüfung und Dokumentation von bestehenden Sonderverträgen, beraten.

Im Antrag, Einl.-Zahl 785/1, wird die Landesregierung aufgefordert, erstens alle bestehenden Sonderverträge zu prüfen, zweitens für Verträge, die über dem Landesschema dotiert sind, eine ausführliche Begründung zu erstellen, drittens überhöht dotierte Verträge zum ehestmöglichen Zeitpunkt anzupassen beziehungsweise zu kündigen und viertens dem Landtag eine schriftliche Dokumentation dieser Untersuchung vorzulegen.

Zu diesem Antrag wurde eine Stellungnahme der Landesregierung eingeholt, die nunmehr seitens der Personalabteilung vorliegt. Die Regierungsvorlage beinhaltet eine Auflistung sämtlicher im Ressortbereich abgeschlossener Sonderverträge und freier Dienstverträge.

Es wird berichtet, daß die Gründe, die zum Abschluß eines Sondervertrages führen, unterschiedlich sind. Da für die Erfüllung einzelner Aufgaben oftmals ein spezielles Fachwissen notwendig ist, über das im Dienststand befindliche Landesbedienstete nicht verfügen, sind diese Leistungen zuzukaufen. Bei der Suche nach Spezialisten ist jedoch zweierlei zu bedenken. Zum einen sind diese Personen oftmals bereits anderweitig beruflich gebunden oder auch selbständig tätig, so daß dieser Personenkreis die Begründung eines Dienstverhältnisses zum Land Steiermark nicht unbedingt anstrebt. Um dennoch die Leistungen und das Fachwissen dieser Fachleute in Anspruch nehmen zu können, wird ein freier Dienstvertrag abgeschlossen.

Das Entgelt von Sonderverträgen liegt immer über den Entgeltansätzen des Vertragsbedienstetengesetzes, weil durch das Angebot meist das in der Privatwirtschaft erzielte Entgelt überboten werden muß. Die gegenüber einem vergleichbaren Beamten höhere Entlohnung bei Sonderverträgen gleicht sich jedoch mit fortschreitendem Dienstalter aus, so daß letztendlich die Entlohnung des vergleichbaren Beamten höher ist. Die Mehrkosten zu Beginn des Vertragsverhältnisses gleichen sich somit mit fortschreitender Vertragsdauer meistens aus.

Entgegen den Sonderverträgen, die auf unbestimmte Zeit abgeschlossen werden, ist bei befristeten Verträgen zusätzlich noch das Risiko (keine Verlängerung der Vertragsdauer), das mit einem befristeten Dienstverhältnis verbunden ist, abzugelten. Beim Abschluß der Sonderverträge für Mitarbeiter in Regierungsbüros sind diese beiden Aspekte bei der Entgeltgestaltung zu berücksichtigen. Die Vertragspartner kommen hier durchwegs aus der Privatwirtschaft.

Darüber hinaus muß bedacht werden, daß der Abschluß eines Sondervertrages eine Pragmatisierung ausschließt. Um eine über der ASVG-Pension liegende entsprechende Altersvorsorge sicherzustellen, muß sich dieser Personenkreis selbst mit Eigenmitteln um eine entsprechende Altersvorsorge bemühen. Das Land Steiermark hat für Bedienstete mit Sondervertrag keine Pensionslasten zu tragen.

Für die Sonderverträge betrug der Personalaufwand 1998 insgesamt 21,769.169,14 Schilling, davon 3,115.493,33 Schilling Dienstgeberbeiträge und 87.350 Schilling Familienbeihilfe aus der Selbstträgerschaft. Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist es nicht möglich, in der Stellungnahme an den Ausschuß die Höhe der Fixbezüge personenbezogen bekanntzugeben.

Der Ausschuß für Föderalismus und Verwaltungsreform stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Föderalismus und Verwaltungsreform zum Antrag, Einl.-Zahl 785/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Porta, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend Überprüfung und Dokumentation von bestehenden Sonderverträgen, wird zur Kenntnis genommen. (13.57 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke für den Bericht.

16. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 880/4, zum Beschluß Nr. 802 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Juli 1998 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Ing. Peinhaupt, Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Hartinger, Dietrich, Porta, List, Ing. Schreiner, Schinnerl, Wiedner und Korp, betreffend Personalverwaltung des Landes, Überprüfung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Peinhaupt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (13.57 Uhr): Ich darf zur gegenständlichen Vorlage berichten, daß der erste Teil dieser Vorlage mit dem eben Berichteten ident und lediglich erweitert ist um die Begründung von Belohnungen und um die Dienstpostenbewertung, die auch in dieser Vorlage als eindeutig rechtmäßig dargestellt wird. Ich darf auch in diesem Fall bitten, diese Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. (13.58 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Gibt es zu einem der Punkte eine Wortmeldung respektive gemeinsam zu den Punkten 15 und 16? Das ist nicht der Fall.

Wir stimmen daher über den Tagesordnungspunkt 15 ab. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Punkt 16 der Tagesordnung. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf auch hier die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

17. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 890/3, zum Beschluß Nr. 886 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Oktober 1998 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzin-

ger, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend die weitere Finanzierung der EU-Regionalmanagementstellen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (13.59 Uhr): In der letzten Sitzung des Europa-Ausschusses haben wir über die Regierungsvorlage zu unserem Antrag, Einl.-Zahl 890/3, beraten und waren mit der Vorlage nicht zur Gänze zufrieden, so daß wir beschlossen haben, nunmehr dem Hause folgenden Antrag vorzulegen:

Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 886 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Oktober 1998 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend die weitere Finanzierung der EU-Regionalmanagementstellen, wird zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die bestehenden Regionalmanagementstellen über das in der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 890/3, berichtete Ausmaß hinaus so zu fördern beziehungsweise vorzufinanzieren, daß sie im bisherigen Umfang als bewährte Einrichtungen erhalten bleiben. Für die Funktionsfähigkeit des neuen Regionalmanagements Graz/Graz-Umgebung ist ebenfalls angemessen zu sorgen. Ich bitte um Kenntnisnahme. (14.00 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zunächst zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker.

Abg. Dr. Flecker (14.00 Uhr): Ich hoffe, ich habe den Gordischen Knoten der bedingten Wortmeldungen dadurch durchbrochen, indem ich mich jetzt endgültig zu Wort gemeldet habe.

Meine Damen und Herren, vielleicht zuerst ganz kurz zur Frage der Regionalmanagementstellen. Wir wissen, daß wir im Budget pro bestehendes Regionalmanagement einen Betrag von 500.000 Schilling vorgesehen haben. Wir haben sowohl im Finanz-Ausschuß als auch im letzten Ausschuß den vom Kollegen Grabner vorgetragenen Entschließungsantrag beschlossen. Der resultiert daraus – und ich darf das vielleicht aus dem Beispiel der Regionalmanagementstelle Liezen schildern – wir werden mit dem Zuschuß von 500.000 Schilling deswegen nicht das Auslangen finden, weil der Bund sich mittlerweile darauf verstanden hat, von einer bisherigen Förderung in anderer Höhe sich auf ein Zehntel Euro in Hinkunft pro Einwohner zu reduzieren. Und wenn ich jetzt den Bezirk Liezen zum Beispiel hernehme – es gibt natürlich auch noch andere Bezirke, nur, Liezen kenne ich von innen her und kenne ich genauer –, dann hieße das, daß der bisherigen Förderung des Bundes von 285.000 Schilling, die durch die EU verdoppelt wurde,

entgegenzustellen sind in etwa 100.000 Schilling, wenn ich nach dem Einwohnerschlüssel gehe – bei 80.000 Einwohnern –, so daß es zu einem Verlust von nahezu 400.000 Schilling kommt, der von niemandem aufgefüllt werden kann, obwohl die Gemeinden sich entschlossen haben, 10 Schilling pro Einwohner – das ist glaube ich der höchste Beitrag, den die steirischen Bezirke bringen – zu finanzieren.

Und darum – aus Gründen der Chancengleichheit der Bezirke untereinander – dieser Ausschußantrag, daß wir dafür sorgen, daß sämtliche Regionalmanagementstellen in der Steiermark in der bisherigen Form, also mit dem bisherigen Umfang, weitergeführt werden können und daß auch der Bezirk Graz-Umgebung – Graz, Graz-Umgebung –, die an einer Regionalmanagementstelle basteln, entsprechend in einer akzeptablen Form in das Konzert der Regionalmanagementstellen eingebracht werden können.

Ich bin sehr dankbar, daß wir als Ausschuß diesen Antrag gestellt haben und daß wir als Ausschuß zu diesem Beschluß gekommen sind. Wir haben sowohl vom Landesrat Ressel als auch vom Landesrat Paierl Verwendungszusagen. Das Restliche wird davon abhängen, was letztlich bei den Verhandlungen mit dem Bund herauskommen wird.

Ich kann gleich vorweg sagen, weil ich den Entschließungsantrag der liberalen Fraktion kenne, daß wir natürlich auch da zustimmen werden, wenn man verlangt, daß das Ergebnis der Verhandlungen dem Hohen Haus mitgeteilt wird und wir dann sozusagen die Endabrechnung dafür bekommen.

Ich darf aber auf ein zweites Thema kommen, zu dem ich einen Entschließungsantrag einzubringen habe. Das ist die Frage der Zielgebietskulisse im Zuge der neuen Periode bis 2006.

Meine Damen und Herren, es ist groß gefeiert worden, daß die Steiermark im Konzert der Landeshauptleutekonferenz gut abgeschnitten habe, weil sie nur 19,8 Prozent Kürzung von den bisherigen Zielgebieten hinnehmen müsse.

Dem stehen zwei grundsätzliche, wenn man es hinterfragt, Überlegungen entgegen.

Das eine ist, daß natürlich 19,8 Prozent, gerechnet an einer Kulisse von in etwa 800.000, eine wesentlich höhere Einbuße in absoluten Zahlen bedeuten als in etwa 30 Prozent von 100.000, wie es andere Bundesländer erwischt hat. Und insofern waren die 19,8 Prozent von vornherein in der Vermarktung der Öffentlichkeitsarbeit eine Scharlatanerie, weil man es nicht vergleichen kann. Insofern ist zum Beispiel Kärnten, die eine wesentlich geringere Einwohnerzahl in der Kulisse hatten, mit 19,8 Prozent wesentlich besser ausgestattet als die Steiermark. Damit das einmal klar gestellt ist.

Zweitens ist dazu zu sagen, daß selbst die EU-Stabsstelle, die bei der Frau Landeshauptmann angesiedelt ist, in ihrem Amtsvortrag zur steirischen Kulisse zur österreichischen Aufteilung sagt – und ich zitiere das – „Mit Ausnahme von Graz und Graz-Umgebung weisen alle Nuts-III-Ebenen – und das sind Obersteiermark, West-, Südsteiermark – so schlechte Werte auf, daß sie nach Problemschwere hätten in die Zielgebietskulisse zur Gänze wie bisher aufgenommen werden müssen.“ Und wenn man dem Vorschlag des

Bundes mit seinem Mischindikator gefolgt wäre, hätte die Steiermark keine Kürzungen in Kauf nehmen müssen. Die Frau Landeshauptmann hat in der sogenannten ÖROK-Konferenz diese 19,8 Prozent, die letztlich keine 19,8 Prozent sind – ich überlasse den Beweis den Mathematikern, aber 19,8 Prozent von 800.000 sind nicht das gleiche wie von 100.000, man hätte es müssen absolut rechnen –, hingenommen. Das war, und das sei hier objektiv festgestellt, ein schlechtes Ergebnis in den Verhandlungen. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß der größte Gegner der Steiermark, der sich dann letztlich gegenüber einer objektivierbaren Kulisse nach der Problemschwere durchgesetzt hat gegen die Frau Landeshauptmann, der bei uns allseits beliebte Niederösterreichische Landeshauptmann, nämlich der Herr Pröll, war. Daß dann natürlich Inserate und Plakate mit dem Konterfei der Frau Landeshauptmann und mit der Erläuterung „durchgesetzt“ das Ergebnis Lüge strafen, ist so, und ich kann damit nur eine Parallele zu den noch bestehenden Plakaten im Hinblick auf den Semmeringtunnel sehen, wo ja der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich auch wiederum ein neues Gesetz beschlossen hat, das die Sache auch wieder verewigt.

Ich glaube, wer sich bei solchen Verhandlungen über den Tisch ziehen läßt, der sollte nicht behaupten, sich durchgesetzt zu haben, denn dann, meine Damen und Herren, sitzt man, verursacht durch die Hebelwirkung, bestenfalls daneben.

Ich will noch ein zweites Thema anschnitten, das ist die innersteirische Kulisse. Was hat man für die innersteirische Kulisse als Kriterien herangezogen? Zuerst einmal das vierjährige Monitoring in der EFRE-Kulisse. Das heißt, vom Chinesischen ins Deutsche übersetzt, daß jene Gemeinden und Orte, die von 1995 bis 1999 keine Projekte zusammengebracht haben, von vornherein aus der innersteirischen Kulisse ausgeschieden sind.

Eine äußerst faire Vorgangsweise, wenn man bedenkt, daß das Ganze erst vier Jahre läuft und oft schon die Entwicklung von Projekten eine längere Vorlaufzeit hat als diese vier Jahre. Ich denke daran, zum Beispiel – ich darf wieder meinen Bezirk hernehmen –, daß ein Super-EFRE-Projekt, nämlich der Zusammenschluß der Schiberge, verwirklicht wurde im Westteil des Bezirkes, die EU-Mittel aber nicht in Anspruch genommen wurden, weil das Land dort Mehrheitsgesellschafter ist. Es sind die ganzen Gemeinden dort hinausgeschmissen worden, hinausgefallen, weil vier Jahre nichts geschehen sein soll.

Ich frage mich, wenn wir nächste Woche oder übernächste Woche beginnen, Hotelsonderförderungsprojekte generell für dieses Land zu verhandeln, wo bitte denn als in den Fremdenverkehrskonzentrationsgebieten – da nehme ich die Dachstein-Tauern-Region her, da nehme ich das Ausseer Land her, da nehme ich das Thermenland her –, wo sonst sollen die Platz greifen als dort? Und dann zu sagen, das sind keine Gebiete, die einen Entwicklungsstandard aufweisen, ist hanebüchen und hat alles nichts mit Objektivität zu tun. Das, was ganz sicher in dieser seinerzeitigen Einteilung nicht vorhanden ist, ist das, was wir immer moniert haben und was auch in der österreichischen Aufteilung nicht zustande-

gebracht wurde, nämlich eine Hereinnahme der Kriterien Arbeitslosigkeit, der Kriterien Pendlerbewegung, Bevölkerungswanderung und Kaufkraft der Region in einem Mischschlüssel, um die Problemschwere zu berücksichtigen, das heißt, daß ich natürlich jenen Gebieten, die wirtschaftlich am meisten benachteiligt sind, am ehesten Platz im Ziel-2-neu-Gebiet geben muß als anderen, die besser entwickelt sind, die weniger Arbeitslosigkeit haben und dergleichen. Und so kommt es dazu, daß zum Beispiel jener Bezirk der Steiermark – und sehen Sie mich jetzt nicht nur als Liezener Abgeordneten –, daß jener Bezirk der Steiermark, der jahresweit die höchste Arbeitslosenrate aufweist, nämlich der Bezirk Liezen, in Wirklichkeit bei der Neueinteilung 59 Prozent der Gemeinden und in etwa 50 Prozent der Einwohner aus dem Gebiet Ziel 2 neu verliert. Meine Damen und Herren, wer dann noch behauptet, das hat irgendetwas mit Problemschwere zu tun, der liegt daneben. Ich darf dazu sagen, daß der Bezirk in seiner Regionalkonferenz vorige Woche einen einstimmigen Beschluß gefaßt hat, sich gegen diese Zielgebietskulisse intern auszusprechen. Und natürlich gibt es jetzt die Beruhigungsspielen. Es gibt die Beruhigungsspielen des Phasing-out und es gibt die Beruhigungsspielen jener Förderungsprogramme, die zielgebietsunabhängig sind.

Aber zum Ersten, meine Damen und Herren, das Phasing-out ist erstens regressiv, und zweitens wird mir wohl niemand logisch erklären können, daß ein Gebiet, wenn es einmal herausen ist aus der Zielgebietskulisse, nicht in einem irreversiblen Prozeß ist. Das heißt, die brauchen gar nicht mehr träumen davon, jemals in eine Förderungskulisse für EU-Förderungen wieder hineinzukommen.

Und zum Zweiten, diese Spezialförderungen, die zum Beispiel für ländliche Gebiete vorgesehen sind, da habe ich schon auch zum Beispiel den Tourismus drinnen, aber ich habe dort eine andere Tourismusförderung als im Ziel 2 neu. Darum ist es zum Beispiel wieder in Liezen, wo wir nicht nur den sanften Tourismus verbreiten im Bereich der Dachstein-Tauern-Region oder im Ausseer Land, dort noch eher, natürlich ein Nachteil. Und wenn das so weitergeht, Herr Präsident, ich will das gerne aufgreifen, dann werden wir sehr, sehr sanft werden, aber der Tourismus wird sich so entsäften, daß er sich wirklich in Grabesstille bewegen wird.

Die dritte Komponente, meine Damen und Herren, ist, daß jetzt auf Grund eines Rechenfehlers, der glaube ich auf Bundesebene passiert ist, eine zusätzliche Kürzung von 12.200 Einwohnergleichwerten, wenn Sie so wollen, steiermarkweit, österreichweit kommen soll. Jetzt habe ich mir gedacht 19,8 Prozent von 12.200 sind 2400, die EU-Stabstelle der Frau Landeshauptmann will um 3398 kürzen – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das Bundeskanzleramt!“), auch das Bundeskanzleramt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Nicht auch!“) Ich weiß, wir können uns nirgends durchsetzen, lieber Freund. Ihr seid berühmt im Plakatieren eurer Durchsetzbarkeit und seid ebenso berühmt, nur zu plakatieren und nichts fertigzubringen. Aber, gerade bei dieser Rechnung sind wir dann draufgekommen, daß in Wirklichkeit mit den 19,8 Prozent ursprünglich eine Scharlatanerie geschehen ist,

weil ich das alles wieder in Relation zur gesamtursprünglichen EFRE-Kulisse sehen muß, so daß in Wirklichkeit in der Steiermark, und das spiegelt dann letztendlich das ursprüngliche Bild wider, die Steiermark ein Drittel dieser Kürzung schlucken muß mit 4000. Das heißt, daß wir in absoluten Zahlen in Wirklichkeit die Verlierer sind, weil wir von allen Bundesländern ein Drittel kassieren müssen. Daß das ein Erfolg ist, das mag man irgendwem erzählen, das mag man irgendwo plakatieren, aber das mag man, wenn man es realistisch sieht, als eine Art Ohnmachtdarstellung entgegennehmen können. Unsere Meinung ist, und ich komme dann schon zu meinem Entschließungsantrag, daß die Steiermark, die so über den Tisch gezogen wurde und die so erfolglos war in diesen Verhandlungen, erstens einmal von diesen neuerlichen Kürzungen nichts akzeptieren sollte und diese ÖROK-Konferenz, das ist die Konferenz von Landeshauptleuten aus einer anderen Themensicht, sich darauf einigen sollte, wenn man das erreicht, sind wir sehr froh, wenn man sich durchgesetzt hat, und zum Zweiten, daß die innersteirische Festlegung der Kulisse – ich habe mich da gestern versichert, das geht – neu überdacht wird und nach Problemschwere festgesetzt wird. Eine österreichweite Neuverhandlung, Frau Landeshauptmann, wollen wir Ihnen nicht aufbürden, ich glaube, wir müssen die Grenzen der Möglichkeiten erkennen.

Ich darf daher folgenden Unselbständigen Entschließungsantrag einbringen, wobei ich mich auf Grund der Zeit auf den Antrag selbst beschränke. Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der steirische Landeshauptmann wird aufgefordert, jedenfalls in der nächsten Sitzung der Landeshauptleute vehement dafür einzutreten, daß die auf Grund der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 26. August 1999 erforderliche Reduzierung der Gesamtkulisse um 12.200 Einwohner in der Steiermark im Sinne der Begründung dieses Antrages – und die Begründung habe ich nicht gelesen, aber vorweg gesagt – zu keinerlei Reduktionen gegenüber der bisher vorgeschlagenen Ziel-2-Gebietskulisse führen darf.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Ziel-2-Gebietskulisse für die Steiermark – zur Klarstellung: damit ist die innersteirische Kulisse gemeint – nach nachvollziehbaren Kriterien unter massiver Berücksichtigung von Arbeitslosenzahlen, Pendlerbewegungen, Bevölkerungsveränderung und der Kaufkraft in den Regionen neu festzulegen.

Ich glaube, man legt hier keine Latten, die nicht zu überspringen sind, und ich glaube, es wäre mit der Verhandlung der Kulisse neu durchaus, wenn man bereit ist auch von seiten des Ressorts Paierl, etwas Transparenz walten zu lassen und vielleicht sogar die Regionen einzubeziehen möglich, eine gerechte Aufteilung zu finden, daher bitte ich Sie, diesem Entschließungsantrag Ihre Zustimmung zu geben. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.19 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Präsident Vesko. Er hat das Wort, nach ihm die Frau Abgeordnete Keshmiri.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (14.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben jetzt eine Einführung in Zahlenspiele gesehen, wie sich die Förderungskulisse darstellt, und obwohl ich nicht in allen Bereichen damit übereinstimme, kann ich mit dem Brustton der Überzeugung auch als regionaler Abgeordneter sagen, daß tatsächlich das, was hier über den Bezirk Liezen gesagt wurde, durchaus berechtigt ist. Und ich möchte voranschicken, daß wir den Unselbständigen Entschließungsantrag der Sozialdemokraten unterstützen werden.

Ganz so klar und deutlich, wie es hier gesagt worden ist, kann ich mich aber trotzdem nicht mit dem Gegebenen abfinden, weil – und das muß uns auch klar sein – bei den Verhandlungen auf Bundesebene in der Landeshauptmännerkonferenz ja die Alternative von einer Kürzung in der Form, wie sie stattgefunden hat, und einer linearen Kürzung im Gespräch stand und wir durchaus bei einer linearen Kürzung auch trotz aller Prozent- und Rechenbeispiele schlechter abgeschnitten hätten, als es bisher der Fall war.

Was mich aber an dem Ganzen besonders stört, ist der Umstand, daß, je weiter man sich von den Grenzregionen weg begibt, desto schlechter sind die Regionen beteiligt, obwohl wir vom Land – und das einstimmig – zusätzliche Maßnahmen für das Grenzland geschaffen haben. Schlußendlich kann ich, nachdem ich mir die Situation wie sie sich heute darstellt anschau, durchaus feststellen, daß das Oberland und eben speziell der Bezirk Liezen das erste Opfer der zukünftigen Osterweiterung ist, weil gerade jene Maßnahme, die wir gesetzt haben, wo wir gesagt haben, wir müssen die Steiermark fit machen für eine Osterweiterung, weil wir sie schlußendlich nicht aufhalten werden können, sofern nicht ein generelles Umdenken stattfindet und die Alarmglocken da und dort zu läuten beginnen. Daher müssen wir die Steiermark als Ganzes als Grenzland bezeichnen. Insofern muß ich dem Kollegen Flecker schon recht geben, der Bezirk Liezen ist hier sehr zum Handkuß gekommen. Und dies ist umso gravierender, weil auch in anderen Bereichen der Bezirk Liezen blockiert wird. Ich sage jetzt nicht vom Land, sondern generaliter. Das betrifft den Bund genauso. Wir haben also das Problem mit den beiden Fachhochschulen, wo wir einfach nicht über die Hürden kommen, und in vielen anderen Bereichen auch. Sie wissen, daß ich mich ständig um ein bißchen Verständnis bemühe auch beim Kollegen Paierl. Er zeigt es zwar verbal schon, und es beginnen sich am Horizont Maßnahmen abzuzeichnen, die in diese Richtung führen. Es kann auch nicht sinnvoll sein, bei den Betriebsansiedlungen derartige Schwerpunkte und Ballungszentren zu setzen, die schlußendlich einen reversiblen Prozeß auslösen werden. Vor der Gefahr sollte man heute schon warnen, und man sollte versuchen, daß jene Bereiche, die auch ein gewisses Potential haben, die als sogenannte, wie man sie in der EU bezeichnet, sterbende Industriegebiete durchaus auch eine Berechtigung hätten, dort besonders berücksichtigt werden.

Was die Werbung betrifft, Frau Landeshauptmann, ich hätte mir gewünscht, wenn dieses Thema so über die Bühne gegangen wäre, wie wir geglaubt haben, daß man es vorab in den einzelnen Gremien, vom Aus-

schuß des Landtages bis hin zur Regierung, gesehen hat, als eine Notwendigkeit, für die Steiermark das Beste herauszuholen. Das Beste in der Situation sind 100 Prozent, alles andere ist schlechter. Aber unter den gegebenen Umständen wären wir der Meinung, daß das erreichte Ergebnis durchaus auch Platz hat, wenn man es im Lande entsprechend verteilt, weil wir eben, wissend, daß wir nicht jene 100 Prozent erreichen können, durchaus schon vorab Leistungen in Richtung Grenzland erbracht haben beziehungsweise diese zu erbringenden Leistungen hier bereits festgelegt haben, um zu gewährleisten, daß also da hier ein gewisses Gleichgewicht zustande kommt und vor allem, daß niemand zu Schaden kommt.

Wir stehen heute in der Situation, daß wir jene vielzitierte Förderfalle EU in allen damit verbundenen Facetten erleben. Ich glaube, und ich sage das mit vollem Bewußtsein, daß wir uns vieles erspart hätten an Unzufriedenen in der Bevölkerung, an einem Kampf gegen Windmühlen, wenn wir von vornherein gesagt hätten, wir zahlen unseren Beitrag nach Brüssel, und das, was wir für die Förderung noch draufzahlen müssen, behalten wir uns, und wir nehmen unser Lös selbst in die Hand. Ich glaube und bin überzeugt davon, daß wir auf diesem Wege sicherer und besser gefahren wären. (Beifall bei der FPÖ.)

Was uns erwartet, meine Damen und Herren, in bezug auf das Facing out, da bin ich ganz beim Kollegen Flecker. Der Bezirk Liezen hat sich aus den Förderprogrammen verabschiedet. Das gilt für den landwirtschaftlichen Bereich. Das gilt vor allem aber für den Ziel-2-Gebietsbereich, der mit dem alten, der jetzt in eine neue horizontale Ebene zum Teil beschränkt wieder eingebaut ist, nur unvergleichbar ist. Ich sage Ihnen, all jene vielen Hoteliers und alle vielen Hotels und gastronomischen und touristischen Einrichtungen, die den Besitzern schon nicht mehr gehören, sondern den Banken, werden wir mit den uns zu Gebote stehenden Werkzeugen nicht mehr flott kriegen. Wir werden uns bemühen müssen, und zwar möglichst rasch. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „German, bitte, Entschuldung hättest du mit den anderen auch nicht machen können!“)

Nein, aber jetzt muß ich. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Entschuldige bitte, du weißt, da verstehst du ein bißchen zuviel davon!“)

Ich sage ja, wir müssen uns bemühen, mehr denn je auf dieser Schiene zu fahren, um jene Schäden, die wir auf Grund der Förderung haben, auszugleichen, weil ich überzeugt bin davon oder weil ich wenig Hoffnung hege, sagen wir so, daß es möglich sein wird, Gravierendes an der bestehenden Vereinbarung zu ändern. Das heißt also, wir müssen, hier im Haus beginnend, alles daransetzen, um dafür zu sorgen, daß diese Regionen auch von der betrieblichen Struktur her saniert werden. Dazu sind die Banken gefordert. Dazu ist das Land gefordert. Dazu ist aber vor allem der Bund gefordert mit einer Steuerpolitik, die es schließlich ermöglicht, hier noch größeren Schaden zu verhindern. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das hat nichts mit der Wettbewerbs- und Zielgebietskulisse zu tun!“) Nein, aber es ist eine Maßnahme, wenn die Wettbewerbs- und Zielgebietskulisse nicht mehr da ist, um ihnen auf diesem Wege zu helfen, dann muß man, bitte, einen anderen schaffen. A und B. Und

wenn A nicht geht, weil anders beschlossen, dann muß B forciert werden. Ich glaube, das ist eine sehr klare Aussage, und wenn wir uns daran halten, dann werden wir auch etwas weiterbringen.

Das gilt aber nicht nur für den Bezirk Liezen. Das gilt selbstverständlich auch für die Industriegebiete im Bereich des Murtales und des Mürztales. Ich bin überzeugt davon, daß es auch noch einige andere Punkte gibt, wo wir es dringend nötig haben.

Meine Damen und Herren, wir werden nicht mit Hauskeksprojekten EU-gefördert und anderen kleinen Grenzlandprojekten, wie sie jetzt gerade im Gange sind, das Problem lösen. Problemlösungen bedürfen größerer Einheiten. Und den Mut zu diesen größeren Einheiten wünsche ich uns allen. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. – 14.27 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist die Frau Abgeordnete Keshmiri am Wort.

Abg. Keshmiri (14.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Meine Vorredner sind schon auf unseren Entschließungsantrag eingegangen, deshalb möchte ich nicht näher eingehen und ihn dann nur kurz vorlesen. Intention unseres Antrages war es, daß wir mit der Regierungsvorlage, so wie sie uns im Ausschuß vorgelegt wurde, insofern nicht einverstanden waren, als daß sie die Vorgaben nicht erfüllt hat, und zwar die Vorgaben in bezug auf Information und die Vorgaben auf die weiteren Vorbereitungsschritte, die noch notwendig sind, um die EU-Regionalmanagements weiter zu fördern.

Ich möchte nur erwähnen, wir werden gegen diesen Tagesordnungspunkt stimmen, aber nicht deswegen, weil wir gegen die Finanzierung der EU-Regionalmanagements sind, sondern weil eben die Vorlage die Informationen nicht erfüllt hat.

Es ist unseres Erachtens auch notwendig, die Förderungen wie bisher weiterzuführen, auch tendenziell auszudehnen, so wie Präsident Vesko es vorher erwähnt hat, auf die Grenzlandförderungen, weil wir auch der Meinung sind, daß speziell die Untersteiermark diesbezüglich in bezug auf die EU-Osterweiterung benachteiligt werden könnte.

Wir möchten aber gerade jetzt im Wahlkampf noch einmal die verantwortlichen Regierungsmitglieder darauf aufmerksam machen, daß es nicht Sinn sein kann, die EU-Osterweiterung immer auf die lange Bank zu schieben, sondern daß es wesentlich mehr Sinn macht, den potentiellen Kandidaten für eine EU-Osterweiterung eine Frist zu geben, nach der sie sich richten können. Das heißt, wenn sie eine Vorgabe haben von drei oder vier Jahren, dann können sie jetzt schon damit anfangen, diese Vorgaben umzusetzen, auch in bezug auf das Kernkraftwerk Krško. Da habe ich vorhin mit einem Initiator gegen Krško gesprochen. Ich meine, es wäre wesentlich sinnvoller, nicht die EU-Osterweiterung von der Schließung abhängig zu machen, sondern eine Vorgabe für die EU-Osterweiterung zu geben und innerhalb dieser Frist diese Vorgaben die potentiellen Kandidaten erfüllen zu lassen.

Ich möchte den Entschließungsantrag kurz vorlesen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die endgültige Finanzierung der EU-Regionalmanagementstellen umgehend zu berichten, sobald die Verhandlungsergebnisse auf Europa-, Bundes- und Landesebene feststehen und die entsprechenden Programmplanungsdokumente fertiggestellt sind. Ich ersuche um Annahme. Danke! (14.31 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Prof. Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (14.31 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte kurz zu zwei Bereichen sprechen. Zuerst zum Regionalmanagement, das ist ja der eigentliche Tagesordnungspunkt.

Die Regionalmanagementstellen sind bis 1999 eingerichtet worden, und wir wissen alle, daß für diese Regionalmanagementstellen die Finanzierung in der Zukunft sehr viel schwieriger werden wird. Schwieriger, es ist schon angesprochen worden, nicht nur, weil sich die Zielgebietskulisse geändert hat, auch der Bund wird sich auf der finanziellen Seite restriktiv verhalten. Und auch das, was die EU bereit war zu tun, wird nicht so ohne weiteres fortschreibbar sein, die ehemalige technische Hilfe. Derzeit wird man wohl davon ausgehen müssen, daß man mit der Ausformulierung der EDPPs für das Jahr 2000 bis 2006 Sorge tragen muß, daß solche Finanzierungsmöglichkeiten für das Regionalmanagement adäquat zur technischen Hilfe nicht vergessen werden. Umso lobenswerter ist der Brief vom Herrn Landesrat Pauerl vom 15. Juli 1998, also vor mehr als einem Jahr, wo er aus seinem Ressort darauf hingewiesen hat, daß er die Leistung der Regionalmanagementstellen positiv sieht und daß er bereit ist, aus seinem Ressort auch die Unterstützung fortzuführen, natürlich nur gemeinsam mit anderen Finanzierungsstellen, wie etwa dem Bund oder den Gemeinden.

Aber das ist nicht das alleinige Problem. Es gibt eine Studie von Scheer, Baumfeld und Brat im Auftrag des Bundeskanzleramtes, so Ende 1998 herausgekommen. Die haben von diesen 25 Regionalmanagementstellen, die Österreich hat, neun Stück herausgegriffen, darunter auch zwei steirische, nämlich Obersteiermark-Ost und Oststeiermark, nördlicher Teil, und man hat diese mit weiteren sieben Regionalmanagementstellen einer Bewertung, einer Zwischenbilanz, unterzogen. Die Studie zeigt, daß es ein breites Spektrum von Regionalmanagementstellen gibt. Sie gliedert sie auf in sieben Typen, etwa Typ 1, das überflüssige Regionalmanagement, bis zum sehr positiven, wie etwa Typ 4, das perfekte Regionalmanagement, und Sie finden alle Abstufungen in dieser Studie. Es ist auch interessant, daß etwa der Zufriedenheitsgrad beim Regionalmanagement bei dieser Befragung für drei von den neun untersuchten ein sehr hoher ist, das ist der Bregenzer Wald, wo von den Befragten sich immerhin 74 Prozent positiv aussprechen, dann Obersteiermark-Ost mit 66 Prozent und Oststeiermark mit 59 Prozent. Das sind sehr gute Zahlen.

Wenn man die Zahlen weiter analysiert, etwa wie gut ist das Regionalmanagement in den Betrieben verankert, also in Industrie und Wirtschaft? Da gibt es schon einen Bruch, denn im Schnitt sind es nur mehr 39 Prozent, denen das Regionalmanagement bekannt ist oder die vom Regionalmanagement in irgendeiner Form eine Hilfe bekommen haben, und da gibt es auch eine große Zahl von Antwortverweigerungen. Und in der Tat, jeder, der mit dem Regionalmanagement zu tun hat, hat den Eindruck und das Gefühl, daß Industrie und Wirtschaft nicht so gut wie die öffentliche Hand, wie die Gemeinden, mit den Regionalmanagements kooperieren.

Wenn ich Hochglanzbroschüren über das Regionalmanagement ansehe, wie zum Beispiel die letzte zu Obersteiermark-Ost, da wird geschrieben: Summe der geförderten Projekte 544 (mit einem Bild daneben, und natürlich mögen sich die Betroffenen darüber freuen), 544 Projekte, aufgeschlüsselt in Förderung, gewerblichen Investitionen und so weiter. Man soll keinen falschen Eindruck erwecken. Natürlich ist da zu fragen, bei wie vielen der 544 Projekten war denn das Regionalmanagement wirklich in einem essentiellen Ausmaß beteiligt? Dementsprechend kommt die Studie zu gewissen Schlußfolgerungen, und ich will sie nur gekürzt bringen. Vorerst ist sicher das Problem der finanziellen Absicherung im nächsten Jahr zu lösen. Aber die muß Hand in Hand gehen, und ich habe das schon mehrmals gesagt, mit einer Evaluierung der bisherigen Arbeit, mit einer externen Evaluierung. Es muß geprüft werden, und auch das ist ein Kriterium, wie weit denn – und dazu wurden ja die Regionalmanagementstellen miteingerichtet – die in der derzeitigen Förderperiode gegebenen Fördermittel ausgeschöpft worden sind. Wenn das nicht der Fall ist, dann wird die Frage zu stellen sein, warum nicht mehr, natürlich auch von den Regionalmanagementstellen, möglich war. Man wird im Hinblick auf den geänderten Finanzierungsschlüssel auch eine stärkere Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in den Gemeinden betreiben müssen. Es werden Überlegungen durchzuführen sein im Hinblick auf eine mögliche Aufgabenverschiebung oder Aufgabenkorrektur, auf eine stärkere Vernetzung der Regionalmanagementstellen, eventuell auch – ich erinnere an die alten Diskussionen – an eine Zusammenführung von derzeit bestehenden Regionalmanagements. Das ist alles zu tun, wobei ich den Satz des Präsidenten Vesko wiederholen darf, der da meistens sagt, wenn das Geld nicht reicht, dann kommt der Ruf, das Land soll zahlen. Das Land wird eventuell mehr zahlen müssen, aber das soll es doch erst nach der Ausschöpfung aller anderen Quellen und nach einer positiven Evaluierung tun.

Zum zweiten Punkt, dem Entschließungsantrag der SPÖ von den Abgeordneten Flecker und Grabner. Da kann man natürlich viel sagen, beginnend damit, daß Mathematik offenkundig wirklich etwas Schwieriges ist und daß die Diskussion sich immer wieder fängt an den mathematischen Begriffen Relativ und Absolut, zwischen Prozentzahlen und absoluten Zahlen. Ich will das gar nicht vertiefen, obwohl die Lust dazu – das können Sie mir glauben – sehr groß wäre. An was muß man erinnern? Die EU hat für die Periode 2000 bis 2006 nicht Bevölkerungszahlen vorgegeben, nicht gesagt, soundso viele Millionen sind zu kürzen, sondern sie

hat vorgegeben, in der Zielgebietskulisse Prozentzahlen – und das sind relative Zahlen – und auch in der Wettbewerbskulisse Prozentzahlen, nämlich einmal 33,3 und einmal 21,4 Prozent. Diese Vorgabe der EU zeigt schon, auf welcher Ebene die Vergleiche erfolgen sollen, nämlich auf der Ebene der Prozentzahlen, und nicht der absoluten Zahlen.

Ich erinnere, daß es zwei Gespräche gegeben hat, am 22. Juli und am 26. Juli, über die derzeit vorliegende Wettbewerbs- und Zielgebietskulisse. Ich war bei beiden Gesprächen dabei. Jedenfalls die Anwesenden und auch die Vertreter der heute im Landtag vertretenen politischen Parteien machten am 22. Juli einige Einwände, aber die Aussage, wir sind dagegen, die gab es dort nicht. Es gab am 26. Juli zumindest von allen Anwesenden einhellige Zustimmung – nun kann man sagen, ich war nicht anwesend, für mich gilt das nicht, aber dann kommt man in Diskussionen nicht sehr weit. Diese Vorschläge sind an die ÖROK gegangen, und die ÖROK hat am 24. August unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Klima diese Vorschläge von den Ländern einstimmig verabschiedet. Was ist jetzt passiert? Es ist ja schon andeutungsweise gesagt worden. Möglicherweise hat der Bund eine kleine „Ungenauigkeit“ versucht. Das Bundeskanzleramt hat, wie es typisch österreichisch ist, die Zahlen des Statistischen Zentralamtes von 1996 verwendet, weil diese für Österreich etwas besser sind, aber wissend, daß die EU diese nicht akzeptieren wird. Nach der EU sind die Zahlen von 1991 heranzuziehen.

Die Zahlen von 1991 sind aber etwas schlechter für uns. Und nur, weil das Bundeskanzleramt hier, wie soll ich sagen, einen kleinen Versuch gestartet hat, beginnt jetzt eine Diskussion wieder loszubrechen. Die EU hat das Bundeskanzleramt in der Form korrigiert, daß aus der Zielgebietskulisse 12.000 Einwohner auf Grund des anderen Zahlenmaterials herauszunehmen sind.

Nun, wir sollten das sehr nüchtern betrachten. Es ist einfach unwahr, wenn hier gesagt wird, die Mischvarianten des Bundeskanzleramtes, etwa die 60 zu 40, hätten zu keinen Kürzungen geführt. Das ist nicht richtig, ich brauche nur die Zahlen zu vergleichen.

Es ist auch zu sagen, daß das ausverhandelte Ergebnis unter den Bundesländern natürlich, wenn ich die EU-Vorgabe der 33 Prozent als Basis nehme, an den Prozentzahlen zu messen ist, und nicht an den absoluten Zahlen. Ebenso die weitere Kürzung um 12.000 Einwohner.

Um das verständlicher zu machen: Wenn jemand 1000 Schilling hat und er möchte zwei Personen diese 1000 Schilling nach unterschiedlichen Verdiensten aufgeteilt geben, dann gibt er dem einen 800 und dem zweiten 200 Schilling. Und dann überlegt er sich die Sache und sagt, nein, 1000 Schilling teile ich nicht auf, ich gebe nur 800 Schilling her. Und jetzt frage ich Sie, was gerecht ist. Ob die Kürzung auf die beiden Proponenten, die etwas bekommen, prozentual zur Beteiligung sein soll oder absolut je zur Hälfte? Ich weiß, Mathematik ist eine schwierige Sache. Ich bemühe mich einfach. (Abg. Dr. Flecker: „Aber Logik ist auch vielleicht manchmal schwierig!“)

Die Logik der Juristen hat mit der mathematischen Logik nichts zu tun. (Abg. Dr. Flecker: „Gott sei Dank nicht. Gott sei Dank gibt es die Juristen!“)

So schauen wir auch aus, daß wir keine Gesetze mehr lesen können. (Abg. Dr. Flecker: „Wir haben am drittmeisten schlucken müssen, das werden Sie wohl zugeben!“) Beizutragen hat jeder im Hinblick auf eine – (Abg. Dr. Flecker: „Niederösterreich!“)

Reden Sie nicht von Niederösterreich. Sie sagten in Ihrem Beitrag, die sind besser ausgestiegen. Die Niederösterreicher haben in der Zielgebietskulisse 250.000 und die Steiermark hat rund 160.000 verloren. (Abg. Dr. Flecker: „Niederösterreich, Oberösterreich und dann kommt die Steiermark!“) Jetzt kommen Sie mit Oberösterreich. Sie haben von Niederösterreich gesprochen. (Abg. Dr. Flecker: „Oberösterreich, Niederösterreich, Steiermark!“)

Herr Kollege Flecker, Sie können nicht dann, wenn ich Sie konkret anspreche, was Sie hier gesagt haben, die Kurve kratzen und ein anderes Bundesland nennen. Sie haben von Niederösterreich gesprochen, daß die besser ausgestiegen sind als die Steiermark. Das stimmt nicht.

Ob Sie es jetzt absolut oder relativ nehmen, Niederösterreich ist immer schlechter, und zwar deutlich schlechter als die Steiermark ausgestiegen. Es ist unsinnig, Fakten zu negieren.

Da kann man die Diskussion nicht mehr weiterführen, das muß schon klar sein. Ich verstehe politisches Taktieren, aber irgendwo hat alles eine Grenze.

Sie haben hier deutlich gesagt, die Mischvariante des Bundeskanzleramtes hätte zu keiner Kürzung geführt. Das stimmt nicht. Sie haben hier wortwörtlich gesagt – lesen Sie es im stenographischen Protokoll nach –, daß der Pröll besser verhandelt hat. (Abg. Dr. Flecker: „Ich habe den Amtsvortrag der Frau Landeshauptmann vorgelesen, und dort steht drinnen, daß bei Zugrundelegung einer Bundmischvariante für die Problemschwere keine Nuts-3-Ebenen von uns hätten aufgegeben werden müssen. Und das habe ich wortwörtlich aus dem Amtsvortrag zitiert. Bitte hören Sie mir ordentlich zu, dann zitieren Sie auch korrekt. Zitieren Sie korrekt. Mir nachher etwas zu unterstellen ist unredlich!“) Ich habe gute Ohren und ein gutes Gedächtnis und weiß, was Sie gesprochen haben.

Was ist jetzt die Situation? Die Vorgabe ist die Kürzung um 33 Prozent. Zu diesen 33 Prozent gab es einen akkordierten Beschluß aller Landeshauptleute. Und das, was jetzt die mathematische Aufgabe ist, wenn Sie nicht den Beschluß insgesamt wieder in Frage stellen wollen, ist eine Kürzung, bei der die Relativzahlen in den Prozenten unter den Bundesländern gleich bleiben. Das ist das mathematische Problem, und das ist offenkundig nicht über die Bühne zu bringen.

Natürlich können Sie sagen, mich interessiert das nicht, ich beginne eine komplette Neuverhandlung. Aber wenn Sie davon ausgehen, von einer bestimmten Einigung der Landeshauptleute, und diese Landeshauptleute sich geeinigt haben im Hinblick auf eine bestimmte Prozentvorgabe durch die EU, daß bei dieser Prozentvorgabe die Bundesländer anteilmäßig

prozentual eine bestimmte Last tragen, dann kommen Sie nicht umhin, daß bei 12.000 Personen, die zu kürzen sind, die Steiermark, wenn sie am Gesamtkuchen der förderbaren Bevölkerung ein Drittel Anteil hat – nämlich von 2 Millionen rund 650.000 –, auch ein Drittel von dieser Kürzung zu tragen hat. Das ist die Basis, relativ zu den anderen unter Beibehaltung des prozentualen Aufteilungsschlüssels. Das muß man sagen. Alles andere sind irgendwelche Nebelgranaten, aber bringen die Sache nicht auf den Punkt.

Die ÖVP wird daher diesem Antrag nicht zustimmen, weil es weit weg von jeder Realitätserkenntnis ist. (Beifall bei der ÖVP. – 14.47 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (14.47 Uhr): Sehr geehrte Mitglieder der Regierung, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Man sieht, daß bei diesem Koreferat im Land Steiermark, ein rot-schwarz geführtes Koreferat, die eine Hälfte des Kos bei diesem Tagesordnungspunkt nicht anwesend ist und der Klubobmann Flecker sich dann sehr wohl da zu Wort meldet, einen anderen Kollegen etwas betreten sitzen läßt – unter Anführungszeichen –, um sicherzustellen, daß sich die Steiermark mit ihrem Umgehen mit Fördermodalitäten wieder einmal international blamieren wird. (Abg. Dr. Flecker: „Frau Kollegin Zitz, darf ich Sie aufklären über die Kompetenzen? Bei der Landeshauptleutenkonferenz ist die Frau Klasnic, für die innersteirische Kulisse ist der Herr Paiarl. Nur damit Sie sich ein bißchen auskennen!“)

Herr Klubobmann, in dem Moment, in dem politisch gewünscht wird, die internationalen Förderungen, die der Steiermark zustehen auf Grund von sozialen, ökologischen, frauenpolitischen Ausrichtungen, das mehrheitsfähig zu machen, erwarte ich mir, daß der rote Teil des Kos, dieses Koreferates, sehr wohl hier anwesend ist, sich sehr wohl politisch argumentiert und sehr wohl seine Funktion, wenn er sich sehr gerne als Landeshauptmann bezeichnet, wahrnimmt, um seine Kollegin bei Verhandlungen mit den anderen Ländern beziehungsweise mit dem BKA zu unterstützen. Davon habe ich relativ wenig mitbekommen.

Ich sage aber trotzdem dazu, daß wir von grüner Seite den Antrag der SPÖ unterstützen werden, weil er für uns inhaltlich nachvollziehbar ist und weil die Regierungsvorlage dermaßen allgemein gehalten ist und aus unserer Sicht – ich habe das gleich gelesen wie der Klubobmann Flecker – eine Absage an die Intention der Antragsteller und Antragstellerinnen ist, so daß wir die ÖVP in diesem Raum mit ihrer Positionierung mit der Landeshauptfrau wahrscheinlich alleinlassen, nachdem die Freiheitlichen ja auch den SPÖ-Antrag unterstützen.

Ein zweiter Punkt: Ich komme jetzt darauf zurück, daß in der Steiermark die Regionalmanagements attraktive Strukturen wären, um regionale und kommunale Anliegen mit internationalen Mechanismen zu vernetzen. Ich habe natürlich eine ganz andere

Position zur Osterweiterung als der Herr Präsident Vesko, der zwar einerseits Liezen als das erste Opfer der Osterweiterung beklagt. Es würden sich die beitragswerbenden Städte ziemlich wundern, daß sie auf einmal die Möglichkeit haben, einen ganzen steiermärkischen Bezirk in die Tiefe zu ziehen. Ich denke, der Zustand des Bezirkes Liezen liegt halt daran, daß man lange Zeit zugelassen hat, daß er zu einem Transitland wird, daß Arten, die diesen Bildungsstandort ermächtigen würden, daß da alle möglichen Bildungsprojekte halt parteipolitisch nicht mehrheitsfähig waren und drittens, daß die Arbeitsmarktlage in diesem Bezirk halt wirklich – etwa im Gegensatz zum Großraum Graz – von den sechziger und siebziger Jahren und der damaligen Mentalität geprägt ist.

Ein letzter Punkt noch, zurückzukommend auf die Regionalmanagements. Es ist ein attraktiver Zugang, den die Grünen auch unterstützen wollen von Anfang an. Das, was wir aber immer heftig kritisieren – und habe das vor einigen Sitzungen bereits gemacht –, ist die parteipolitische Zusammensetzung der Vorstände, nicht der Geschäftsführungen, sondern der Vorstände der EU-Regionalmanagements. Die Regionalmanagements – der Kollege Jeglitsch hat vorher wohl nicht zufällig die Hochglanzbroschüre eines von den Managements zitiert, wo die ÖVP nicht so massenhaft im Vorstand vertreten ist – die Zusammensetzung der Vorstände ist rot – schwarz ausgerichtet. Das führt aus meiner Sicht zu einer inhaltlichen Reduktion und führt zu einer Fortsetzung dessen, was auf Landesregierungsebene im Proporz paktiert wird oder jetzt eben nicht, rein in die regionale und Bezirksebene. Die Grünen sprechen sich dafür aus, daß die Vorstände der Managements so zusammengesetzt werden, daß Leute in den Bezirken, die internationale Erfahrung haben, die eine Kommunikations- und Vermittlungserfahrung haben, das kann aus dem Bereich der Erwachsenenbildung sein, auch aus dem Bereich der betrieblichen Führung sein und die einen inhaltlichen Schwerpunkt haben, der den Hauptintentionen des Bezirkes entspricht. Und das ist in der Oststeiermark etwas anderes als in Graz oder Graz-Umgebung oder in der Obersteiermark, daß es eine offene Ausschreibung gibt, ein offenes Verfahren, um die Vorstände zusammenzusetzen, und nicht eine rot-schwarze Einteilung einer aus meiner Sicht sehr attraktiven Struktur, die die Regionalmanagements somit auch ein Stück unglaublich würdiger machen.

Der letzte Punkt noch, das ist jetzt eine Kritik an der Art, wie die Steiermark in den letzten vier Jahren, dreieinhalb Jahren, ihre EU-Agenden betreibt. Wir haben ein ganz kleines Koreferat, wir haben eine Dreiteilung, wenn man sich den Verwaltungskalender der Steiermark anschaut mit den Förderungsmodalitäten, mit den Koordinationsmodalitäten I und den Koordinationsmodalitäten II, spricht Stangl und Rader. Ich halte diese Aufteilung für äußerst problematisch, auch wenn ich etwa sagen muß, daß der Kollege Rader sich sehr bemüht, da parteienübergreifend zu agieren, und jeder in seiner Abteilung das sehr zu schätzen weiß. Es führt einfach dazu, daß die EU-Agenden in der Steiermark so aufgesplittert werden, daß in der Folge der Klubobmann der SPÖ herausgeht und eine Regierungsvorlage zu Recht massiv beeinträchtigt, die Schachner in der Regierung in seiner Funktion als

EU-Koreferent 100prozentig mitbeschlossen hat. Unsere Meinung in dem Zusammenhang ist, daß die EU vom Profil her in allen ihren Aktivitäten unterstützt wird, und das sind leider Gottes nicht besonders viele, wo sie sich als Sozialunion, als Ökologieunion und als Menschenrechtsunion profilieren möchte. Ich denke da ganz speziell auch an den Bereich der Osterweiterung, der von den Grünen ganz klar unterstützt wird im Sinne von regionalübergreifenden Projekten, und das, was ich mir in der Steiermark wünsche, ist, daß diese ziemlich blamable Diskussion, die wir da abführen, weder in anderen Bundesländern noch in der EU besonders bekannt ist, weil sich damit einerseits zeigt, daß die Steiermark es nicht geschafft hat, Strukturen bei sich zu verankern, die internationale Politik mit einer sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Ausrichtung wirklich nachhaltig betrieben werden kann, und auf Ebene der EU-Regionalmanagements möchten wir, daß das professionelle Einheiten sind. Einheiten, die sehr basisnah agieren können, und da gehört für mich eindeutig alles, was nach Parteipolitik und Proporz riecht, heraus. Das sind zwei Vorgaben, die bei der derzeitigen internationalen Verhandlungsführung des Landes Steiermark durch die Zuständigen, und nicht nur durch die Zuständige aus unserer Wahrnehmung leider nicht gegeben werden. Danke schön! (14.54 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (14.54 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Tagesordnungspunkt heißt Regionalmanagements, und ich möchte diesen Punkt, der tatsächlich hier auf der Tagesordnung steht, ganz kurz aus meiner Sicht darstellen. Wir sind in der Oststeiermark mit unserem Regionalmanagement zufrieden, wir sind froh, daß wir es haben. Wir haben probiert, sehr gut gemeinsam zu agieren. Es gibt die Beteiligung aller Gemeinden, wir sind das größte Regionalmanagement mit über 220.000 Einwohnern. Wir sind manchmal betroffen davon, daß wir gleich viel Förderung kriegen wie wesentlich kleinere Regionalmanagements, das heißt pro Kopf der Bevölkerung weniger. Wir haben die Sozialpartner eingebunden, und wir sind zufrieden, wenn es so bleibt. Hier bin ich allerdings schon bei dem Punkt, wo ich sagen muß, da bin ich schon nicht mehr zufrieden, wenn das Bundeskanzleramt uns mitteilt, daß es natürlich schwierig ist – es kann für Österreich so schwierig sein, 500.000 Schilling im Jahr herzugeben, da müssen sie komplizierte Regeln aufstellen, und das muß degressiv werden, und das muß man dreimal beantragen und viermal nachweisen – das ist das Bundeskanzleramt. Ich frage den Herrn Dr. Flecker, warum er nicht versucht, mit dem Koreferenten Schachner sich beim Bundeskanzleramt durchzusetzen und einmal dort zu schauen, daß dort die Leistungen erbracht werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Was macht der Bundeskanzler? Er beauftragt den Herrn Wittmann mit der Verhandlung. Das ist ein ganz kluger Schritt. (Abg. Mag. Erlitz: „Der ist ein guter Mann, guter Mann!“) Der Herr Wittmann versteht von der Kunst relativ viel, aber doch weniger als

viele andere, und betrachtet anscheinend diese Sache der EU-Förderungen auch als eine künstlerische Sache. Er vertut sich nur damit, das hat mit Kunst relativ wenig zu tun. Denn es ist ganz eindeutig so, daß das Bundeskanzleramt Vorgaben macht, daß das Bundeskanzleramt die Reduktion, die uns von der EU vorgeschrieben wurde, sozusagen weitergegeben hat in Zahlen, daß das Bundeskanzleramt falsche Zahlen verwendet hat, weil 96er-Bevölkerungszahlen verwendet wurden, und nicht die von der EU geforderten 91er-Zahlen. Wir sind also bei einem Punkt angelangt, wo es dem Herrn Klubobmann Flecker, und es wird ganz sicher der Kollege Grabner – das ist eine seiner Lieblingsbeschäftigungen, ich schätze ihn sonst sehr – irgendeinen Grund finden, der Frau Landeshauptmann Stolpersteine und unerreichbare Forderungen mitzugeben, damit sie ja drüberfliegt, damit Sie ja sagen können, sie bringt nichts zusammen, obwohl jedem Österreicher und jedem Steirer klar ist, wenn eine Reduktion stattfinden muß, muß sie stattfinden. Und Reduktion heißt weniger, und zwar für alle. Und wenn wir in der Steiermark die Kürzungen geringer ausfallen lassen können, dann ist das ein Verhandlungserfolg für die Frau Landeshauptmann und ich vermisse den Herrn Koreferenten bei all seinen Gesprächen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich weiß nicht, wann er mit dem Herrn Wittmann gesprochen hat. Ich weiß nicht, wann er mit dem Herrn Klima gesprochen hat, und ich möchte nur sagen, daß dieser Vorschlag, der hier zur Abstimmung gelangt ist und zu den jetzigen Zahlen geführt hat, unter Vorsitz des Bundeskanzlers Viktor Klima stattgefunden hat, am 24. August politische ÖROK unter Vorsitz von Bundeskanzler Viktor Klima, einstimmige Annahme aller österreichischen Förderbeschlüsse und vorher – und ich möchte das auch sagen – diese Beschlüsse, diese vorbereitenden Beschlüsse in der Steiermark immer unter Beteiligung aller Parteien stattgefunden haben und daß die EU-Sprecher sich am 22. Juli getroffen haben, daß das überarbeitet wurde und am 26. Juli unter Zustimmung aller Beteiligten – mit Ausnahme der FPÖ, die nicht anwesend war – gefaßt wurde. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Zugestimmt, zugestimmt!“) Zugestimmt! Und sich nachher herstellen und sagen, es ist alles so furchtbar (Abg. Mag. Erlitz: „Es hätte besser sein können!“), dann muß man sagen, das ist nichts anderes als eine politische Strategie, die hoffentlich – und ich bin sicher – durchschaut wird. Da nutzen die ganzen Relativ und Absolut nichts, weil damit macht man die Leute nur unsicher, wie wir wissen. Der Herr Dr. Flecker ist, wie wir wissen, natürlich ein guter Mathematiker und auch ein guter Logiker, aber es gibt auch noch so etwas anderes wie einen Hausverstand. Und wer einen Hausverstand hat, der kann die Sache schon richtig beurteilen, da geht es nur mehr ums Anschütten! (Beifall bei der ÖVP. – 14.59 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet für eine kurze tatsächliche Berichtigung ist der Herr Klubobmann Flecker. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Flecker (14.59 Uhr): Herr Kollege Majcen, die von dir aufgestellte Behauptung, das Bundeskanzleramt hätte die Ziffern für die Länder festgesetzt,

läßt sich leicht widerlegen. Es gibt ein Schreiben vom 8. September von Frau Dr. Stangl, EU-Koordinationsstelle, in dem sie mitteilt: „Unter Zugrundelegung des Aliquotierungsschlüssels in der Arbeitsgruppe LH bedeutet es für die Steiermark einen Prozentsatz von 19,8. Der Bevölkerungsplafond für die Ziel 2 neu für die Steiermark war 664.800 – 19,8 Prozent davon 2376 Einwohner.“

Am 22. September korrigiert sie sich. Und da, nur damit du weißt, wo das herkommt: „Bedauerlicherweise sind wir bei unserer internen Berechnung“ – wie kommt es zu einer internen Berechnung, wenn von wem anderen schon Ziffern bekanntgegeben worden sind? – „von der Basis 664.800 ausgegangen!“ – und so weiter.

Also, wenn ich eine interne Berechnung anstelle, dann kann es wohl nicht so sein, daß mir eine Berechnung vorgelegt wurde, die ich dann zugrunde lege. Das läßt sich logisch widersprechen. Und ich glaube, man sollte nicht die Unwahrheit hier sagen. (15.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grabner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (15.01 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich könnte es kurz machen und sagen, bleiben Sie dabei, der steirischen Bevölkerung weiszumachen, daß dieses Ergebnis ein tolles ist, versuchen Sie das, in den steirischen Gemeinden drüberzubringen. Wir bleiben dabei, daß wir damit nicht glücklich sind und daß wir alles unternehmen sollten, um, wo irgendwie möglich, noch Reparaturen anzubringen, weil ich glaube nämlich nicht, Herr Kollege Majcen, daß man so einfach sagen kann, Reduktion heißt, na, das müssen wir alle schlucken, und dann gleichzeitig einen Vorschlag zu machen, der nichts weniger ist als gerecht, der nichts weniger ist als objektiv und der nichts weniger ist als auch nur für irgend jemanden nachvollziehbar. Versuch bitte diese Kriterien, nach denen das nunmehr reduziert worden ist, irgend jemandem draußen zu erklären. Ich habe sie nicht verstanden. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Majcen: „Du redest immer!“)

Ich habe nicht verstanden, wenn man hierher tritt und wenn man sagt, entgegen aller Grundintention, aller raumplanerischen Absichten, und die gesamt-europäischen Strukturfondsdispositionen sind doch unter einer großen Überschrift zu sehen: „Ausgleich regionaler Disparitäten“. Immer wieder heißt es das. Die Frau Landeshauptmann hat dankenswerterweise am 6. Juli auch dieses Wort im Mund gehabt, wenn sie in der Anfragebeantwortung gesagt hat um 11.44 Uhr: „Ausschließlich auf Grund objektiver Kriterien zu erfolgen, die geeignet sind, die regionalen Disparitäten innerhalb Österreichs und damit auch der Steiermark darzustellen.“ Das ist übrigens Gegenstand eines Regierungsbeschlusses, den sie selbst beantragt, selbst eingeleitet hat und der selbstverständlich von allen mitgetragen wurde, weil er ja eigentlich das als Vorgabe hatte, was wir uns alle gewünscht haben – objektive Kriterien, Problemschwere und der Versuch, nach einigermaßen nachvollziehbaren Berechnungsmodalitäten das zu vollziehen, von dem wir alle wußten, daß es kommen würde, nämlich Reduktion.

Niemand ist hierhergetreten und hat gesagt, ja, es hätte auch die Situation eintreten können, daß wir auf gar nichts verzichten müssen. So blauäugig wird keiner gewesen sein.

Aber eines zumindest hätten wir erwarten dürfen, daß das in einer Abfolge passiert, die es auch nur den wenigen, die sich professionell in der Steiermark damit beschäftigen, zum Beispiel den Regionalmanagern oder den Repräsentanten der Regionen, der Sozialpartner, der Gemeinde- und Städtebünde, erlaubt, sich einigermaßen, wenigstens einige Tage lang, mit den gemeindegauen Unterlagen auseinanderzusetzen. Wir waren doch alle überrascht davon, in welcher kurzen Zeit wir dann genötigt waren, uns dazu zu äußern, ob das jetzt nachvollziehbar ist oder nicht.

Ich habe meinen Gemeinden nicht sagen können, Leutln, ich habe das verstanden. Ich habe nur eines sagen können, Leutln, es gibt eine Vorlage, und mit dieser Vorlage können wir schlicht und einfach nicht einverstanden sein. Ich kann damit nichts anfangen, weil ich kann es niemandem erklären. Und nichts anderes trennt uns, indem ich sage, liebe Leutln, ich kann das niemandem erklären, ich kann niemandem sagen, was ist da noch auch nur einigermaßen gerecht, wenn ich sage, du hast bisher nichts gebraucht, und deshalb wirst du auch das nächste Mal nichts mehr brauchen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das liegt aber länger!“)

Ja, wir werden den Leuten schon sagen, an wem es liegt, der da hergekommen ist und gesagt hat, das ist ein Kriterium, du hast bisher nichts gebraucht, du kriegst auch in Zukunft nichts mehr. Das ist nicht auf unserem Mist gewachsen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und das spricht Hohn jeglichem grundsätzlichen Europa-Gedanken, nämlich dem Ausgleich von Disparitäten, von regionalen. Das ist genau das, was wir eben nicht erwarten, nur das Vollziehen, nur das Verwalten. Wir wollen Europa-Politik, wir wollen Regionalpolitik, wir wollen eine Förderpolitik, die die Ungerechtigkeiten ausgleicht. Das ist kein guter Weg dazu.

Ich glaube, daß wir nunmehr uns veranlaßt sehen, weil das wieder zurückgekommen ist in unsere Disposition, uns ernsthaft wieder einmal auseinanderzusetzen und möglicherweise auch mit jenen, die wirklich betroffen sind und die vor Ort damit arbeiten müssen, nämlich den Repräsentanten in den EU-Regionalmanagements.

Ich gehe davon aus, daß wir jetzt versuchen können, die Ungerechtigkeiten auszuräumen und erklärende Arbeit zu leisten. Vielleicht gelingt es irgend jemandem zu erklären, wie das alles passieren konnte. (Beifall bei der SPÖ. – 15.05 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lopatka. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Lopatka (15.05 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann direkt bei meinem Vorredner anschließen. Wir sind alles andere als glücklich über die Rolle, die die SPÖ hier einnimmt. Der Mann, der sonst immer gerne gleichberechtigt ist und sich sogar zwischen-durch Landeshauptmann genannt hat, hat hier als

Koreferent völlig versagt, völlig versagt, weil das eine Mißachtung ist, bei einer so wichtigen Debatte keine Minute hier zu sein. Das möchte ich Ihnen ganz deutlich sagen, Kollege Grabner. (Abg. Schrittwieser: „Er arbeitet für das Land!“)

Auch wir sind unglücklich, daß hier die Frau Landeshauptmann allein die steirischen Interessen vertreten kann, ohne die notwendige Unterstützung eines so wichtigen Regierungsmitgliedes zu haben. (Abg. Dr. Flecker: „Wer hat plakatiert ‚durchgesetzt?‘“)

Um das ganz deutlich zu sagen, ich bin der Kollegin Zitz dankbar, weil sie ist hier unverdächtiger als ich, was die Rolle des Herrn Landeshauptmannstellvertreters betrifft. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Flecker: „Wer ist in der Landeshauptleutekonferenz?“) Er drückt sich vor seiner politischen Verantwortung wie kein Zweiter, er ist ein Schönwetterlandeshauptmannstellvertreter, wenn es ernst wird, ist er nicht da.

Jetzt komme ich zum zweiten Punkt, zum Durchsetzen. Auch hier wieder ein unverdächtiger Zeuge. „Das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen, 9. Juli, zeigt, daß die Südachse Kärnten–Steiermark bestens funktioniert. Mit 19 Prozent bei der Regionalförderung haben wir die geringsten Abstriche hinnehmen müssen. Die getroffenen Übergangslösungen bis zum Jahr 2006 sind akzeptabel. Das geeinte Muskelspiel Kärntens mit der Steiermark bei den Verhandlungen über die EU-Regionalförderung für die Jahre bis 2005 hat sich ausgezahlt!“ – Landeshauptmann Dr. Jörg Haider, Originalzitat.

Also, die Achse hat Gott sei Dank funktioniert. (Abg. Dr. Flecker: „Er hat wesentlich weniger hinnehmen müssen, weil ihr nicht rechnen könnt!“)

Wer kann nicht rechnen? Das Bundeskanzleramt. (Abg. Dr. Flecker: „Der Haider hat die Frau Landeshauptmann gelegt, indem er Prozente gebracht hat, die ihm mehr Vorteile gebracht haben als euch!“) Der hat sie überhaupt nicht gelegt, Kollege Flecker. (Abg. Dr. Flecker: „Ja sicher!“)

Kollege Flecker, das ist unrichtig. (Abg. Dr. Flecker: „Haider hat mehr Vorteile!“)

Kollege Flecker, heute bist du durch besonders viele unrichtige Aussagen aufgefallen. (Abg. Dr. Flecker: „Nur bei dir!“)

Schau, mit vielen Zahlen kann man leicht verwirren. Und dieses Verwirrspiel hast du heute hier versucht. Dieses Verwirrspiel hast du versucht.

Faktum bleibt: Der zuständige Bundeskanzler und sein zuständiges Bundeskanzleramt haben uns hier wieder einmal eine Suppe eingebrockt, die nur er auszulöffeln hat mit seinen Meldungen.

Noch einmal, darf ich sehr deutlich sagen. (Abg. Dr. Flecker: „Kärnten hat 6 Prozent, und die Steiermark hat 16 Prozent. Um 10 Prozent mehr mußten wir hinnehmen!“) Darf ich es sehr deutlich sagen. Es geht nicht um das An-den-Hals-Werfen.

Es geht darum, was nicht ihr und nicht wir gesagt haben, sondern was die Kollegin Zitz richtigerweise – sie sagt Herr Landeshauptfraustellvertreter, ich sage Landeshauptmannstellvertreter – hier angemerkt hat und (Abg. Dr. Flecker: „In diese Verhandlungen war er nicht eingebunden!“) was richtigerweise der

Landeshauptmann unseres Nachbarbundeslandes, Dr. Jörg Haider, zur Südachse Kärnten–Steiermark gesagt hat, daß sie funktioniert, daß diese beiden Bundesländer innerhalb der LH-Konferenz das beste Ergebnis aller Bundesländer erreichen konnten. Freuen Sie sich darüber, und machen Sie das nicht schlecht. (Abg. Dr. Flecker: „Kärnten hat 10 Prozent weniger hinnehmen müssen!“)

Und der letzte Punkt, um das noch einmal sehr deutlich zu sagen, dieser gemeinsame Beschlußantrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht ins Leere. Der Beschlußantrag der SPÖ, der, wenn ich Präsident Vesko richtig verstanden habe, auch von der FPÖ unterstützt wird, geht ins Leere. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Das glaube ich, weil man ist ja nicht einmal bereit, einen eigenen Regierungsantrag zu exekutieren!“) Warum geht der Beschlußantrag ins Leere? (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Man ist ja nicht einmal bereit, einen eigenen Regierungsbeschluß zu exekutieren!“) Ihr braucht ja nicht so nervös zu sein. Kollege Grabner, ich weiß nicht, warum ihr derartig nervös seid. Ich verstehe eure Nervosität nicht. Vielleicht ist es das schlechte Gewissen, weil der Landeshauptmannstellvertreter in dieser Sache bisher keinen Finger gerührt hat. Das dürfte es sein, was euch so nervös macht. (Abg. Dr. Flecker: „Er ist in die Verhandlungen nie eingebunden gewesen!“) Aber er wird immer eingeladen. (Abg. Dr. Flecker: „Nie, nie!“) Na selbstverständlich. Also der Frau Landeshauptmann kann man vielleicht manches vorwerfen, aber nicht, daß sie nicht den Herrn Landeshauptmannstellvertreter zur Arbeit einlädt. Zur Arbeit ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter herzlich eingeladen. (Abg. Dr. Flecker: „In die Landeshauptleutekonferenz nie eingebunden!“ – Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Lopatka, bitte!“) Danke, Herr Präsident. Also zum Arbeiten ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter immer herzlich eingeladen. Sollte er das bisher noch nicht gehört haben, dann bitte, Kollege Flecker, richten Sie es ihm aus. (Abg. Dr. Flecker: „Ich kenne die nachträglichen Hilferufe, wenn man es selber nicht schafft!“) Es geht nicht um Hilferufe, wirklich nicht (Abg. Dr. Flecker: „Aber wir helfen euch gerne!“), sondern es geht darum, daß er seiner Aufgabe als Koreferent nachkommt, und diese Aufgabe ist nicht im Abtauchen oder im Untertauchen, sondern in der Arbeit zu finden. (Abg. Dr. Flecker: „Nein, nein, die Frau Landeshauptmann braucht Assistenz!“) Wenn deine Anmerkungen noch so persönlich und böse sind, werden sie um nichts besser. Ich möchte bei der Sache bleiben. Der Beschlußantrag der SPÖ geht ins Leere. Warum geht er ins Leere? Weil der Leiter der Verbindungsstelle richtigerweise sagt, daß es die Länder nicht mehr in ihrer Möglichkeit haben, das Paket, das nach Brüssel abgeschickt worden ist, aufzuschnüren. Einzig und allein die Kommission hat diese Möglichkeit, und nicht wir. Daher ist dieser Beschlußantrag ein Nullum, er kann beschlossen werden, bringt aber nichts. (Abg. Dr. Flecker: „Wer ist der Leiter der Verbindungsstelle? Er ist ein Nullum als Behörde!“) Noch einmal. (Abg. Dr. Flecker: „Ich habe gestern von der Frau Stangl und vom Herrn Hofrat Wielinger gehört, wir können jetzt eine neue steirische Kulisse vorlegen!“) Das ist eine von vielen Rechtsmeinungen, Kollege Flecker, aber entscheiden tun in

dem Fall nicht der von dir so geschätzte Prof. Wie-linger und die Frau Dr. Stangl, sondern hier ist eben Brüssel die zuständige Stelle, und hier ist die Rechtsmeinung eine eindeutige, daß dieser Beschlußantrag ins Leere geht, weil wir keine Möglichkeit mehr haben (Abg. Dr. Flecker: „Das stimmt nicht! Wie wir das aufteilen ist unsere Sache!“), das, was über das Bundeskanzleramt in Brüssel vorgelegt worden ist, hier noch einmal aufzuschneiden. (Abg. Dr. Flecker: „Das stimmt nicht!“) Brüssel kann hier auf den wichtigen Steiermärkischen Landtag keine Rücksicht nehmen. (Abg. Dr. Flecker: „Der Leiter der Verbindungsstelle ist nur ein Verteiler, er hat keine Behördenfunktion!“)

Noch einmal, um das für euch sehr deutlich zu sagen. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Ab Montag könnt ihr wieder plakativieren!“) Bitte? (Abg. Schrittwieser: „Ab Montag haben neue Plakate Platz!“) Das stört euch sehr, daß sich die Frau Landeshauptmann immer wieder durchsetzt, auch wenn euer Landeshauptmannstellvertreter kläglich versagt, weil das einzige, was er machen könnte, wäre Assistenzleistung, da hat ja der Herr Klubobmann Flecker recht. Denn als Stellvertreter ist er der erste Assistent der Frau Landeshauptmann. (Beifall bei der ÖVP.) Aber als erster Assistent will er ja nicht fungieren, und genau das ist ja seine Rolle, wie der Klubobmann Flecker richtigerweise gesagt hat, Assistenz zu leisten. Das tut er aber leider nicht. Und ich weiß nicht, wo er heute ist, jedenfalls ist er nicht im Landtag bei einem Punkt, wie der Kollege Grabner ganz richtig gesagt hat, der für uns sehr wichtig ist, die Regionalpolitik, die EU-Politik. (Abg. Dr. Flecker: „Dann, wenn ihr die Verhandlungen verklopft, dann ruft ihr nach ihm. Wenn ihr die Verhandlungen verschlaft, dann ruft ihr nach ihm. Das ist typisch!“) Sehr schade, daß er als Koreferent dieser wichtigen Diskussion nicht einmal eine Minute an Aufmerksamkeit schenkt. (Abg. Dr. Flecker: „Er ist nicht eingebunden!“) Das ist sehr, sehr schade. Nein, wir brauchen ihn überhaupt nicht (Abg. Dr. Flecker: „Doch, ihr braucht ihn schon!“), aber es hätte nicht geschadet, wenn er das gemacht hätte, wofür er von der Geschäftseinteilung her zuständig ist, nämlich als Koreferent – (Abg. Dr. Flecker: „Nein, da ist er nicht zuständig!“) Na, selbstverständlich, er ist Koreferent. (Abg. Schrittwieser: „Zuerst habt ihr ihn nicht eingebunden, jetzt habt ihr es verklopft, und jetzt braucht ihr ihn wieder!“) Wir haben überhaupt nichts verklopft, Kollege Schrittwieser, um das noch einmal ganz klar und deutlich zu sagen. Das, was die Frau Landeshauptmann hier erreicht hat, ist österreichweit innerhalb der Bundesländer eine Spitzenleistung. (Abg. Dr. Flecker: „Dritthöchste Kürzungsquote!“) Das sage nicht ich, sondern das hat ihr Kollege Haider sehr richtig festgestellt, erster Punkt.

Zweiter Punkt, das, was das Bundeskanzleramt hier leider nicht zustandegebracht hat, das war, rechtzeitig das zu tun, was eigentlich das Bundeskanzleramt machen hätte müssen, nämlich diese Aufgabe wahrnehmen. Man hat die Aufgabe abgeschoben auf die Landeshauptleuterkonferenz. (Abg. Schrittwieser: „Warum war der Herr Landeshauptmann Schachner nicht eingebunden?“ – Abg. Dr. Flecker: „Das war der Fehler, weil wir wissen, daß sich die Frau Landeshauptmann nicht durchsetzen kann!“) Schade, daß auch der Herr Bundeskanzler hier versagt hat.

Der dritte Punkt ist der, daß es euch unendlich weh tut, daß sich hier die Frau Landeshauptmann wieder einmal durchgesetzt hat, und sie wird sich auch weiterhin durchsetzen! (Beifall bei der ÖVP. – 15.15 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster ums Wort gebeten – ich nehme an, das ist das Schlußwort zu diesem Tagesordnungspunkt – hat Herr Landesrat Paierl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (15.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich versuche noch einmal, von der Sache her zu kommen. Ich werde es mir aber dann nicht verkneifen, auch ein paar durchaus politisch persönlich eingefärbte Anmerkungen zu tun. Die Steiermark hat in der Zielgebietskulisse, der neuen Zielgebietskulisse, Ziel 2 neu, 664.800 Köpfe, meine Damen und Herren, und ist absolut Sieger. Und ich habe niemanden getroffen in den anderen Bundesländern, noch bei den Experten, die das auch auf europäischer Ebene einschätzen können, der das anders beurteilen kann, auch wenn er noch so politisch dazu motiviert wäre. (Abg. Dr. Flecker: „Du willst es nicht anders sehen, du willst es nicht anders sehen, lieber Herbert!“) Kurtl, es wäre gut, wenn du deiner akademischen Ausbildung ein bißchen auch entsprechen würdest und zuhören würdest. 664.800, Niederösterreich – (Abg. Dr. Flecker: „Zuerst haben wir 828.000 gehabt. Wir haben 200.000 verloren. Andere haben weniger verloren!“) Schau, ich weiß es ja, daß du deine hektischen Zwischenrufe nur wegen der Frau Kollegin Gigler anbringst. Wenn die Frau Kollegin Gigler hinausgeht, bist du sofort ruhig, da bin ich überzeugt davon. Das ist das Spiel. (Abg. Dr. Flecker: „Ich wußte nicht, daß ich nur für die Frau Gigler arbeite!“)

Okay, Niederösterreich 503.000, Oberösterreich ein Bundesland, das sich mit der Steiermark immer wieder mißt, mit Recht von der Struktur her und auch von den wirtschaftspolitischen Erfolgen, 307.000 Köpfe, weniger als die Hälfte. Das ist die neue Zielgebietskulisse. (Abg. Dr. Flecker: „Vorher waren sie auch weniger!“) Wenn es um die Wettbewerbskulisse geht – und da möchte ich das ja nicht ausweiten, weil es ist ja an sich von Fachleuten, wie einem Prof. Jeglitsch, ohnedies schon versucht worden ist darzulegen, aber das führt dann zu Zwischenrufen, weil man einfach gewisse Fakten nicht wahrhaben will. Das ist ein Faktum. Es gibt einen Sieger, und er heißt der Landeshauptmann von Steiermark Waltraud Klasnic. (Beifall bei der ÖVP.)

Und zwar in beiden Bereichen, sowohl was die Zielgebietskulisse anlangt, als auch was die Wettbewerbskulisse anlangt. (Abg. Dr. Flecker: „Völlig falsch!“) Es ist ja Wurscht, ich sage dann eh zu deinem Bezirk Liezen auch noch etwas. Ich habe dir schon einmal gesagt, ich kann nichts dafür, wenn der eine oder andere Investor deswegen nicht gerne hingeht, weil er halt, du weißt schon, das haben wir uns unter vier Augen ausgemacht. Das ist ein bißchen ein Problem.

Und jetzt komme ich zum Teil Abstimmung, weil da der Kollege Grabner – gerade er, und das ist ja interessant, er ist immer dabei, er hat sich nicht

einmal vertreten lassen, Schachner hat sich vertreten lassen, Flecker hat sich vertreten lassen, es war auch Sommer, gebe ich schon zu. Wir haben uns zweimal getroffen, Vesko war anwesend und hat beim zweiten Mal gesagt, das hat meine Zustimmung, weil – und jetzt kommts – die sehr sachlich orientierten, kritischen, aber durchaus sachlich orientierten Bürgermeister der Obersteiermark, wie ein Prieschl oder der auch mittlerweile in den Landtag eingezogene Bernd Stöhrmann, in dieser Erörterung der von den Fachleuten, und da hat es auch über die Parteigrenzen und Institutionen hinweg natürlich Abstimmungen gegeben, das, was dann politisch zur Verhandlung vorgelegt wurde, in dem Gremium, das die Frau Landeshauptmann einberufen hat und präsentiert hat, hat man gesagt, bitte Zitat und protokollmäßig nachzulesen, auch von einem Kollegen Grabner, der sich da herstellt, als ob er nie dabeigewesen wäre, wir können natürlich erstens mit dem zufrieden sein, unter Berücksichtigung der gesamtösterreichischen Situation, und zweitens, sagen Sie mir bis heute – und da wünsche ich euch alles Gute – lieber Herr Dr. Kurt Flecker –, es aufzuschneiden. Wen nimmst du denn dann heraus? Welche Gemeinde nimmst du heraus? Ich habe keinen einzigen Vorschlag gekriegt, im übrigen von niemandem, auch nicht von den eigenen. Ja glaubst du, daß der Herr Bürgermeister und Nationalrat aus Schladming nicht auch gesagt hat, na selbstverständlich hätten wir gerne mehr.

Wir wissen alle, und das will ich hier nicht mehr auswerten, wie es zu diesem Fachvorschlag gekommen ist. Es hat keinen anderen Fachvorschlag gegeben. Und ich bin sehr gespannt, wie diese Fachvorschläge, wenn man sie jetzt politisch aufschneiden will, ausschauen. Schöne Grüße, herzlich willkommen. Ich bin sehr gespannt. Sie sind herzlich eingeladen.

Ich sage nur eines: Ich sehe keine Möglichkeit, in der Steiermark jemandem zu erklären, der jetzt drinnen ist, und zwar mit sachlicher, fachlicher Begründung, zu sagen, du bist dann nicht drinnen, aus politischen Gründen. Ich bin sehr gespannt, wie dieses Politspiel ausgeht. Deswegen habe ich gesagt, Kurt, Sackgasse, eine schwere Sackgasse.

Im übrigen, das darf man dann auch noch in Richtung Bundeskanzleramt melden, falls die neue Bundesregierung dann wiederum eine derartige BKA-Zuständigkeit hat, wünsche ich dem Herrn Bundeskanzler und seinem vielleicht nicht mehr zuständigen Staatssekretär alles Gute. Es ist nämlich nicht die Landeshauptleutekonferenz, die das festlegt. Das wird ja auch für ein paar, die das dann in Medien kommunizieren, vernebelt dargestellt. Es ist die ÖROK, und der Vorsitzende der ÖROK ist der Bundeskanzler. Er war es immer und wird es immer sein. Also viel Glück.

Das war der Sieg der Frau Landeshauptmann unter den Landeshauptleuten bei der Aufteilung der Reduktionsnotwendigkeiten. Da gibt es einen Sieger – und immer wieder, das könnt ihr nicht wegdiskutieren, das wird auch überall so gesehen –, das ist Waltraud Klasnic und die Steiermark. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber wie gesagt, herzlich eingeladen, ich warte, weil, wie richtig gesagt wurde, für diese Wettbewerbskulisse geht es um die Frage, wo können wir etwas fördern. Jetzt muß man ja auch sagen, die Zielgebietskulisse lasse ich jetzt einmal weg, da geht es um die

Strukturfonds oder um den Ziel-2-Fonds der EU, mich interessiert die Wettbewerbskulisse, wo können wir etwas machen. Und siehe da, auch da sind diese Schwanengesänge aus der Obersteiermark aus meiner Sicht, aus den Daten, die mir vorliegen, durch nichts berechtigt, da müßte eher ein Abgeordneter aus der Feldbacher Gegend hergehen, denn der hat bei der Wettbewerbskulisse um 30 Prozent verloren, und der Liezener hat 12,4 Prozent verloren. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist die Wettbewerbskulisse!“) Mir geht es ja nur um die Wettbewerbskulisse, weil es ja um die Projekte geht, die gefördert werden können oder nicht. Selbstverständlich.

Okay, da glaube ich wirklich, daß ich mich ein bißchen auskenne. Ich komme nämlich aus diesem Raumplanungsstall. Ich kenne auch jene noch, die in Wien unter schwierigsten Bedingungen – ich gehe nicht her und zeige mit nacktem Finger auf die Beamten, auf die Fachleute – sich im Bundeskanzleramt und in der ÖROK damit zu beschäftigen haben. Es ist schwierig genug, den anderen das zu erklären. Und siehe da, dort gibt es kein Problem. Ich höre in Oberösterreich, bitte, redet mit euren Kollegen in Oberösterreich, mit den SPÖlern in Oberösterreich oder in Niederösterreich, die sagen alle, Gott sei Dank haben wir soviel erreicht.

Und jetzt hat die Steiermark mit Waltraud Klasnic an der Spitze am meisten erreicht. Und das ist einmalig, da geht plötzlich eine Fraktion her, die noch dabei war, die prominentest vertreten war, und sagt, nein, das ist alles schlecht, damit haben wir nichts zu tun, und will aufschneiden. Wissen Sie, was ich Ihnen prophezeie? Wenn das so weitergeht, kommen die wirklich noch darauf und es wird aufgeschnürt, dann gute Nacht Steiermark. Das habt ihr dann erreicht. Und dann bin ich gespannt, ob für jene, die Einbußen jetzt hatten – und wir wissen alle, warum das zustande gekommen ist, na selbstverständlich waren es auch diese raumplanerischen Überlegungen. Die Obersteiermark-Ost, von der wir immer geredet haben, hier xmal, ich könnte da kiloweise Protokolle – jetzt ist es vorbei, weil jetzt haben wir ein anderes Thema – zitieren, wo man gesagt hat, die Obersteiermark stirbt; und die Steiermärkische Landesregierung, vor allem die Frau Landeshauptmann und der Paierl, die tun nichts dafür. Obersteiermark-Ost minus 7,7 Prozent, ist unterdurchschnittlich reduziert worden.

Alles verfügbar, Kurt, auch für dich. Ich wundere mich, daß du sozusagen dieses intellektuelle Dumping aufbringst, dieses so Drunterfahren. (Abg. Dr. Flecker: „Dich schaffe ich nicht mehr!“) In deinem Fall bist du ja Experte. Ich kann dir ja die Expertise nicht absprechen. Das gelingt mir nicht.

Noch dazu, wo der Walter Nerath, ein wirklich seriöser und engagierter Mitstreiter, Mitarbeiter, auch darauf hingewiesen hat. Ich habe ja nur immer wieder gefragt, und man muß ja jeden fragen, bitte zeigt mir das, wo man reduzieren soll, wenn wir jetzt einen hineinnehmen, muß ich mindestens einen heraustun.

Weder Hermann Kröll noch Walter Nerath für dich, noch der Herr Grabner, der selber dort war, noch die Frau Scherz für den Herrn Landeshauptmannstellvertreter haben seriöserweise sagen können, jetzt tun wir halt den heraus. Auch der Bernd Stöhrmann nicht

und auch der Kollege Klaus Prieschl nicht, und zwar mit Recht, weil wir alle erkannt haben, wir sind ohnedies auf der Butterseite, jetzt da großes Remmidemmi zu spielen, politisch völlig irrational.

Ich komme jetzt zum Abschluß noch zu einem Thema, wo ich wirklich ehrlichen Herzens um eines bitte, die politische Kraft und die politische Agitation auch – die ist ja durchaus zulässig, wenn sie etwas bringt, wenn man nicht in der Sackgasse ist – dort einzusetzen, wo sie jetzt gefährdet ist, und zwar beim Thema „EU-Regionalmanagementstellen“.

Schau, die Claudia Gigler ist schon wieder da. Jetzt bist ruhig gewesen, zwischendurch. (Abg. Dr. Flecker: „Nein, ich gehe noch einmal hinaus, Herbert!“)

Es gibt einen Entwurf einer Bundesförderungsrichtlinie des Bundeskanzleramtes, ganz aktuell und brandheiß – ich bin mir sicher, daß der an sich zum Bundeskanzleramt mit guten Kontakten ausgestattete Abgeordnete Grabner das eh hat, aber da ist er dann ruhig, weil da sagt er nichts, weil das ist peinlich –, die zwar eine Weiterführung der Förderung für diese Regionalmanagementstellen vorsieht, allerdings – und jetzt kommt es – geänderte Modalitäten, Kürzung der Förderungsausgaben, und nicht mehr Basisfinanzierung, sondern Projektfinanzierung.

Also, Herr Dr. Flecker, Herr Dipl.-Ing. Grabner, alle, wie sie da kämpfen und von uns unterstützt werden, nicht nur verbal, sondern auch mit Budgetierung im Landesbudget, da wird es eng, also auch da Bekenntnisse. Da kann man kämpfen, bitte durchsetzen. Ich bin überzeugt davon, daß die Frau Landeshauptmann für die Landesregierung unter ihrem Vorsitz da keine Frage offen läßt. Ich bin nur sehr gespannt, ob das auch auf der regionalen Ebene passiert.

Also bitte schön, was hier erreicht wurde, da brauchen wir eh keinen Lobesgesang, aber zumindest ruhig sein, und nicht ein so ein fälsches Spiel zu betreiben und in die völlig verkehrte Richtung zu laufen und zu merken, man ist in der Sackgasse, und dann noch die Gefahr heraufbeschwören, daß, wenn es tatsächlich zu Veränderungen kommt – und im übrigen, die 3500, die da genannt wurden, die kommen auch wiederum von oben –, wir müssen mit dem zurechtkommen oder wir verschlechtern es uns noch.

Und zum Zweiten: Dort, wo es wirklich Sinn macht zu kämpfen, politische Kraft und Energie einzusetzen, EU-Regionalförderungsstellen, bitte sehr. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 15.28 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Flecker. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Flecker (15.28 Uhr): Liebe Claudia, nein, lieber Herbert!

Ich glaube, daß die Tatsache, daß du für die Frau Landeshauptmann aus deiner Sachkenntnis her einspringen mußt, dich nicht unbedingt dazu verführen müßte, dich in persönliche Beleidigungen zu begeben, aber ich gebe dir gerne zurück, daß Dumping eine Folge des Marktes ist und du ein Vertreter des freien Marktes bist. Ich überlasse dir das auch im Bereich der Intellektualität.

Meine Damen und Herren, ich will dazu einige Bemerkungen machen. Brüssel hat uns die innersteirische, die österreichische Kulisse zurückgeschickt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wem zurückgeschickt?“) Dem Bundeskanzleramt. Ich weiß das ja. Willst mich prüfen oder willst mir einsagen? Lieber Herbert, ich kenne mich aus, mindestens so wie du.

Folglich können wir die neue steirische Kulisse rauschicken. Die Verbindungsstelle der Bundesländer ist eine Koordinationsstelle ohne amtlichen Charakter, also das kannst beim Salzamt auch hinterfragen. (Abg. Dr. Lopatka: „Aber der Herr Bundeskanzler hat auf das Salzamt Zugriff!“)

Zum Zweiten – ich will euch ja nicht lange aufhalten –, Grabner war bei keiner der Verhandlungen zur steirischen Kulisse dabei.

Ich muß schon sagen, wenn man das schon anspricht, lieber Herbert, so entsteht – schau die Protokolle an – sehr stark der Eindruck, daß man da hier Ende Juli in einer Nacht-und-Nebel-Aktion eine Vorlage des Herrn Paierl mit Gewalt durchdrücken wollte, indem man das ausnützt, daß die Leute nicht alle da sind. Auch das könnte ich dir unterstellen, ich will es aber nicht. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir arbeiten immer, leider ihr nicht!“)

Also, in der Landeshauptleutekonferenz ist es neu, daß dort der Herr Landeshauptmann Schachner vertreten ist. Da geht auch alles an Behauptungen ins Leere. (Abg. Dr. Lopatka: „Wenn sich die Frau Landeshauptmann vertreten lassen will, vielleicht darf er einmal hinfahren als Vertretung!“)

Eines, lieber Reinhold, hör mir zu, dann kannst du am Markt der Intellektualität und des Wissens mitdiskutieren. Lieber Herbert und lieber Reinhold, mein Freund Paierl sagt, wen nimmst heraus? Ich meine, das ist ja wirklich die lustigste Art der Argumentation, daß man selber – du bist ja zuständig – einen Amtsvorschlag für die steirische Kulisse herlegt, wie es einem paßt, politisch oder sonstwie, und dann hinkommt, alles, was ihr da jetzt rausreklamiert, müßt ihr woanders hineinreklamieren. Wenn ich überhaupt keine objektiven Kriterien der Problemschwere zugrundelege. Ihr habt nichts geliefert, was damit zu tun hat. Das ist es in Wirklichkeit! Ich kann das nicht tun! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich darf noch eines sagen, damit die Zahlenspielerien – (Abg. Dr. Lopatka: „Verwirrungen!“) nein, verwirrend sind Sie für dich, lieber Reinhold. (Abg. Dr. Lopatka: „Du hast recht, es sind Spielereien! Du hast recht, Entschuldigung, es sind Spielereien!“) Hast du jetzt die Taktik umgestellt? Gut, ich gebe dir zu, daß das, was du gesagt hast, im Bereich der Zahlenspielerien ist. Nichts anderes wollte ich ausdrücken. Wenn ich den Anteil der Bundesländer am gesamten Streichungskuchen prozentuell aufrechne, hat Oberösterreich mit 29,5 Prozent den größten Teil übernommen, Niederösterreich mit 24,5 Prozent den zweitgrößten, und höre und staune, die Steiermark mit 15,8 Prozent den drittgrößten Anteil. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Die Rechnung stimmt nicht!“) Im Vergleich dazu ist Kärnten mit 6,14 Prozent zum Beispiel gut ausgestiegen, und ich kann mir durchaus vorstellen, daß sich Herr Haider auf eine Prozentzahl geeinigt hat, die unter anderer Sicht sich ganz anders zeigt. Und letztlich, Herbert, zu deinem Argu-

ment, daß alles aufgeschnürt wird. Herbert, wenn du den Entschließungsantrag auch grammatikalisch versuchst zu verstehen – ich habe es eh dazu erläutert –, semantisch müßtest du es eigentlich mitkriegen, ich habe immer nur geredet, und wir haben auch so geschrieben, daß es darum geht, die steirische, die innersteirische Kulisse neu zu basteln anhand der Kriterien, die uns von oben gegeben sind, weil ich gesagt habe, ein österreichisches Paket aufzuschneiden wird uns nicht mehr gelingen. Da stelle ich nur fest, daß die Frau Landeshauptmann schlecht verhandelt hat. Das müssen wir jetzt in Kauf nehmen, aber wir können das steirische Kulissenpaket verbessern und aufbessern. (Abg. Dr. Lopatka: „Also hat sie gut verhandelt, nicht?“) Nein, wir können schwer noch einmal die Landeshauptleutekonferenz in Gang setzen. (Abg. Dr. Lopatka: „Ah, das geht nicht?“) Und sie hat schlecht verhandelt. Ja, traust du ihr zu, daß sie mehr zusammenbringt? Traust du das der Frau Landeshauptmann zu? (Abg. Dr. Lopatka: „Wozu dein erster Punkt zum Beschlußantrag?“)

Reinhold, du bist heute zum ersten Mal mit diesem Thema befaßt, bitte blamiere dich nicht und sei still.

Ich möchte nur sagen, ein Aufschneiden des gesamtösterreichischen Kuchens ist von uns heute nicht verlangt. Wir nehmen zur Kenntnis, daß schlecht verhandelt wurde, und der ginge auch letztlich nicht mehr, auf Grund der vorzeitigen Einigung der Frau Landeshauptmann mit ihrem Kollegen Pröll. Wenn sie sich nicht geeinigt hätte, dann könnten wir heute noch immer darüber reden. Aber sie hat sich geeinigt, und sie hat sich schlecht geeinigt, und wir wollen wenigstens innersteirisch das Beste daraus herausholen, und das ist wohl legitim und richtig. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.34 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Herr Landesrat Paieryl hat noch einmal ums Wort gebeten. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl (15.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ganz kurz. Es ist einfach, wenn man noch so rechenkünstlerisch vorgeht, was nicht einmal in der Steiermark berechnet werden muß, sondern das, was bundesweit an Daten vorliegt, die Steiermark absolut und auch in relativen Zahlen, das heißt in diesen Veränderungsprozenten, am besten mit Kärnten angestiegen. Es waren auch die Argumente da, und wenn hier behauptet wird, es hat nie Argumente und Kriterien und Problemschwere gegeben. Na, selbstverständlich. Zum Ersten.

Und zum Zweiten. Wenn es Probleme gibt, und da wird ja einiges schon gemunkelt von Brüssel her mit diesem österreichischen Paket – und es kann ja kein Bundesland nach Brüssel melden, sondern nur Österreich –, sind das jene Bundesländer, die – ich nenne sie jetzt ganz einfach und vereinfacht, weil alles andere würde zu kompliziert werden – sehr großzügig bis unsachlich vorgegangen sind, um nicht zu sagen, da oder dort ein bißchen geschwindelt haben. Ich sage Ihnen dazu, die Steiermark war es sicher nicht und wird es auch nicht sein! Und da gibt es genug Zeugen auch in Ihren Reihen, und da finde ich es geradezu

historisch sehr interessant, daß Bernd Stöhrmann heute gerade in den Landtag eingezogen ist, weil er immer dabei war und sich sehr sachlich verhalten hat – und da gibt es genug Zeugen dafür, daß es eben zu dieser innersteirischen Abgrenzung keine Alternative gab, und ich behaupte, es gibt sie auch nicht, weil du selbstverständlich, wenn du einen Kopf irgendwo hinzunimmst – eine Gemeinde hinzunimmst, und das sind in der Regel dann mehr Köpfe –, dann mußt du irgendwo eine Gemeinde herausnehmen. Vor dieser politischen Verantwortung ist niemand zu entlassen, denn das geht nicht – das ist reiner Populismus – zu sagen, alle müssen hinein, und du hast aber einen Plafond, und der Plafond ist vorgegeben. Und der Plafond ist bei uns in der Steiermark am komfortablesten, am höchsten, wissen wir, ist nicht wegzudiskutieren. Also, was willst du? Noch dazu, wo das alles zusammen ohnedies mittlerweile von sehr strengen Prüfern aus Brüssel beurteilt wird. Warten wir es ab, ich bin sehr gespannt, daß dieses politische Agitieren, das einmalig ist in einem Bundesland, und noch dazu – ich wiederhole mich – in einem Bundesland, das am meisten profitiert hat – das ist einmalig, das ist unverständlich –, daß es von da hier zu einer politischen Agitation gegen das Bundeskanzleramt – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Aber wer hat denn 5 Milliarden angekündigt?“) Siehst, das ist wieder ein anderes Thema, aber das gebe ich dir auch in einem Privatissimum, da bist du zuständig. Da bist du zuständig, da mußt du noch etwas zusammenbringen, aber wir werden dir schon helfen dabei.

Aber das ist ja ein anderes Thema, das hat ja mit der Zielgebietskulisse nichts zu tun, das ist ja Grenzland, INTERREG-Programme et cetera.

Aber ich habe mir nicht gedacht, daß du dich jetzt zu Wort meldest, weil da bist du verantwortlich oder mitverantwortlich. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Für die Verhandlung?“) Für das INTERREG-Programm, naja, das war ja ein großer Erfolg, 5 Milliarden Schilling gerade für diese österreichischen Grenzregionen einzuholen.

Aber bitte schön, ich bringe es jetzt zum Schluß. Ich bin sehr gespannt auf den 4. Oktober und spätere Entwicklungen, wie sich hier diese ganze Geschichte gerade aus der Steiermark politisch angeheizt entwickeln wird. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 15.38 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren, es liegt nunmehr keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen also zur Abstimmung.

Wir haben abzustimmen über den Antrag des Herrn Berichterstatters. Wer dem die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit Hand. Gegenprobe

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Dann haben wir einen Unselbständigen Entschließungsantrag der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend die Reduzierung der Gesamtkulisse und die Neuerstellung der Landeskulisse. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist ebenfalls die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Weiters gibt es einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Keshmiri und Wabl, bezüglich der EU-Regionalmanagementstellen. Wer dem zustimmt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1236/1, Beilage Nr. 154, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 1981 geändert wird.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Kinsky (15.40 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gegenständliche Regierungsvorlage beinhaltet vornehmlich eine EU-Anpassung der Landarbeitsordnung.

Mit dem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum hat Österreich die Verpflichtung übernommen, das Arbeitnehmerschutzrecht der Europäischen Gemeinschaft umzusetzen.

Für die Beschäftigten in der Privatwirtschaft erfolgte die Umsetzung relativ rasch mit dem Arbeitnehmerschutzgesetz. Ausgenommen von diesem Gesetz sind jedoch die öffentlich Bediensteten, Heimarbeiter, Hausgehilfen und Hausangestellte sowie, aus kompetenzrechtlichen Gründen, die Arbeitnehmer in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Sinne des Landarbeitsgesetzes 1984.

Die entsprechende Novellierung des Bundesgrundgesetzes wurde mittlerweile kundgemacht und sind binnen sechs Monaten hierzu Ausführungsgesetze der Länder zu erlassen.

Der vorliegende Entwurf folgt dem Konzept des Arbeitnehmerschutzgesetzes, gesetzlich nur die Grundsätze der Richtlinie umzusetzen und dem Verwaltungsgeber die Detailregelungen zu überlassen, insbesondere die Umsetzung der umfassenden Anhänge der Richtlinien.

Weiters geht der vorliegende Entwurf auf eine stärkere Eigenverantwortlichkeit der Dienstgeber und von ihrer Verpflichtung zur Eigeninitiative und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen aus.

Ich stelle den Antrag, diese Regierungsvorlage anzunehmen. (15.41 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichtersteller.

Eine Wortmeldung hiezu liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke. Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 955/5, zum Beschluß Nr. 1007 des Steier-

märkischen Landtages vom 24. November 1998 über den Antrag der Abgeordneten Porta und Dr. Karisch, betreffend Vermeidung von HFCKW und HFKW.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Porta. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Porta (15.42 Uhr): Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 955/5, zum Beschluß Nr. 1007 des Steiermärkischen Landtages vom 24. November 1998 über den Antrag der Abgeordneten Porta und Frau Dr. Karisch, betreffend Vermeidung von HFCKW und HFKW.

Zur Berichterstattung an den Steiermärkischen Landtag wurden seitens der Rechtsabteilung 3 die Stellungnahmen jener Dienststellen, die mit der gegenständlichen Problematik befaßt sind, eingeholt. Erstens vom Landesenergiebeauftragten, zweitens von der Rechtsabteilung 14 und drittens von der Fachabteilung 4 b. Sie alle kommen zur Ansicht, daß das Land Steiermark der Intention des Antrages größtmöglich im Rahmen seiner gesetzlichen Möglichkeiten Folge leistet.

Daher wird zufolge des Beschlusses der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 1007 des Steiermärkischen Landtages vom 24. November 1998 über den Antrag der Abgeordneten Porta und Dr. Karisch, betreffend Vermeidung von HFCKW und HFKW, wird zur Kenntnis genommen. Danke! (15.43 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichtersteller.

Zum Wort gemeldet ist er selbst. Ich erteile es ihm.

Entschuldigung, steht schon da, Herr Abgeordneter Getzinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (15.44 Uhr): Danke, Herr Präsident, ich hätte aber durchaus dem Kollegen Porta auch den Vortritt gelassen. Das wäre kein Problem gewesen.

Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es handelt sich hier um eine etwas technisch klingende, chemisch-technisch klingende Materie. Nichtsdestotrotz besitzt sie außerordentliche Bedeutung, insofern diese chemischen Substanzen mit den eigentümlichen Abkürzungen HFCKW, FCKW, HFKW und so weiter ein enormes Treibhauspotential besitzen und zum Teil ein sogenanntes ozonolytisches Potential haben, was bedeutet, daß die Ozonschicht - in etwa 10 Kilometer Höhe von der Erdoberfläche -, die uns schützt vor schädlichen UV-Strahlen von der Sonne, von diesen Substanzen allmählich zerstört wird. Ihnen ist sicherlich der Begriff „Ozonloch“ bekannt. Dieses Ozonloch besteht nicht mehr nur über den beiden Polkappen, Südpol und Nordpol, sondern reicht mittlerweile bereits auch in bewohnte Gebiete in Südamerika - Feuerland beispielsweise. Aber auch im Norden werden bereits einige bewohnte Gebiete erreicht, was dort zu überhöhter UV-Strahlung führt, was wiederum zu Augenschäden einerseits führt und andererseits zu erhöhten Hautkrebsraten.

Ich denke also, daß es wohl berechtigt ist, daß der Steiermärkische Landtag diesbezüglich seine Sorge ausdrückt. Auf Antrag der Österreichischen Volkspartei ist ein sehr ausführlicher, sehr präziser und sehr, sehr guter Bericht seitens einiger Abteilungen der Steiermärkischen Landesregierung erstellt worden.

Aus unserer Sicht, aus Sicht des politischen Willens, wie ich jetzt sehe der Mehrheit im Haus, weist alles darauf hin, daß ein sehr rascher, ja sogar sofortiger Ausstieg aus der Nutzung dieser Substanzen mittlerweile möglich ist. Vor einigen Jahren war das noch nicht so. Da gab es noch keine Ersatzstoffe und Ersatztechnologien beziehungsweise es waren diese Ersatztechnologien ökonomisch noch nicht zumutbar. Mittlerweile ist das der Fall. Auch die zuständigen Ämter der Landesregierung drücken, das in ihrem Bericht aus.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, erlaube ich mir, einen gemeinsamen Entschließungsantrag hier einzubringen, betreffend Vermeidung von HFCKW und HFKW im Wohnbau, zur Einl.-Zahl 955/5 zu Tagesordnungspunkt 19 der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Karisch, Mag. Zitz und Kaufmann.

Die Verwendung von vollhalogenierten Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffen (FCKWs) und teilhalogenierten Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffen (HFCKWs) ist durch die Verordnungen zum Chemikaliengesetz geregelt. Einerseits gibt es die Verordnung des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie über die Beschränkungen und Verbote der Verwendung, der Herstellung und des Inverkehrsetzens der vollhalogenierten Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe, die die Verwendung dieser Stoffe untersagt. Andererseits gibt es die HFCKW-Verordnung, die Regelungen für bestimmte teilhalogenierte Kohlenwasserstoffe trifft und ebenfalls die Verwendung von HFCKWs zur Herstellung von Schaumstoffen verbietet.

Einige Ersatzprodukte, HFKWs, weisen jedoch auch ein beträchtliches Treibhauspotential auf. In der Steiermark werden im Wohnbau solche HFCKW-Produkte – wie zum Beispiel zur Herstellung von Polystyrolämmplatten – eingesetzt.

Seit Dezember 1992 ist die Steiermark Mitglied des Klimabündnisses Europa-Amazonien und hat sich zur Reduktion der Emission aller treibhauswirksamen Gase verpflichtet. Die Verwendung von HFCKW- und HFKW-Produkten sollte daher im steirischen Wohnbau vermieden werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, binnen drei Monaten eine Novelle zur Durchführungsverordnung des Wohnbauförderungsgesetzes, LGBl. Nr. 25/1993, in der geltenden Fassung LGBl. Nr. 75/1998, zu beschließen, in der ein Verbot der Verwendung von HFCKW- und HFKW-hältigen Produkten im geförderten Wohnbau festgeschrieben wird. Ich bitte um Annahme! (Beifall bei der SPÖ. – 15.48 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Porta. Ich erteile es ihm.

Abg. Porta (15.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß des Landtages, der die Landesregierung auffordert, geeignete Schritte zu setzen, die im gesamten Anwendungsbereich sicherstellen, daß HFCKW und HFKW, die zur Schädigung der Ozonschicht beitragen und ein beträchtliches Treibhausgaspotential darstellen, minimiert werden. Diese Ausföhrungen sind ausführlich und aufschlußreich.

Ich zitiere kurz aus der Stellungnahme der Landesbaudirektion: „Bei der Reduktion von Stoffen, die das stratosphärische Ozon angreifen, wurden auf Grund des seit 1. Jänner 1993 – abgesehen von einigen Ausnahmen – bestehenden Verbotes der Verwendung vollhalogenierter Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKWs) bereits große Erfolge erzielt. Als Ersatzstoffe werden derzeit teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (HFCKWs) und Fluorkohlenwasserstoffe (HFKWs) verwendet. Diese beiden Stoffgruppen weisen mit 5 Prozent bis 10 Prozent (HFCKWs) beziehungsweise 0 Prozent (HFKWs) ein wesentlich geringeres Ozonabbaupotential als die ursprünglich eingesetzten Stoffe auf.“

Meine Damen und Herren, der Antrag meines Vordröner bezüglich Vermeidung von Schaumstoffen im Wohnbaubereich findet natürlich selbstverständlich unsere Zustimmung. Wir werden diesem also gerne zustimmen.

Aber nur eines möchte ich dazu sagen: Es gibt diese Vorschrift, daß diese Stoffe nur bis zum Jahre 2000 erzeugt werden dürfen.

Aber es gibt die Möglichkeit, diese Stoffe in Österreich zu verwenden; und das ist das große Problem. Im Ostraum, in unserer Umgebung, werden diese Stoffe nach wie vor produziert. Und ich gebe noch was zu bedenken, lieber Herr Kollege. Das gesamte Einsparungspotential in der Steiermark beim Wohnbau wird um ein Milliardenfaches überschritten durch die Schadstoffemissionen, zu denen es bei der Bombardierung in Serbien und Bosnien gekommen ist, wo man Fabriken, Raffinerien bombardiert hat, wo man Trafostationen bombardiert hat. Aber ich bin trotzdem in Ihrem Sinne für diesen Antrag. Danke! (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 15.51 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Karisch (15.51 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe am 20. Oktober 1998 gemeinsam mit Frau Kollegin Wicher und Herrn Kollegen Brönnner einen Antrag gebracht, die Landesregierung aufzufordern, geeignete Schritte zu setzen, im Bereich der öffentlichen Bauten und des geförderten Wohnbaues den Einsatz von HFCKW und HFKW zu vermeiden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, und wir

haben heute die Freude festzustellen, wie Kollege Getzinger auch schon erwähnt hat, es gibt mittlerweile sehr viele Ersatzstoffe, die weder die Ozonschicht bedrohen noch Treibhauspotential besitzen. Wir sollten daher – und wir wollen das heute tun – einen Schritt weitergehen und im geförderten Wohnbau ein Verbot des Einsatzes dieser gefährlichen Stoffe beschließen. Meine Fraktion wird diesem Entschließungsantrag gerne zustimmen. Und ich ersuche Sie auch um Ihre Zustimmung.

Ein kurzes letztes Argument sozusagen noch zur Überzeugung. Nach vorsichtigen Schätzungen der Umweltorganisation Green Peace verfügen die im Hochbau in Österreich derzeit verwendeten Materialien über ein Treibhauspotential von insgesamt 6,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent. Das entspricht 10 Prozent der jährlichen österreichischen CO₂-Emissionen oder einem Drittel des Kyoto-Zieles. Sie sehen die Tragweite, wir sollten auf diesem Gebiet tätig werden, vor allem die Polystyrol-Hartschaumstoffplatten und -Sonderprodukte mit 4,7 Millionen Tonnen Treibhauspotential und die Polyurethane-Platten und -Montageschäume sind ausschlaggebend. Sie werden in Österreich noch eingesetzt. Wir sollten uns von ihnen verabschieden. Ich bitte um Ihre Zustimmung – danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.53 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Geschätzte Damen und Herren, wir sind zwar am Ende der Rednerliste angelangt, ich bedaure aber mitteilen zu müssen, daß wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht beschlußfähig sind. Ich bitte daher die Damen und Herren, aus den umliegenden Lokalitäten zur Abstimmung in den Plenarsaal zu kommen. Danke, das genügt. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Zweitens gibt es einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Karisch und Kaufmann. Wer dem die Zustimmung gibt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag hat die einstimmige Annahme gefunden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

20. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1239/1, betreffend den Förderungskatalog 1998.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (15.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Zusammenhang mit der vom Steiermärkischen Landtag geforderten Vorlage eines jährlichen Förderungskataloges wurden mit Schreiben 9. April 1999 alle kreditbewirtschafteten Abteilungen aufgefordert, der Landesfinanzabteilung unter Beachtung der Stellungnahme des Verfassungsdienstes vom 9. September 1997 einen Bericht für den in ihrem Bereich im Jahr 1998 erfolgten Förderungen, soweit nicht bereits gesondert dem Steiermärkischen Landtag durch die zuständige Abteilung darüber berichtet worden ist, vorzulegen.

Auf dieser Basis wurden die von der Landesbuchhaltung erstellte Übersicht der Förderungsansätze sowie die von den zuständigen kreditbewirtschaftenden Abteilungen vorgelegte detaillierte Darstellung zum Förderungskatalog 1998 zusammengefaßt. Der beiliegende Förderungskatalog 1998 soll dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis gebracht werden.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Förderungskatalog für das Jahr 1998 wird zur Kenntnis genommen. (15.55 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Abgeordneten Gennaro für seinen Bericht. Er ist auch als erster zu Wort gemeldet, und er hat es.

Abg. Gennaro (15.55 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben zwar vom Landtag diesen Bericht gefordert, aber wer ehrlich ist und mir belegen kann, daß er diese fast 700 Seiten durchgelesen hat, der spricht, sage ich salopp, die Unwahrheit, weil ich habe bei der Seite 390 aufgehört, weil es nicht mehr nachvollziehbar ist. Es ist ein Zahlenwerk, mit dem wir überfordert sind. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Kurt, nachdem du der Fleißigste bist, liegen alle unter deinem Niveau!“)

Nein, das hat mit dem nichts zu tun, ich bin nicht der Fleißigste, ich habe mir nur zur Aufgabe gestellt, das, was ich zu bearbeiten habe, bearbeite ich so gut wie es geht, und ich stehe nicht an zu sagen, daß ich auch aufgehört habe, weil es unmöglich ist, das durchzuforschen.

Ich möchte aber nur ein paar Dinge sehr wohl klarstellen, was mir aufgefallen ist. Im Prinzip ist das alles gelaufen, das ist ein Bericht, der hinten nachrennt. Wir sind auch der Meinung, daß zum Beispiel im Berufsschulwesen es schon erforderlich wäre, und das wäre gleich die Bitte für den nächsten Bericht, nicht nur die Voranschlagszahlen mit den Nummern hineinzuschreiben, weil dann kann man sich das noch mühsamer zusammenarbeiten. Es haben alle Abteilungen zumindest auch eine kurze schriftliche Begründung dazugegeben, wo man gleich ersehen kann, wofür die Förderungen ausgegeben wurden. Was mir aber aufgefallen ist, daß die Wirtschaftskammer, und das möchte ich deshalb sagen, weil es gibt schon eine Paranoia, daß verschiedene Förderungen durchgeführt werden, aber wenn man da schaut, kommt die Wirtschaftskammer so oft vor, wenn man sich das zusammenrechnet, muß ich sagen, das ist eine Förderung, die man begründen muß. Weil ich sehe nicht ein, daß einzelne Innungen und so weiter noch zusätzlich mit Steuermitteln gefördert werden, lieber Reinhold Puri, wenn ich weiß aus den Betrieben, was Wirtschaftskammerbeiträge der Unternehmer ausmachen, in welche Höhen die gehen. Wir kriegen keine Subventionen, wir zahlen das mit Beiträgen selbst, lieber Kollege Wiedner, und wir können das auch rechtfertigen. Ihr sitzt ja drinnen in der Kontrolle, ihr habt das Mitspracherecht. Aber du kannst dich zu Wort melden.

Ich möchte auch feststellen, warum wir für das WIFI in Wien, Peter Hohegger, vom Land Zahlungen leisten. Das kann ich nicht nachvollziehen, man kann das nicht nachvollziehen, es ist nur die Begründung, das heißt für mich im Klartext, daß man eigentlich bei den Förderungen, soweit sie nicht im Landtag herinnen sind, da haben wir ohnedies die Kontrolle, ob es wirklich der Mühe wert ist, wenn man einen Förderungsbericht einmal wirklich im Detail zerlegt und die Summen darstellt. Ich habe mir das vorgenommen, falls ich die Möglichkeit habe, im nächsten Landtag zu sein, aber da wir den Bericht 1999 noch vor Ende der Landtagsperiode kriegen, das genauestens zu tun.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt schon Förderungen im Bereich der Wirtschaft, ob das Tourismus oder in der Wirtschaft selbst ist, und wir haben es beim letzten Wirtschaftsförderungsbeirat festgestellt. Wenn Förderungen mit 2800 Schilling ausbezahlt werden, für eine Unternehmensgründung ausbezahlt werden, dann muß ich sagen, denke ich mir etwas dabei, wenn ich die Förderung kriege, wenn die Bearbeitung eines Aktes rund 6000 Schilling kostet. Und wir haben auch mit dem Landesrat Paieryl, der jetzt nicht da ist, aber er weiß meine Meinung, bereits festgelegt, daß wir für die neuen Richtlinien auch Untergrenzen schaffen sollten. Denn wenn einer ein Projekt hat, und er kriegt als Förderung 2800 Schilling, kann er mit seiner Familie ein bißchen besser essen gehen, und dann ist die Sache erledigt. Das ist kein Beitrag für eine Förderung, noch dazu, wo die Bearbeitung mehr kostet als die Förderung ausmacht.

Und, meine Damen und Herren, ganz enttäuscht war ich, weil den habe ich heute nur einmal kurz da gesehen, vom Herrn Landesrat Hirschmann. Ich muß sagen, wie er den Landtag bitte in Frage stellt, das mag ihm überlassen sein, er hat es öffentlich auch schon getan, aber ich finde es als eine äußerste Frechheit, wenn er in einen Wirtschaftsförderungsbeirat kommt, weil man ihn hinzitiert hat, weil durch die Tourismusförderung über 117 Millionen Schilling mit der Gießkanne vergeben werden und kein Mensch nachvollziehen kann, warum unterschiedliche Prozentsätze sind, dann läßt er sich gnadenhalber herab und kommt zur nächsten Sitzung, und das erste, was er sagt: „Was ist denn das für ein Gauklergremium, und, lieber Landesrat Paieryl, wie oft mußt du dich da mit den Gauklern beschäftigen im Jahr?“ Also – und ich habe das wirklich hinterfragt, und Herr Landesrat Paieryl hat sich sicher distanziert, aber ich halte es für eine Frechheit, daß ein Landesrat hergeht und einen vom Land eingesetzten Beirat so behandelt. Wenn es sich die anderen gefallen lassen von seiner Fraktion, habe ich kein Problem. Ich für meine Person und für uns, wir haben es uns nicht gefallen lassen, und ich habe mich dementsprechend geärgert (Beifall bei der SPÖ.), weil das eine Diskriminierung ist. Ich möchte mich nicht auf die gleiche Stufe begeben, aber es wird sicherlich Möglichkeiten geben, wo man den Landesrat Hirschmann dann auch dementsprechend als ersten Bühnenarbeiter oder als Kasperl für ein Kasperltheater hinstellen kann mit seinen Äußerungen. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Deine Aussagen sind nicht besser!“) Nein, eh nicht, nur ist das im Prinzip eine Frechheit. Aber trotzdem, man muß es einmal aufzeigen. Wenn das noch einmal

passiert, werde ich sofort die Sitzung verlassen, weil für das gebe ich mich nicht her. Ich bin kein Akademiker, aber ich bin stolz darauf, daß ich dort mitarbeiten kann und daß die Beschlüsse wirklich einstimmig in fast allen Fällen gefaßt werden, daß man sich die Mühe macht, die Unterlagen durchzuschauen. Und wenn es darum geht, aufzudecken und zu hinterfragen, warum da mit der Gießkanne Förderungen verteilt werden, die nicht nachvollziehbar sind, dann hat man auch das Recht als Abgeordneter, angehört zu werden.

Nachdem dieser Bericht vorliegt, tue ich mir zwar schwer, den voll zur Kenntnis zu nehmen. Ich werde es für dieses Jahr noch machen, aber im nächsten Jahr werden wir uns das genauer anschauen. (Beifall bei der SPÖ. – 16.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Zu Wort gemeldet hat sich als nächster Redner der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schinnerl (16.01 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte von meiner Fraktion einen Unselbständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zum Tagesordnungspunkt 20 einbringen, betreffend Bericht über Bedarfszuweisungen.

Die Begründung lautet: Der vorliegende Förderungskatalog enthält eine detaillierte Aufstellung der im Bereich der Landesverwaltung vergebenen Förderungen. Teilweise sind darin auch Bedarfszuweisungen enthalten. Im März 1999 hat Frau Landeshauptmann Klasnic die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, welche offene rechtliche Fragen, betreffend die Bedarfszuweisungen klären sollte, versprochen. Die Verweigerung der für das Gemeinderessort zuständigen Mitglieder der Landesregierung, über die Vergabe von Bedarfszuweisungen zu berichten, wurde immer damit begründet, daß Bedarfszuweisungen dem Datenschutz unterliegen. Mittlerweile liegen zwei voneinander unabhängige Rechtsgutachten vor, die eindeutig feststellen, daß Bedarfszuweisungen nicht unter den Datenschutz fallen.

Da die Kontrollfunktion des Landtages gewahrt bleiben soll, stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag jährlich eine Aufstellung über sämtliche an die steirischen Gemeinden vergebenen Bedarfszuweisungen unter Anführung der geförderten Projekte und Maßnahmen vorzulegen. Ich ersuche um Ihre Zustimmung. (16.03 Uhr.)

Präsident: Danke sehr!

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Straßberger das Wort.

Abg. Straßberger (16.04 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich gebe dir recht, Herr Vorsitzender im Finanzausschuß, lieber Kurtl Gennaro, dieser Bericht ist wirklich sehr umfangreich, möchte aber auch sagen,

daß er im vergangenen Jahr, 1998, sicherlich detaillierter war als im Jahr zuvor. Das möchte ich sagen.

Ich glaube grundsätzlich, eine Schuldzuweisung, warum Förderungen ausgezahlt wurden oder nicht, fast ein Jahr im nachhinein, ist nicht unbedingt günstig; denn letztendlich alles, was hier nicht beschlossen wurde, wurde in der Regierung beschlossen. Und ich gebe dir recht, das sehen wir zum Teil nicht mehr.

Wenn du heute sagst, viele Förderungen im Tourismus und in der Wirtschaft. Na net, bitte schön, wo denn sonst? Es gibt auch sehr viele Förderungen im Sozialbereich, wo sich letztendlich auch niemand daran stößt, denn diese Dinge sind halt auch notwendig.

Wenn du meinst, Kurtl Gennaro, daß diese Gießkannenmethode, wenn einer 2800 Schilling an Förderung kriegt, daß hier die Bearbeitung mehr ausmacht, dann teile ich bis zur Hälfte das. Wenn ich aber bedenke, was es bedeutet, wenn ein Kleinstunternehmer oder ein Kleinunternehmer – ich sage das jetzt so –, ein Friseur für eine Trockenhaube, die 19.000 Schilling kostet, 4000 bis 5000 Schilling Unterstützung von der öffentlichen Hand bekommt, dann freut sich dieser Unternehmer sehr. Ich gehe aber so weit, daß ich sage, grundsätzlich müßte sich eine Investition selbst verdienen, denn dann hätten wir grundsätzlich keine Sorgen.

Das nur zu dieser Sache.

Ich habe mir auch die Mühe gemacht und habe ein bißchen nachgeblättert oder die Jahre verglichen. Die Zusammenfassung: 1998 waren 16,1 Milliarden Schilling an Förderungen. Das war gegenüber dem Jahr 1997 doch um 906 Millionen Schilling mehr. Und wenn ich das jetzt aufteile, dann war es im ordentlichen Haushalt, sprich bei den Pflichtausgaben, doch eine Vermehrung um 713 Millionen und im außerordentlichen Haushalt, bei den Ermessensausgaben, eine um 299 Millionen Schilling.

Wenn wir etwas zurückblättern, in das Jahr 1996, damals war das Förderungsvolumen 14,1 Milliarden Schilling, und 1998 doch 16,1 Milliarden. Das heißt, es sind in etwa 2 Milliarden Schilling mehr in zwei Jahren, und das hat sicherlich unserem Land gut getan.

Ich gebe dir recht, daß man über jede einzelne Förderung sicherlich eine andere Haltung einnehmen kann, aber solange wir dieses System haben, müssen wir einfach das bis zu einem gewissen Grad zur Kenntnis nehmen.

Diese Förderungsschienen, wie du gemeint hast, mit der Wirtschaftskammer und so weiter, das habe ich mir nicht angeschaut. Das müßte man letztendlich hinterfragen. Ich glaube aber kaum, Kurt, daß auch nur ein Schilling unrechtmäßig ausgegeben wurde.

Zum Unselbständigen Entschließungsantrag von den Freiheitlichen, lieber Peter Schinnerl, möchte ich nur eines sagen: Meine Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen, denn, wie du genau weißt, es wurde hier eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Die hat am 21. September getagt, und es ist ein Schreiben unterwegs an das Bundeskanzleramt, betreffend Datenschutz, mit zwei Punkten. Diese Antwort ist noch

nicht gekommen. Darum meine ich, man kann einen Entschließungsantrag erst dann einbringen, wenn letztendlich diese Dinge einmal auf dem rechtlichen Weg geklärt sind. Es wäre fatal, wenn wir heute hier einen Entschließungsantrag beschließen, und wir bekommen dann vom Bundeskanzleramt die Auskunft, daß das nicht so ist.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit, und wir werden diesem Entschließungsantrag nicht zustimmen. Ich hoffe, daß im Jahr 1999 der Förderungsrahmen für unsere Wirtschaft und für unser Land sich genauso erhöht wie in den vergangenen Jahren. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.08 Uhr.)

Präsident: Danke sehr!

Als nächste hat sich zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Zitz, der ich es erteile.

Abg. Mag. Zitz (16.08 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Man sieht wieder, wie rasch die ÖVP umschwenkt, wenn es um die Einschätzung des Bundeskanzlers geht. Jetzt hört man gerade vom Kollegen Straßberger, daß man bezüglich Bedarfszuweisungen sich erst dann positioniert, wenn von ganz oben eine inhaltliche Vorgabe kommt. Vorher bei unserer EU-Diskussion hat die ÖVP sehr wohl ganz massiv die Art von Politikgestaltung durch den Bundeskanzler kritisiert. Also, vielleicht sollte man sich da einmal einigen, wie ernst man unser Staatsoberhaupt nimmt. Das hängt offenbar ganz stark davon ab, wie die ÖVP sich zu einzelnen Inhalten taktisch positionieren möchte.

Jetzt zum Förderbericht: Es tut mir sehr leid, daß es diesen Förderbericht über viele Jahrzehnte hinweg nicht gegeben hat. Wir werden dem Förderbericht jedenfalls zustimmen, weil er immerhin ein Stück Transparenz ist, was die Finanzgebarung im Land Steiermark betrifft.

Ad Bedarfszuweisungen: Wir werden auch den freiheitlichen Entschließungsantrag dazu unterstützen, obwohl er aus unserer Sicht bei weitem nicht weitreichend genug ist.

Ich wünsche mir, daß die beiden Gemeindeferenten – der Referent, die Referentin – Schachner und Klasnic endlich bereit sind, ein Budget erstellen zu lassen und zu erstellen, zusammen mit dem Landesfinanzreferenten, wo nicht im Bereich der Finanzabteilung eine Zeile steht, nämlich „Bedarfszuweisungen an steirische Gemeinden“ – die roten und die schwarzen – 2 Milliarden Schilling.

Das ist eine Art von Finanzvergabe, die für die Gemeinden unglaublich demütigend ist, und es gibt genug Widerstand auch von Gemeinden, weil sie das Gefühl haben, daß sie da nach dem Gießkannenprinzip bedient werden und daß es überhaupt keine inhaltlichen Vorgaben gibt, die sie zum Beispiel klar mitgestalten können.

Und der zweite Punkt ist, daß ich mir wünsche, daß die Mittel, die für Gemeinden und kommunale Anliegen ausgeschüttet werden, sehr wohl politisch diskutiert werden, und zwar auf der kommunalen Ebene im Gemeinderat diskutiert werden und auf der Landesebene diskutiert werden. Diese Struktur ist

derzeit nicht möglich, nachdem ja alles im geheimnisumwobenen rotschwarzen Proporz läuft, und der Förderbericht, das ist zu Recht angesprochen worden, gibt kaum Auskunft, wie diese Bedarfszuweisungen eigentlich ausgegeben werden. Und wie gesagt, da geht es um 2 Milliarden Schilling, also eine durchaus relevante Größenordnung.

Ein letzter Punkt noch, so die Geheimnisse des Datenschutzes in Österreich, das ist ja, nachdem es inzwischen am Hauptplatz in Graz eine Kamera geben wird, die Ihre Bewegungen, wenn Sie da drübergehen, beobachten, ist das ein Kapitel, das immer mehr in Richtung Eingriff in die Privatsphäre geht, und da ist dann hochinteressant, wie man in den Bereichen mit Datenschutz umgeht, wo es um die Stärkung von Mächtigen geht und wo es um die Stärkung von Geldflüssen geht. Es ist für mich nicht einsehbar, warum es im Bundesland Vorarlberg selbstverständlich möglich ist, daß man Richtlinien für die Bedarfszuweisungen hat. Im letzten Kommunal ist da eine eigene Notiz drinnen, und warum das in der Steiermark sehr unter der Hand läuft und erst nach einem halben Jahr, nachdem der Landtag eine Arbeitsgruppe „Bedarfszuweisungen an Gemeinden“ beschlossen hat, diese tagt – nämlich am 21. September 1999 – und wie gesagt, die ÖVP hat es vorher angesprochen, wir dann warten müssen, wie das Bundeskanzleramt uns Bescheid gibt, ob wir uns auf der Ebene von Demokratisierung und Nachvollziehbarkeit von Mitteln an Gemeinden verständigen dürfen oder nicht. Wie gesagt, abschließend, wir wünschen uns einen Förderbericht, wo das Kapitel Bedarfszuweisung selbstverständlich angeführt wird, und zwar im Detail, damit für uns ersichtlich ist, welche kommunalen Projekte unterstützt werden. Wir wünschen uns zweitens, daß die Bedarfszuweisungen nach inhaltlichen Förderrichtlinien zum Beispiel auch mit einem Mehrjahresprogramm ausgeschüttet werden. Und drittens, der Bezug auf den Datenschutz ist für uns insofern nicht ganz nachvollziehbar, als man halt in bestimmten Bereichen den Datenschutz sehr hochhält und in anderen Bereichen mit dem Datenschutz so vorgeht, daß gerade gesellschaftlich Schwächere an die Öffentlichkeit gezerrt werden und damit auch diskriminiert werden.

Dem Förderbericht insgesamt werden wir zustimmen, aber wie gesagt mit der Modifikation, daß wir uns im nächsten Jahr einen Förderbericht erwarten, der wirklich alle Mittelflüsse des Landes Steiermark dokumentiert, ganz konkret die 2 Milliarden Schilling, die an die rotschwarzen Gemeinden ohne für uns nachvollziehbare Richtlinien ausgeschüttet wurden. Und die Position – und das sage ich auch dazu, als grün-alternative Politikerin – ist eine Position, die sehr wohl auch von Leuten unterstützt wird, die auf kommunaler Ebene tätig sind. Und zwar gerade von Leuten, die sich wünschen, daß Bedarfszuweisungen nicht nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet werden, sondern dort, wo wirklich kommunalpolitisch Defizite sind, etwa durch die Sparpakete, die Bundes- und Landespolitik in den letzten fünf Jahren den Kommunen beschert haben. Danke schön! (16.14 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Es liegt mir nur mehr eine Wortmeldung zur Zeit vor, und die Beschlußfähigkeit ist verhältnismäßig knapp gegeben. Ich bitte die Klub-

führung, dafür zu sorgen, daß die Beschlußfähigkeit eindeutig ist. Ich erteile jetzt als vorläufig letztem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt dem Herrn Abgeordneten Mag. Hochegger das Wort.

Abg. Ing. Mag. Hochegger (16.14 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zur Ausführung vom Herrn Abgeordneten Gennaro, Tourismusförderung. Lieber Kurt, das ist einmal wichtig, daß ich das hier deponieren kann. Es gibt Kleinstunternehmer, für die 2000 Schilling ein Geld sind. Ich weiß nicht, warum dich das so stört. Ich habe ein bißchen das Gefühl, daß die Tendenz im Hohen Hause und im hohen Lande so ist, wenn man weniger Förderung bekommt, das ist etwas Schlechtes. Ich als Mitglied des Wirtschaftsförderungsbeirates und auch des Landtages bekenne mich dazu, daß auch die kleinen Dinge da wichtig sind. Also, es sollte auch nach unten nicht zu sehr eine Grenze gezogen werden, das ist einmal das Erste. (Abg. Gennaro: „Wenn ich 80.000 Schilling investiere und ich kriege 2000 Schilling!“) Kurt, lege nicht immer die gleiche Platte auf. Und jetzt gebe ich dir erstmals offiziell, wir sollten das da nicht hereintragen. Das nächste, das dich so stört, ist der Tourismusförderungsfonds, und ich möchte sagen, meine Damen und Herren, dort zahlt das Land Steiermark keinen Schilling dazu, das finanziert sich der Tourismus selbst. Das ist die eine Antwort, und insgesamt abschließend zur Wirtschaftsförderung im Lande Steiermark, sie hat nur eine Schwachstelle, die Förderungssumme im Budget beträgt nicht einmal 0,5 Prozent des Landesbudgets. Und, Kurt, das sollte dich eigentlich auch stören, und nicht die anderen Dinge, die eigentlich so nicht hereingehören. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.16 Uhr.)

Präsident: Es liegt jetzt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung, und ich lasse erstens über den Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1239/1, abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Zweitens bitte ich jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Bericht über Bedarfszuweisungen, zustimmen, ein Handzeichen zu geben. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über den Antrag, Einl.-Zahl 646/1, der Abgeordneten Posch, Dr. Flecker, Tasch und Purr, betreffend die Förderung der Kaiserau-Lifte GmbH. und Prüfung der Möglichkeit einer Beteiligung des Landes an der Kaiserau-Lifte GmbH.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (16.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz hat in seinen Sitzung am 15. September 1998 und am 14. September 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 646/1,

der Abgeordneten Posch, Dr. Flecker, Tasch und Purr, betreffend die Förderung der Kaiserau-Lifte GmbH. und Prüfung der Möglichkeit einer Beteiligung des Landes Steiermark an der Kaiserau-Lifte GmbH., beraten.

Die Abgeordneten Posch, Dr. Flecker, Tasch und Purr haben einen Antrag, betreffend die Förderung der Kaiserau-Lifte GmbH. und Prüfung der Möglichkeit einer Beteiligung des Landes Steiermark an der Kaiserau-Lifte GmbH. eingebracht.

Das Problem der Kaiserau-Lifte wurde vom Land im Wege von Beihilfen sowohl an die Gesellschaft als auch an die Gesellschafter gelöst. Eine Beteiligung war nicht vorzusehen. In diesem Sinn wurde der Intention des Antrages entsprochen, so daß eine weitere Antragstellung nicht mehr notwendig erscheint.

Der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz zum Antrag, Einl.-Zahl 646/1, der Abgeordneten Posch, Dr. Flecker, Tasch und Purr, betreffend die Förderung der Kaiserau-Lifte GmbH. und Prüfung der Möglichkeit einer Beteiligung des Landes Steiermark an der Kaiserau-Lifte GmbH., wird zur Kenntnis genommen. (16.19 Uhr.)

Präsident: Danke dem Berichterstatter, und ich erteile ihm zugleich als Diskussionsredner das Wort.

Abg. Tasch (16.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kann den Bericht nicht so zur Kenntnis nehmen. Ich glaube, daß eigentlich dem vorliegenden Antrag, den wir gemeinsam eingebracht haben, den auch Dr. Flecker unterschrieben hat, nichts hinzuzufügen ist. Damit ist die Situation genau geschildert und auch die Bedeutung der Kaiserau für die Alpenregion im Paltental herausgearbeitet worden. Man muß aber auch sagen, daß in der Zwischenzeit durch die Formulierung des Antrages und der heutigen Landtags-sitzung seitens des Landes Steiermark der Schilift-gesellschaft 3 Millionen Schilling überwiesen wurden und damit sehr wesentlich geholfen wurde. 4 Millionen wurden zugesagt, also eine Million ist noch offen. Ich werde mich aber dahin gehend noch erkundigen.

Die Tatsache der Schiliftgesellschaft wurde von den Gemeinden, dem Stift Admont sowie der Bevölkerung sehr, sehr dankbar angenommen.

Grundsätzlich ist es jedoch so, daß die wirtschaftliche Situation aller privaten und kleineren, mittleren Schiliftunternehmen eine mehr als schwierige ist. Sie hängen nicht nur noch mehr von den Gegebenheiten der Witterung ab, sie sind aber zumeist auch nicht in der Lage, notwendige Investitionen für Ersatzmaßnahmen, von Erneuerungen und Verbesserungen gar nicht zu reden, zu tätigen. Je mehr diese Schiliftanlagen in der Nachbarschaft der finanzstarken und wirklich anerkanntswerten modern ausgestatteten Holdingbetriebe sind, desto schwieriger wird es für diese kleinen Privatschilifte. Die Konkurrenzsituation ist dort so schwierig, daß sie von Investitionen her und auch von dem, was sie bieten, einfach mit den Holdingbetrieben, mit den Topschiregionen, nicht mithalten können.

Aber gerade unsere kleinen und mittleren Anlagen, quer durch das ganze Land verstreut, sind für die Ausbildung unseres Schiliftnachwuchses von größter Bedeutung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe noch keine Topschiregion gesehen, die zum Wochenende nur einen Quadratmeter von einer Piste sperrt, und vor allem in der Hochsaison, um Jugendschirennen, um Schülerschirennen stattfinden zu lassen. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir leben davon, daß unser Nachwuchs motiviert wird, schizufahren. Es ist Gott sei Dank in den letzten Jahren, vor allem im letzten Winter, wo wir auch ohne Schneekanonen genügend Schnee gehabt haben, wieder das Alpenschifahren in den Vordergrund gerückt. Vor allem sind wieder mehr Schifahrer auf den Pisten zu sehen gewesen.

Das Nachwuchsrennen findet einfach nur in den Privatschiregionen statt und in den kleinen Schiregionen, weil in den Topschiregionen, wie ich vorher erwähnt habe, es einfach nicht möglich ist, daß man für diese Schülerrennen die Pisten sperrt. Wer von denen würde, das habe ich gesagt, dort ein Rennen veranstalten?

Aber auch für den regionalen Fremdenverkehr sind die Anlagen wichtig. Auch in diesem Gebiete gibt es Wintergäste, die schifahren möchten und nicht jeden Tag mit dem Auto in ein großes Schiregion fahren können oder wollen.

Dahinter stehen die Fremdenverkehrswirtschaft, die Arbeitsplätze. Bei dieser Frage ist auch zu berücksichtigen, daß die Nächtigungszahlen in der Alpenregion Gesäuse in den Wintermonaten sehr bescheiden sind. Aber mit einem besseren Liftangebot könnte dieses Angebot entscheidend verbessert werden und die Nächtigungsziffern auch wesentlich gesteigert werden.

Das gilt auch für die einheimische Bevölkerung, die auch zwischendurch sehr gerne schnell zu einem rasch erreichbaren Lift schifahren gehen kann. Wenn nun zunehmend diese kleinen Anlagen nicht erhalten werden können, so werden sich alle Jugendlichen einen anderen oder gar keinen Sport suchen, und das ist meiner Meinung nach die große Gefahr, daß man der Jugend nicht die Möglichkeit gibt, schizufahren, weil es zu den Schiregionen, zu den Topschiregionen, einfach schwieriger wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie mir von den Vertretern der Gesellschaft berichtet wurde, sind die Gesellschafter trotz allem gezwungen, jährlich wieder auftretenden Abgang abzudecken. Für die kommende Saison wurde trotzdem eine Verbesserung erreicht. Es konnte ein Pistengerät gekauft werden, und es konnte einiges von der Piste her verbessert werden.

Aber es ist in den kühnsten Träumen nicht zu erwarten, daß wir auf dem Sektor die Anlagen so verbessern können, daß das Schifahren dort mit denen in den Holdingbetrieben verglichen werden kann. Das langfristige Halten oder gar der Ausbau auf den heutigen Stand wird in der Kaiserau und auch in anderen Standorten nur mit dem generellen und gleichlautenden Einstieg der Landesholding möglich sein.

Hier ist seitens des Landes grundsätzlich die Überlegung anzustellen, ob man die Ungleichheit und Ungerechtigkeit zwischen den Holding- und Privatschiliftbetrieben nicht beseitigen kann und eine einheitliche Vorgangsweise, bei der alle leben können, beschließt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist für mich immer wieder ganz klar zu befürworten, daß wir gerade in unserem Bezirk die Holdingbetriebe in eine Topregion zusammengebracht haben, daß wir dort wirklich enorm investiert haben, aber daß die Privatschiliftgebiete mit den Holdingliften absolut nicht mehr mithalten können und die Wettbewerbsverzerrung immer größer wurde.

In diesem Sinne bitte ich euch, dem Antrag zuzustimmen, der Kaiserau unter die Arme zu greifen sowie auch allen anderen Schiliftgebieten, um die Ungleichverzerrung von den Wettbewerben nicht weiter auseinanderzuklaffen. (Beifall bei der ÖVP. – 16.26 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kollegen Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (16.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich teile in vielen Bereichen die Meinung meines Bezirkskollegen Kurt Tasch, nur kommen wir langsam in eine Situation, die uns zwingt, gewisse Maßnahmen zu setzen. Was bezwecken wir mit der Holding? Mit der Holding bezwecken wir Infrastruktur in Bereichen zu schaffen, wo es gilt, auch daraus die wirtschaftlichen Betriebe und jene Bereiche zu stützen und zu fördern, die sich dort schon angesiedelt haben, um zu gewährleisten, daß diese Investition auch einen wirtschaftlichen Rückfluß bietet. Das ist der eine Teil.

Der zweite Teil ist der, und das hat sich gerade am Bädersektor gezeigt, auch dort, wo es noch nichts gegeben hat, wo aber durchaus Interesse besteht, Investitionen zu tätigen, die sich mit dem Sekundärbereich beschäftigen, nämlich die Hotellerie, die Gastronomie, Beherbergungsbetriebe und all das, daß dort das Land und mit dem Land eigentlich die Holding jene Funktion übernimmt, die also diese Infrastruktur bereitstellt beziehungsweise mit bereitstellt, um diese Betriebe entsprechend zu stützen und um einen gewissen Impuls in eine Region zu bringen.

Dazwischen drinnen sind natürlich Bereiche, die man als Grenzbereiche bezeichnen muß. Ein solcher Grenzbereich ist die Kaiserau, die ein sehr schönes Schigebiet ist, nur leider mit dem Manko behaftet, daß sie nicht so bekannt ist. Sehr bekannt ist sie allerdings im Bereich Trieben, Rottenmann, Admont, weil das für den Einheimischen ein Schigebiet ist, wie es einmal der Präbichl war.

Und jetzt taucht durchaus berechtigt die Frage auf, warum der Präbichl, und warum nicht die Kaiserau? Es ist schwer zu argumentieren, wenn man hier Wertigkeiten setzen will.

Aber, meine Damen und Herren, schlußendlich müssen Entscheidungen dahin gehend getroffen werden, die nach der Wirtschaftlichkeit beziehungsweise nach dem Entwicklungspotential dieser Region aus-

gerichtet sind. Die Stellungnahme der Landesregierung in diesem Bereich zeigt uns, daß dieses Potential im Bereich Kaiserau noch nicht gegeben ist. Das ist für den regionalen Schibetrieb durchaus bedauernd und nachteilig. Ich glaube aber, daß man das Manko dahin gehend ausbügeln kann, indem man eine zusätzliche Unterstützung jenen Schiliftbetreibern gibt, indem man ihnen hilft, ihre Anlagen, die durchaus eine regionale Bedeutung haben, zu unterstützen.

Die Intentionen, die wir haben, mit dem Land, mit der Landesholding Investitionen dort zu setzen, wo bereits eine Infrastruktur in der Beherbergung und in den Gastronomiebetrieben da ist, kann man mit der Kaiserau in dem Fall nicht vergleichen.

Daß es unterschiedliche Behandlungen zwischen den privat geführten Schiliftbetrieben und den Holdingbetrieben gibt, ist durchaus bekannt, nur darf ich daran erinnern, daß die meisten dieser Betriebe vor zehn Jahren auch noch Privatbetriebe waren und wir sukzessive nach Maßgabe der Mittel und nach Dringlichkeit der Aktivitäten es geschafft haben, zum Beispiel in der Dachstein-Tauern-Region den Verbund von der Reiteralm bis auf die Planneralm schlußendlich zu schaffen und dort ein Schigebiet einer Qualität hinzusetzen, das durchaus mit den französischen, schweizerischen und Westalpen österreichischer Provenienz mithalten kann.

Das heißt, es ist auch für den Bereich Kaiserau nicht gesagt, daß es nicht dazu kommen wird. Nur, wenn wir uns anschauen, welche Mittel wir zur Verfügung haben, dann muß man sich wohl oder übel, sage ich, darauf beschränken. Ich weiß, was es heißt, aus diesem Bereich ausgeschlossen zu sein, weil man immer wieder mit Neid und vor allem auch mit Bewunderung dort hinschaut, wo die Holding aktiv geworden ist, wo ja zum überwiegenden Teil Landesmittel eingesetzt sind. Es darf aber nicht so sein, daß mit einem Standpunkt, wie wir ihn jetzt haben, daß wir also den Ausbau des Ennstales erreicht haben, damit Schluß ist. Wir werden auch eine Qualitätsverbesserung in der Dachstein-Tauern-Region brauchen. Das ist ein Perpetuum mobile, je besser man ausgerüstet ist, je moderner man adaptiert ist, desto attraktiver ist man, desto mehr Leute kommen und schlußendlich desto mehr kurbelt man auch die Wirtschaft an. Und wenn es uns gelingt, den Sprung zu schaffen, daß jene Wirtschaft, die wir damit ankurbeln, wieder in der Lage ist, sich selbst am Leben zu erhalten und sich auch selbst wiederum an den Investitionen im Infrastrukturbereich zu beteiligen, wie das zum Beispiel in Zell am See oder in Kitzbühel oder anderen – siehe Arlberg – der Fall ist, dann wird es uns auch gelingen, wieder Raum zu schaffen, um Bereiche wie die Kaiserau und andere, die noch anstehen – ich denke da weiter hinein ins Gesäuse –, wiederum aufzuwerten und das Angebot, das wir in dieser Region haben, zusätzlich zu erweitern. Man darf den Leuten die Hoffnung nicht nehmen, man muß kleinweise, hätte ich bald gesagt, in kleinen Portionen mithelfen, daß diese Anlagen am Leben bleiben, daß sie ihrer Bestimmung zugeführt bleiben und schlußendlich hoffen, daß wir die wirtschaftlichen Voraussetzungen im Land so weit verbessern können, daß wir all diese Dinge mit offenen Armen und vollem Herzen weitergeben können. Danke! (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 16.32 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Flecker gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Flecker (16.32 Uhr): Herr Präsident!

Lieber Kurt, ich möchte auf deine Wortmeldung eingehen. Ich glaube, daß wir uns nach der Decke zu strecken haben, was die Infrastruktur bei Lifthanlagen anlangt. Wir sollten da durchaus die Ebenen sehen. Die Kaiserau – und da bin ich bei dir, und da bin ich beim Präsidenten Vesko – ist ein schönes Schigebiet. Du kannst nur nicht – und das ist meine Überzeugung – aus der Kaiserau ein überregional anziehendes Schigebiet machen, weil einfach die topographischen Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. Das ist Realität, schauen wir in viele dieser ehemaligen Privatschilifte, die in einem Boom einmal gebaut worden sind, die aber dann unter dem durchaus – und das gebe ich zu – Konkurrenzdruck massiv ausgebauter Schizentren irgendwann einmal wegfallen.

Und jetzt geht es auf die Philosophie hin. Wenn sich die Landesholding sozusagen als Verstaatlichungsinstrument sieht, das nur die Sanierung zum Ziel hat, ohne daß durch Investitionen eine Chance besteht, den Betrieb selbst lebensfähig zu machen, dann liegen wir, glaube ich, falsch. Du hast selber gesagt, die werden in den kommenden Jahren eine Verbesserung haben. Ich hoffe, daß sie es haben werden. Aber du hast gesagt, die werden auch im laufenden Betrieb Zuschüsse haben müssen. Und das ist es in letzter Hinsicht. Wir werden nicht Geld hineingeben können, wo eine Investition sich nicht lohnt und nicht dazu führen kann, daß sie dort einen Betrieb hinbringt, der wirklich strukturell etwas für die Gegend bringt. Darum meine ich, daß der Weg richtig war, dort zu sanieren. Man hat ja saniert, das Stift Admont hat selbst als Mehrheitseigentümer oder als größter Eigentümer seinen Anteil gebracht. Die Gemeinden haben über Sonderförderung etwas beigetragen, so daß einmal die Kaiseraulifte saniert sind. Ich glaube, nachdem der Betrieb örtliche Bedeutung hat, müßte in erster Linie darin gelegen sein, daß er kosten deckend über die Runden kommt. Ich glaube, daß das auch gelingen kann und daß wir mit einer Ausbauphilosophie uns dort zurückhalten sollen, weil es sich eben im Umfeld nicht mehr ausgeht. Ich glaube, es hat keinen Sinn, dort und dort nebeneinander Ausbauphilosophien zu entwickeln, die dann dazu führen, daß wir es im Gesamtmarkt nicht schaffen. Jetzt haben wir einen Ausbau bei der Riesneralm, wir haben einen Ausbau im nächsten Jahr im privaten Bereich Donnersbach auf der Planneralm. Ich glaube, daß dann wieder der Markt sehr gut und sehr klasse bedient wurde.

Das, was du, Kurt, gesagt hast zur Frage private Lifte und Landesholdinglifte, Landesrat Hirschmann hat insgesamt jetzt 60 Millionen bekommen zur Förderung von Privatschiliften, er hat Förderungsrichtlinien herausgegeben. Ich glaube, das funktioniert eigentlich ganz gut, und ich sehe es ein, daß die Privatschilifte diese Förderungsaktion brauchen, aber reden wir nicht immer von der Wettbewerbsverzerrung, und schreien wir nicht immer gerade von der Seite nach der Verstaatlichung, wo wir sie auf der anderen Seite sozusagen ablehnen.

Ich glaube eben – und das will ich jetzt noch einmal abschließend wiederholen, und da decke ich mich mit dem Kollegen Vesko –, daß wir schon eine Unternehmensphilosophie der Landesholding durchhalten müssen. Landesholding heißt Ausbau einer überregionalen Struktur, und heißt nicht Sanierung durch Verstaatlichung. Und ich bitte da um Verständnis, daß wir diese Richtung halten und daß wir versuchen, durch Förderungen anderer Art dort eine Sanierung zu machen – die ist geschehen – und so über Wasser zu kommen. Das ist überall so. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.37 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, dann bitte ich Sie um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest. (Abg. Tasch: „Zählen, zählen!“)

Dann wiederhole ich die Abstimmung und ersuche jetzt noch einmal jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters, den er ja wider Willen gestellt hat, wie er in seiner Wortmeldung gesagt hat, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Bitte lassen Sie die Hände oben. Es sind 27 Stimmen für den Antrag gezählt worden. Ich mache jetzt die Gegenprobe. Es sind 18 Gegenstimmen und 27 Prostimmen gezählt worden. Wenn Sie wollen, lasse ich auch noch abzählen, wieviel Damen und Herren überhaupt im Saale sind. Aber wenn das nicht gewünscht wird, dann ist der Antrag mit Mehrheit angenommen, und wir kommen zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Finanz-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 71/6, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend kalte Progression.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (16.39 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Mein Bericht: Der Finanz-Ausschuß hat in seinen Sitzungen am 17. November 1998 und am 14. September 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 71/6, der Abgeordneten Mag. Bleckmann und aller freiheitlichen Kolleginnen und Kollegen, betreffend kalte Progression, beraten.

Der FPÖ-Landtagsklub hat einen Antrag, betreffend kalte Progression, in den Landtag eingebracht, der vom Finanz-Ausschuß der Landesregierung zur Stellungnahme übermittelt worden ist.

Diese Stellungnahme wurde mittlerweile an den Ausschuß übermittelt. Aus dieser geht hervor, daß auf Bundesebene in der Regierungsvorlage, betreffend Steuerreformgesetz 2000, zur Erzielung des im Rahmen der Tarifreform angestrebten Entlastungsverlaufes der allgemeine Steuerabsetzbetrag in verschiedenen Einkommensbereichen unterschiedlich verschliffen wird. Damit wird erreicht, daß es zu einer gleichmäßigen Mindestentlastung von 4000 Schilling für alle Steuerpflichtigen bis zu einem mittleren Einkommen kommt, deren Einkommensteuer nach

früherer Rechtslage über diesen Betrag hinausging, und zu einer maximalen Entlastung von 7000 Schilling. Weiters sollte der Entlastungsverlauf für alle Steuerpflichtigen möglichst glatt sein. Um diesem Ziel zu entsprechen, sind Einschleifbestimmungen erforderlich, die für den Einkommensbereich bis etwa 200.000 Schilling nach Gruppen von Steuerpflichtigen unterschiedlich gestaltet werden.

Damit sind die Intentionen der Antragsteller und Antragstellerinnen grundsätzlich erfüllt.

Schon die Stellungnahme der Landesregierung schlägt vor, mit diesem Anliegen nicht an die Bundesregierung heranzutreten, weil die Inhalte des Steuerreformgesetzes bereits politisch vereinbart sind. Mittlerweile wurde dieses Gesetz auch im Nationalrat beschlossen. Damit werden 32,5 Milliarden Schilling bewegt. Die jährliche Entlastung für Lohnsteuerzahler und -zahlerinnen wird zwischen 1500 und 7000 Schilling betragen.

Der Finanz-Ausschuß stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Finanz-Ausschusses zum Antrag, Einl.-Zahl 71/6, der Abgeordneten Mag. Bleckmann und aller freiheitlichen Kolleginnen und Kollegen, betreffend kalte Progression beziehungsweise Steuerreform, sowie zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 71/9, wird zur Kenntnis genommen. (16.42 Uhr.)

Präsident: Danke!

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kollegen Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (16.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich kurz halten. Wir haben einen Antrag gestellt, daß man die kalte Progression berücksichtigt und die vermehrte Steuerlast aus diesem Bereich gemindert wird.

Nunmehr haben wir eine Stellungnahme der Regierung bekommen, die zwar sehr schön darauf hinweist, was sie alles anders machen, nur von der kalten Progression ist nicht die Rede. Das ist klar und deutlich mißverstanden worden, was hier geschehen ist, weil daß man in der Zwischenzeit einen Tarifsatz geändert hat und so weiter, ändert nichts daran, daß sich jedes Jahr auf Grund der Progression das Einkommen um den Prozentsatz der Progression erhöht und daher daraus Steuermittel lukriert werden, die über den normalen Bereich hinausgehen.

Nun haben wir zugegebenermaßen momentan eine sehr glückliche Situation, weil die Inflation relativ gering ist. Nur, wir kennen diese Wellentäler, auf und ab und auf und ab, und es wird wiederum, es muß nicht sein, aber es ist anzunehmen, daß es wieder kommt, bergauf gehen. Daher sollte man also den Intentionen des Antrages, so, wie wir ihn verstanden haben, Rechnung tragen, daß man von vornherein in die Besteuerung eine Sicherheitsbremse für die Progression einbaut.

Nicht damit abgetan ist es, daß man sagt, ich habe da ein bißerl etwas geändert und dort ein bißerl etwas geändert. Wenn wir schon bei der Steuer sind, wenn man wirklich etwas Gutes für Österreich tun will und wenn man wirklich der österreichischen Wirtschaft

helfen will, dann muß man die Steuer senken. Und dazu gibt es ein gutes Rezept, das heißt Flat Tax und ist allen ans Herz gelegt und empfohlen. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. – 16.44 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich lasse abstimmen, indem ich jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein deutliches Zeichen mit der Hand bitte. Danke. Gegenprobe.

Wir haben ein Zählungsproblem, und auf das lasse ich mich nicht ein.

Ich muß euch bitten, das noch einmal zu tun. Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu heben und diese oben zu lassen.

Die Prostimmen möchte ich jetzt wissen. 22 Prostimmen!

Bitte die Gegenstimmen!

Damit ist die mehrheitliche Annahme des Antrages sichergestellt.

Bei den Tagesordnungspunkten 23 und 24 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

23. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1220/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1999 (vierter Bericht für das Rechnungsjahr 1999).

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (16.46 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf berichten, daß in der Zeit vom 19. April 1999 bis 17. Mai 1999 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 151,104.730 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt.

Der Mehraufwand wurde bedeckt im ordentlichen Haushalt durch die Bindung von Ausgabenersparungen, der Entnahme aus der Investitionsrücklage, Rücklagenentnahme, Mehreinnahmen.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der vierte Bericht für das Rechnungsjahr 1999 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 151,104.730 Schilling wird zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (16.47 Uhr.)

Präsident:

24. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1238/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1999 (fünfter Bericht für das Rechnungsjahr 1999).

Berichterstatlerin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (16.48 Uhr): Zu dieser Vorlage darf ich berichten, daß in der Zeit vom 15. März 1999 bis 14. Juni 1999 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 57.035.741,76 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt.

Der Mehraufwand wurde im ordentlichen Haushalt durch die Bindung von Ausgabenersparungen und der Entnahme aus der Investitionsrücklage bedeckt und im außerordentlichen Haushalt durch die Bindung von Ausgabenersparungen und der Entnahme aus der Rücklage Fernseh- und Rundfunkschilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der fünfte Bericht für das Rechnungsjahr 1999 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 57.035.741,76 Schilling wird zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (16.49 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und komme, nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, zur Abstimmung.

Erstens: Wer dem Antrag der Frau Berichterstatlerin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1220/1, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Zweitens: Wer dem Antrag der Frau Berichterstatlerin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1238/1, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 25 bis 28 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese vier Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

25. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1221/1, über die Auflassung der L 371, Mellacher Straße, von Kilometer 2,253 bis Kilometer 2,465 in einer Länge von 212 Meter.

Berichterstatler ist der Herr Abgeordnete Huber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Huber (16.50 Uhr): Es geht hier um die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 1221/1, Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Auflassung der L 371, Mellacher Straße, von Kilometer 2,253 bis Kilometer 2,465 in einer Länge von 212 Meter.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 14. Juni 1999 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Gemäß Paragraph 8 Absatz 1 Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 wird die Landesstraße Nr. 371, Mellacher Straße, von Kilometer 2,253 bis Kilometer 2,465 in einer Gesamtlänge von 212 Meter aufgelassen und der Gemeinde Fernitz nach erfolgter letztmaliger Instandsetzung übergeben. Die gegenständliche Landesstraßenauflassung tritt mit dem Tag der Beschlußfassung in Kraft. Ein entsprechender Gemeinderatsbeschluß der Gemeinde liegt vor. Ich bitte um Annahme. (16.51 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatler.

26. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1117/2, zum Beschluß Nr. 1233 des Steiermärkischen Landtages vom 18. Mai 1999 über den Antrag der Abgeordneten Heibl, Schleich und Herrmann, betreffend den Ausbau der B 73 vom Autobahnknoten Gralla (A 9 Pyhrnautobahn) in Richtung Osten bis Sajach.

Berichterstatler ist der Herr Abgeordnete Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Heibl (16.51 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf namens des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur zur genannten Regierungsvorlage folgenden Bericht erstatten.

Das Gesamtkonzept im Zuge der Situierung der Anschlußstelle Leibnitz (Gralla) an der A 9 Pyhrnautobahn sah eine Verlegung der B 73, Kirchbacher Straße, zwischen Breitenfeld und Straßengralla mit dem Anschluß an die B 67, Grazer Straße, und B 74, Sulmtalstraße, vor.

Mit dem Bau der A 9 Pyhrnautobahn wurde davon das Teilstück zwischen der Autobahnanschlußstelle Leibnitz und B 67 realisiert.

Für die Weiterführung zwischen dem Autobahnanschluß und Sajach liegt ein Detailprojekt vor. Der rund 3,7 Kilometer lange Abschnitt erfordert eine aufwendige Brückenquerung des Landschaftsschutzgebietes Nr. 34 „Murauen im Leibnitzer Feld.“ und ist mit Kosten von etwa 150 Millionen Schilling veranschlagt. Die Fortsetzung von Sajach bis Breitenfeld wurde generell bearbeitet und liegt für den zirka 4 bis 5 Kilometer langen Abschnitt eine Variantenuntersuchung vor.

Neben der Problematik einer neuen Querung des Landschaftsschutzgebietes ist auf Grund der bekannt angespannten Budgetsituation auf dem Bundesstraßensektor eine Realisierung derzeit sowohl kurz- als auch mittelfristig nicht absehbar.

Zur Verbesserung der bestehenden Straßenverhältnisse mit Umwegfahrten zur Autobahnanschlußstelle und Ortsdurchfahrten (Obergralla und Straßengralla) wird eine Verbindung der B 73 zur bestehenden Autobahnanschlußstelle, östlich entlang der A 9, angestrebt. Neben der Entlastung von Wohngebieten ergäbe sich eine Streckenverkürzung um rund 3 Kilometer. Grundsatzgespräche mit der flächenmäßig betroffenen Gemeinde Gralla wurden bereits geführt. Für die Festlegung der geplanten B-73-Umlegung ist nunmehr noch die endgültige Situierung der Lkw-Hauptmautstelle an der A 9 abzuwarten.

In der Bedarfsfeststellung und im Zehnjahresbauprogramm für Bundesstraßen wurde seitens der Bundesstraßenverwaltung Steiermark diese provisorische Straßenverbindung mit entsprechender Dringlichkeit eingestuft.

Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 1233 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Mai 1999 über den Antrag der Abgeordneten Heibl, Schleich und Herrmann, betreffend den Ausbau der B 73 vom Autobahnknoten Gralla (A 9 Pyhrnautobahn) in Richtung Osten bis Sajach, wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Danke für den Bericht.

27. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1095/1, der Abgeordneten Majcen und Beutl, betreffend die Realisierung eines Park-and-ride-Platzes an der Autobahnanschlußstelle Gleisdorf-Süd.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (16.54 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich erstatte den Mündlichen Bericht Nr. 267.

Die Abgeordneten Beutl und Majcen haben Anfang 1999 einen Antrag, betreffend Realisierung eines Park-and-ride-Platzes an der Autobahnanschlußstelle Gleisdorf-Süd eingebracht. Dieser wurde vom Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur der Landesregierung zur Stellungnahme übermittelt. Dieser Stellungnahme ist zu entnehmen, daß die Förderungsgrundsätze und die förderungswürdigen Vorhaben in der generellen Richtlinie zur steirischen Nahverkehrsförderung festgeschrieben sind.

Ich gehe nicht weiter darauf ein. Es steht nur drinnen, der Stellungnahme der Landesregierung ist somit zu entnehmen, daß die Möglichkeit einer raschen Realisierung seitens des Landes unter der Prämisse, daß die Gemeinde die bereits erwähnten Voraussetzungen erfüllt, gegeben ist. Aus diesem Grund ist eine Realisierung eines Park-and-ride-Platzes an der Autobahnanschlußstelle Gleisdorf-Süd nach einem anderen Modus nicht anzustreben.

Es gibt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1095/1, der Abgeordneten Majcen und Beutl, betreffend die Realisie-

rung eines Park-and-ride-Platzes an der Autobahnanschlußstelle Gleisdorf-Süd, wird zur Kenntnis genommen. (16.56 Uhr.)

Präsident: Danke.

28. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1098/1, der Abgeordneten Majcen und Beutl, betreffend die Realisierung eines Park-and-ride-Platzes an der Autobahnanschlußstelle Ilz.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (16.56 Uhr): Ich erstatte den Mündlichen Bericht Nr. 268.

Die Abgeordneten Majcen und Beutl haben am 9. Februar 1999 einen Antrag, betreffend Realisierung eines Park-and-ride-Platzes an der Autobahnanschlußstelle Ilz eingebracht. Dieser wurde vom Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur der Landesregierung zur Stellungnahme übermittelt. Dieser Stellungnahme ist zu entnehmen, daß die Gemeinde Ilz einen Park-and-ride-Platz in der Nähe des bestehenden Regionalbusknotens errichtet. Die Finanzierung erfolgt mit Beteiligung des Landes in der Höhe von 50 Prozent der Errichtungskosten. Der Errichtung eines weiteren Park-and-ride-Platzes im Bereich der Autobahnanschlußstelle wird aus der Sicht der Gemeinde vorerst keine große Priorität eingeräumt. Erst bei zusätzlichem Bedarf wird bei zeitgerechter Planung diese Variante in Angriff genommen werden.

Aus diesem Grund ist eine Realisierung eines Park-and-ride-Platzes an der Autobahnanschlußstelle Ilz derzeit nicht anzustreben.

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur stellt den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1098/1, der Abgeordneten Majcen und Beutl, betreffend die Realisierung eines Park-and-ride-Platzes an der Autobahnanschlußstelle Ilz, wird zur Kenntnis genommen. (16.57 Uhr.)

Präsident: Danke dem Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Beutl, der ich es erteile.

Abg. Beutl (16.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Die Anschlußstelle an die A 2 bei Gleisdorf, Gemeinde Hofstätten, hat eine sehr große infrastrukturelle Bedeutung für die Region. Sie ist ein zentraler Knotenpunkt für viele Pendler, die in die Wirtschaftsräume Richtung Graz, aber auch nach Niederösterreich, Wien beziehungsweise in Richtung Salzburg und Kärnten weiterfahren. Diese Pendler parken dort auf dem Bankettstreifen der B 68 und auf dem Abstellplatz einer Tischlerei beziehungsweise dort in der Nähe befindlicher Einfamilienhäuser, weil eine geregelte Parkmöglichkeit fehlt. Vor einiger Zeit aufgestellte Parkverbotstafeln erschweren diese ganze

Parksituation, und klarerweise hat auch die Tischlerei wenig Freude, wenn ihre Einfahrt ständig verparkt ist, so daß es auch immer wieder zu Anzeigen und zu Strafen kommt.

Ich habe vor einigen Jahren bereits einen Antrag zwecks Errichtung eines Park-and-ride-Sammelparkplatzes eingebracht, und diese Initiative, das war etwa in den Jahren 1994/95, hat bewirkt, daß das Wirtschaftsministerium ein bundesstraßeneigenes Grundstück zwischen der Auffahrtsrampe in Richtung Graz und der A 2 für die Errichtung eines solchen Parkplatzes zur Verfügung gestellt hat. Dieser Platz könnte für zirka 150 Pkws ausgebaut und genützt werden. Entsprechende Detailpläne und Kostenberechnungen sind von der zuständigen Abteilung erstellt worden und liegen seit diesem Zeitpunkt vor. Die Voraussetzung allerdings für die finanzielle Aufteilung der Baukosten sieht nun einen Landesanteil von 50 Prozent vor. Der Restbetrag müßte von der Gemeinde Hofstätten aufgebracht werden. Und hier liegt nun das Problem, denn klarerweise an einem solchen Umsteigepunkt parken, wie ich vorhin schon gesagt habe, Pendler einer gesamten Region, und nicht nur die aus der umliegenden Gemeinde beziehungsweise aus Hofstätten. Ich fahre nahezu täglich an dieser Stelle vorbei und habe mir die Autokennzeichen angeschaut, und da parken natürlich Autos aus allen angrenzenden Bezirken beziehungsweise auch aus dem südlichen Burgenland, ja sogar aus Slowenien.

Es sind also sehr viele Gemeinden davon betroffen, aus mehreren Bezirken.

In der Regierungsvorlage wird nun als mögliche Lösung von Zweckverbänden der Gemeinden gesprochen, die dann gemeinsam diese restlichen 50 Prozent aufbringen sollten.

Ich möchte nun im Anschluß einen Entschließungsantrag einbringen, wo wir von der ÖVP – und ich hoffe, es gehen auch die anderen Parteien hier im Landtag mit – die Regierung auffordern, Verhandlungen aufzunehmen mit den Gemeinden, um endlich zu einer Lösung zu kommen. Ich denke, daß wir die Gelegenheit wirklich benützen sollten, nicht immer nur davon zu reden, daß es notwendig und wichtig wäre umzusteigen auf Fahrgemeinschaften, umzusteigen aufs „Autoteilen“, umzusteigen auch auf öffentliche Verkehrsmittel als wichtigen Beitrag zu einer Umweltschonung und auch zur Energieschonung, und auf der anderen Seite nicht bereit sind, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Ich bringe nun den Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages ein, und zwar den Entschließungsantrag der Abgeordneten Beutl und Majcen, betreffend Park-and-ride-Platz an der Autobahnanschlußstelle Gleisdorf-Süd.

Der Antrag lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend mit den betroffenen Gemeinden die Verhandlungen aufzunehmen, um einen Kostenaufteilungsschlüssel für den Gemeindeanteil zur Realisierung des Park-and-ride-Platzes an der Anschlußstelle Gleisdorf-Süd der A 2 Südautobahn zu finden, damit in weiterer Folge mit dem Bau begonnen werden kann. Ich bitte um Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP. – 17.02 Uhr.)

Präsident: Danke!

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Heibl. Ich erteile es ihm.

Abg. Heibl (17.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Meine Wortmeldung bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt 26, Neubau eines Autobahnzubringers zur A 9 im Bereich Gralla.

Es ist zwar für mich und für unsere Bewohner in dieser Gegend nicht erfreulich, daß die geforderte und auch ursprungsgeplante Straßenanbindung für die Gemeinden östlich der A 9, also der Pyhrnautobahn, an den Autobahnknoten bei Gralla aus finanziellen Gründen zumindest mittelfristig nicht erfolgen wird. Die Überlegungen dafür, eine Ersatzlösung zu treffen, erreicht zwar nur zum Teil das Ziel oder den gewünschten Effekt, ist aber auch nicht abzulehnen.

Diese Straße, wer sich dort auskennt, wird wissen, was ich damit meine, soll parallel östlich der Autobahn A 9 gebaut und errichtet werden und verkürzt die Autobahnzufahrt für die Verkehrsteilnehmer aus diesem östlichen Bereich um zirka 3 Kilometer. Die bis jetzt notwendige oder notwendig gewesene Durchfahrt durch Gralla, um zum Autobahnknoten zu gelangen, wird sich nach der Errichtung dieser Straße, dieser Ersatzstraße, erübrigen. Die Errichtungskosten für diese geplante Straße sind natürlich wesentlich geringer, weil keine Brücke über die Mur für diese Ersatzstraßenlösung notwendig ist.

Aber der Haken an der ganzen Sache bei der Planung dieser Straße liegt woanders. Es steht noch nicht fest beziehungsweise es stand bis zur Erstellung der Vorlage nicht fest, wo auf der A 9 zwischen Graz und der Staatsgrenze die Hauptmautstelle und die Nebenmautstellen für Lkw über 3,5 Tonnen errichtet werden. Im Endbericht der ASFINAG für das Bundesland Steiermark wird Wundschuh im Süden als Hauptmautstelle mit zwei Nebenmautstellen, eine in Wildon, eine in Lebring, für den Raum, wie gesagt, südlich von Graz angegeben.

Und plötzlich soll die Hauptmautstelle von Wundschuh nach Gralla verlegt werden. Still und leise werden bereits Grundabläsen oder Verhandlungen über Grundabläsen geführt. Nur, da wird die Südregion nicht mitspielen. Was wir verlangen, ist die Gleichbehandlung der Regionen in unserem Bundesland mit diesen geplanten Mautstellen, und nicht mehr und nicht weniger.

Wir fordern, daß weder Wundschuh noch Gralla eine Hauptmautstelle wird, sondern die Errichtung im Bereich Spielfeld, Gersdorf – das ist in der Nähe der Staatsgrenze – erfolgt und von Nebenmautstellen in diesem Bereich Abstand genommen wird.

Ich weiß schon, daß wir Mauteinnahmen brauchen, um noch fehlende Straßenstücke oder Erneuerungen oder Verbesserungen am Straßensektor zu finanzieren. Daß diese Einnahmen auch zweckgebunden sind, das alles weiß ich. Trotzdem kann ich mich hier mit dieser Verlegung der Mautstellen von Wundschuh nach Gralla nicht einverstanden erklären. Aber so kann es auch nicht sein, meine Damen und Herren, daß wirtschaftlich schwache Regionen, wie zum Beispiel Radkersburg und Leibnitz, nicht einmal ihren internen Bezirksverkehr oder Lieferungen nach Graz

über die bestehende Autobahn abwickeln können, letztendlich dann, um keine Mautgebühr zu bezahlen, auf Nebenstraßen ausweichen müssen, um die Kosten zu sparen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, obwohl es anderen Regionen möglich sein wird nach diesem Plan, mautfrei ihren Bezirksstraßenverkehr bis hin nach Graz, bis hin auch zum Terminal gratis und ohne Mautgebühr abwickeln zu können.

Es wird doch niemand glauben, meine Damen und Herren, daß sich Betriebe in Gegenden ansiedeln werden, wo mit zusätzlichen Kosten gegenüber der Konkurrenz im eigenen Land zu kalkulieren ist.

Indem die elektronische Lkw-Mauterhebung für den fließenden Verkehr, wie es ja ursprünglich gedacht war, technisch nicht funktioniert - das wird zumindest in einem Gutachten der Technischen Universität Wien, im Auftrag des Wirtschaftsministeriums, klipp und klar behauptet -, die alle Lkws erfassen könnten, werden wir um diese Art von Mautstellen nicht herumkommen.

Ich möchte auch dazusagen, damit es jeder weiß, eine Hauptmautstelle hat etwa eine Länge von mindestens 900 Meter und kostet ungefähr 100 bis 120 Millionen.

Meine Forderung beziehungsweise meine Bitte um Unterstützung geht dahin, die Hauptmautstelle auf der A 9 südlich von Graz bis zur Staatsgrenze muß im Bereich Spielfeld, Gersdorf errichtet werden. Der mautfreie bezirksinterne Lkw-Verkehr über 3,5 Tonnen und Lieferungen bis Graz müssen, wie bei anderen steirischen Regionen es auch möglich ist, garantiert sein. Ich danke für das Zuhören! (Beifall bei der SPÖ. - 17.08 Uhr.)

Präsident: Danke sehr!

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wiedner das Wort.

Abg. Wiedner (17.08 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch ich beziehe mich wie mein Vorredner auf den Tagesordnungspunkt 26, auf den Autobahnanschluß Gralla beziehungsweise auch folgend auf die Mautstelle.

Wir haben zwar damals bei der Einbringung dieses Antrages diesem zugestimmt, und zwar konkret jetzt dem Antrag 1117, bezüglich Ausbau der B 73 vom Autobahnknoten Gralla Richtung Osten bis Sajach. Zugestimmt jedoch mit einem kräftigen Bauchweh, weil dieser Autobahnanschluß im Endeffekt nur eine Notlösung sein kann.

Wer sich in der Gegend auskennt, der weiß, wo Sajach liegt. Sajach liegt im Endeffekt im Wald an einer unbedeutenden Straße. Wenn - müßte der Ausbau viel weiter gehen, Richtung Wolfsberg, Richtung Osten. Es kann das nur eine Möglichkeit sein, überhaupt etwas anzugreifen, nur, Lösung ist dieser Autobahnanschluß oder diese Erweiterung noch nicht.

Ein bißchen muß ich dich, Otto, ergänzen. Es gibt momentan schon eine Notlösung, und zwar westlich der Autobahn von Gralla, direkt zum Kreisverkehr, die man ausnützen könnte. Eine gewisse Hilfe zumindest.

Es hat in dieser Angelegenheit schon eine Menge Diskussionen im Bezirk gegeben. Es wäre natürlich notwendig, die Infrastruktur speziell in diesen südsteirischen Bezirken Radkersburg, Leibnitz und Deutschlandsberg kräftig auszubauen.

Wir haben heute schon geredet über das zweite Gleis. Da wird sich hoffentlich auch in nächster Zeit etwas tun. Der Herr Landesrat hat ja versprochen, wahrscheinlich diskutiert er gerade auch deswegen darüber, daß die Planungen heuer einmal fertig werden mit der zweite Gleisgeschichte bis nach Spielfeld, weil sonst kann es uns passieren, daß wir - (Landesrat Ing. Ressel: „Ich habe es nicht versprochen!“) bitte? (Landesrat Ing. Ressel: „Herr Abgeordneter, das ist ein Irrtum, ich habe es nicht versprochen, sondern der Vertrag zwischen Verkehrsministerium und ÖBB ist für die Fertigstellung der Planung mit Jahresende 1999 festgelegt!“) Ja, ich bedanke mich für die Richtigstellung. Zumindest haben Sie so informiert, und wie ich Sie kenne, werden Sie da sicher auch dranbleiben, daß wir hier diese Möglichkeit nützen können. Sonst besteht ja wirklich die Gefahr, umfahren zu werden, weil zwischen Marburg und Ungarn wird ja schon gebaut. Wichtig wäre auch die weitere Aufschließung der Bezirke Radkersburg und Deutschlandsberg. Momentan gibt es sehr ungenügende Möglichkeiten der Befahrung. Und jeder von uns, der in der Region bei den ganzen Verkehrsproblemen und bei den ganzen Betriebsansiedelungen dabei ist, weiß, wie schwierig es ist, Betriebe schon in gut aufgeschlossene Regionen hinzubekommen, und wie es fast unmöglich ist, Betriebe dorthin zu bekommen, wo die Verkehrsinfrastruktur sehr, sehr schlecht ist. Und das ist momentan noch gegeben. Ich würde alle ersuchen, daß wir hier daran arbeiten, die Aufschließung der Infrastruktur in den südsteirischen Bezirken zu verbessern.

Ich darf jetzt zu den Mautstellen kommen. Herr Kollege Heibl hat das Problem bereits angezogen, worum es hier geht. Es ist vor einiger Zeit in der regionalen Zeitung zu lesen gewesen, daß von der ursprünglichen Planung Wundschuh abgegangen wurde und eine südliche Verlegung nach Gralla mit den Nebenmautstellen in Wildon und Lebring erfolgen sollte. Daß dies natürlich eine große Benachteiligung des Wirtschaftsverkehrs der südsteirischen Betriebe in den Hauptwirtschaftsraum Graz - und das ist er nun einmal - darstellt, ist nicht zu leugnen. Scheinbar hat zumindest eine Fraktion das ein bißchen verschlafen. Wir waren bei einer 20-Jahr-Feier eines Betonwerkes, wo diese Problematik angesprochen wurde, daß eine Mautstelle in Gralla errichtet werden sollte und daß das für die Region einen Nachteil bedeutet. Die Aussage eines regionalen Politikers war dann die, ja, dann könnten wir sie ein bißchen nach Norden verschieben, daß wir den Süden entlasten. Nur, ich glaube, da hat man dabei nicht weitergedacht, weil immer jene Fahrzeuge, die aus dem Raum Leibnitz, Deutschlandsberg oder Radkersburg kommen, durch die Mautstelle durch müssen und immer bezahlen müssen. Jene Betriebe aber oder jene Fahrten aus dem Raum Graz bis zum Terminal Werndorf immer mautfrei sind, was eine Benachteiligung der Wirtschaftsbetriebe darstellt, die nicht hinzunehmen ist. Daher haben wir gesagt, wenn es schon sein muß -, und ich möchte ganz ein-

deutig daran erinnern, daß wir nicht für das Roadpricing sind. Jedoch wenn es so sein muß - da hat einmal ein Politiker gesagt „die normative Kraft des Faktischen“ - und es ist eine beschlossene Sache, wenn wir schon in den sauren Apfel beißen müssen, dann bitte runter mit dieser Mautstelle als Eintrittsmautstelle in den Raum Spielfeld und den Raum Gersdorf, weil dann ist der ganze Bereich, der Innerbezirksbereich oder der Innerbezirksverkehr mautfrei bis hinauf nach Graz, bis nach Graz-Umgebung. (Beifall bei der FPÖ.)

Nur so kann man eine Wettbewerbsgleichstellung zusammenbringen, und nicht durch eine Mautstelle zwischen Graz und Leibnitz. (Abg. Majcen: „Argumentationskatalog!“)

Lieber Franz Majcen, es ist glaube ich kein Argumentationskatalog, den ich hierherbekomme zu unserem Beschlußantrag, sondern das ist späte Erkenntnis der ÖVP, daß es so richtig ist, so wie wir es vorgegeben haben. Das ist sehr gut, Franz, daß du deine Leute dazu motiviert hast, auch auf den Antrag hinaufzugehen, weil im Bezirk wird nicht immer so gehandelt. Da gibt es zwar große Konferenzen und große Resolutionen über diese Problematik, eingeladen werden dann nur ÖVP, SPÖ nur teilweise, der FPÖ-Abgeordnete kriegt auf einmal keine Einladung zu dieser Besprechung, soll aber dann mitunterschreiben. Nur, da bitte schön spielen wir nicht mit. Wenn ihr glaubt, Kollege Purr, euer eigenes Süppchen kochen zu müssen, dann kocht es! Nur hinten nachhoppeln ist zwar jetzt schön, und ich akzeptiere das!

Ich bringe hier den Unselbständigen Entschlussesantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ein, und wir freuen uns, daß er jetzt von allen Fraktionen unterstützt ist, der Abgeordneten Schinnerl, Wiedner, Heibl, Günther Prutsch, Tschernko und Alfred Prutsch, also beide Kollegen Prutsch, betreffend Errichtung einer Autobahnmautstelle im Raum Spielfeld/Gersdorf.

Begründung: Die Errichtung einer Autobahnmautstelle im Raum Gralla mit den Nebenmautstellen Lebring und Wildon würde für die südsteirische Wirtschaft Nachteile zur Folge haben. Für diese Betriebe ist Graz der Hauptwirtschaftsraum, und demnach wäre für jede Fahrt nach Graz eine Maut zu leisten. Dagegen wird der Wirtschaftsraum Graz eindeutig bevorzugt, weil jede Fahrt, die innerhalb von Graz-Umgebung bis hin zum künftigen Terminal Werndorf getätigt wird, völlig mautfrei wäre. Dieser weiteren Kostenbelastung und Ungleichbehandlung der südsteirischen Wirtschaftsbetriebe muß jedenfalls entgegengewirkt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, sich bei der ASFINAG dafür einzusetzen, von einer Errichtung einer Autobahnmautstelle im Raum Gralla und den Nebenmautstellen in Lebring und Wildon abzusehen und daß, wenn überhaupt eine Mautstelle erforderlich ist, eine „Eintrittsmautstelle“ im Raum Spielfeld/Gersdorf errichtet wird.

Ich bedanke mich für die Unterstützung. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ - 17.17 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Majcen das Wort.

Abg. Majcen (17.17 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich melde mich zum Tagesordnungspunkt, wo es darum geht, ob bei Ilz ein Park-and-ride-Parkplatz errichtet werden soll oder nicht, und bin der Meinung, daß die Regierungsvorlage abzulehnen ist, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Wenn ich als erhebende Stelle die Gemeinde Ilz, die oberhalb der Autobahn liegt, frage, ob sie einen Park-and-ride-Parkplatz haben will, dann wird sie ja sagen. Er ist dann auch gebaut worden, und zwar unter den gegebenen Bedingungen. 50 Prozent Land und 50 Prozent durch die Gemeinde Ilz. Das ist ein Parkplatz in der Ortschaft Ilz. Von dort können die Ilzer dann zum Autobus gehen oder sonst irgendwo weiterfahren. Der Autobahn-Park-and-ride-Platz, den ich mit meinem Antrag gemeint habe, war einer, der für alle diejenigen gilt, die aus Richtung sagen wir einmal Fürstenfeld, Altenmarkt, Söchau, Großwilfersdorf kommen und darüber hinaus aus dem Burgenland, also ein Park-and-ride-Parkplatz, der direkt vor der Autobahnauffahrt ist, weil von dort sehr viele gemeinsame Fahrgelegenheiten benützen. Das ist also nicht der, mit dem sich diese Regierungsvorlage beschäftigt. Daher glauben wir und glaube ich, daß es noch einmal von Vorteil wäre, die Situation zu überprüfen. Dazu ist es aber notwendig, diese vorliegende Regierungsvorlage abzulehnen. Da ist gar nichts böses gemeint, ich will damit auch niemandem wehtun oder sonst etwas, nur, die Gemeinde Ilz, die schon einen hat, aber aus anderen Gründen, zu fragen, ob sie einen Park-and-ride-Parkplatz haben will, und dann zu sagen, die sagen nein, daher brauchen sie keinen, das ist nicht sinnvoll, und ich stelle daher den Antrag beziehungsweise ich stelle mir daher vor, daß wir diese Regierungsvorlage ablehnen und eine neue Regierungsvorlage unter geänderten Gesichtspunkten bekommen. Das war die Wortmeldung, und ich bitte Sie hiebei um Unterstützung. Danke! (Beifall bei der ÖVP. - 17.19 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schleich das Wort.

Abg. Schleich (17.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Zu den Park-and-ride-Plätzen in Gleisdorf sowie in Ilz möchte ich natürlich sehr gerne Stellung nehmen, weil ich beides für gut heiße, und zwar deshalb für gut heiße, weil wir ja alle erleben, daß, wenn sich Leute zusammentun, gemeinsam zum Arbeitsplatz zu fahren, und dort parken können, natürlich auch für das Verkehrsaufkommen gut ist.

Ein bißchen verwundert bin ich zwar schon, wie einfach man sich das vorstellt, nachdem ich selbst Bürgermeister bin und jeder Abgeordnete auch weiß, daß es Gemeindeverbände gibt und auch dort die Bürgermeister in Sitzungen sich treffen. Und ich bin überzeugt, daß der Abgeordnete Majcen sowie die Burgi Beutl da dabei sind, wenn vor allem die ÖVP-Bürgermeister zusammensitzen, daß man das dort auch ein-

mal bringen könnte und einmal einen Vorstoß in der verkehrten Richtung – vorher eine Einigung – zu machen, und die mit einer fertigen Lösung kommen. (Abg. Beutl: „Sechs Bezirke!“) Ihr habt in fünf, sechs Bezirken ÖVP-Bürgermeister. Vor allem in der Region tut ihr euch wesentlich leichter als wie unsereiner.

Wenn ich zum Beispiel nur Sinabelkirchen anschau, beim Abgeordneten Huber, er hat auch so einen Parkplatz. Er hat ihn sogar aus seiner Finanzkasse, von seiner Gemeinde, die 50 Prozent finanziert und hat nicht lange herumgezuckt. (Abg. Majcen: „Reiche Gemeinde!“) Also, es kommt schon immer auf eines darauf an, will ich vorher schon jammern, es geht nicht oder es geht doch.

Soviel ich weiß, ist auch Ilz, lieber Franz, es fällt ja in deinen Bereich, eine ÖVP-Gemeinde, und ich sage, was interessieren mich die anderen. Also ich würde sagen, bringe einmal deine Bürgermeister zusammen, bringe einen vernünftigen Vorschlag ein. Mit einem vernünftigen Vorschlag kommt auch immer eine vernünftige Lösung heraus. Und über eine vernünftige Lösung würden wir uns alle freuen.

Ich möchte noch einmal wiederholen, ich finde wirklich beide Anträge für gut, sowohl in Gleisdorf wie auch in Ilz, aber ich würde wirklich hier an die ÖVP die Bitte stellen, auch ein bißchen Vorarbeit zu leisten. Manches Mal ist ein bißchen Arbeit auch gut. Bürgermeister sind es gewohnt, daß sie ihre Arbeit machen müssen, damit sie dann etwas umsetzen können. Ich glaube, das wäre manchmal auch für Abgeordnete nicht schlecht, dann wäre es etwas leichter. (Beifall bei der SPÖ.)

Diese Bitte bringe ich hier in den Landtag und hoffe, daß es in Zukunft auch in der Form kommt, dann wird es vielleicht leichter zu realisieren sein, und – jetzt muß ich wirklich etwas dazusagen – man braucht nicht immer jammern, der Landesrat Ressel, weil jetzt ist das Ressort natürlich rot, dort geht nichts weiter oder man macht nichts.

Wenn ich dem Kollegen Fink – (Abg. Majcen: „Ich habe nichts gesagt!“) Nein, du nicht.

Wenn ich dem Kollegen Fink seine Aussendungen lese, von der B 68 die Anschlußstraße, und daß er sich wundert, daß nichts weitergeht. So lange war es ein ÖVP-Ressort. Die Leute haben keinen Grund hergegeben. Dann sind wahrscheinlich wir schuld, weil jetzt endlich etwas weitergeht.

Ich glaube, man muß auch einmal Tatsachen bekennen, und ich würde diese Adresse zurückgeben, versuchen wir es gemeinsam, ein bißerl eine Arbeit, und dann funktioniert es. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 17.23 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Straßberger (17.23 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich habe gerade eine Mahnung gekriegt, daß mich eigentlich diese Gegend nicht interessieren soll. Zum Thema selbst – „Verkehr“ – darf ich natürlich Stellung nehmen.

Aber mich wundert heute bei dieser Diskussion, bei diesen Stücken, schon eines: Als ich – das darf ich feststellen, und das kann man im Protokoll nachlesen – im Frühjahr und am Ende unserer Frühjahrs-session hier zweimal auf die Mautsituation in unserem Lande aufmerksam gemacht habe, da ist mir vorgekommen, als wenn das Thema überhaupt niemanden interessieren würde.

Und jetzt, weil eigentlich – und das sage ich auch – dieses Thema fast abgefahren ist und die Standorte bereits fixiert sind, die Grundeinlösen im Gange sind, jetzt auf einmal ist hier im Hohen Haus der Aufschrei.

Ich habe so den Eindruck, weil der Straßberger das gesagt hat, der soll reden, das stimmt eh nicht. Otto, du wirst mir sicherlich recht geben. Ich war diesbezüglich mutterseelenallein, das kann man in den Protokollen nachlesen.

Ich meine, auch wenn es für die Südsteiermark gilt, dann darf ich das Beispiel wiederholen, was ich hier schon einmal gesagt habe, was die Obersteiermark betrifft, den Raum Mürzzuschlag. Innerhalb von 8 Kilometern sind vier Nebenmautstellen und eine Hauptmautstelle. Verehrte Damen und Herren, wir waren allein, als wir gekämpft haben, ob wir wenigstens eine Nebenmautstelle wegkriegen. Und ich sage das auch ganz offen, die sozialistischen Bürgermeister dieser Bezirksstadt und Umgebung haben einfach gesagt, da kriegen wir 20 Arbeitsplätze, das ist ja auch nicht schlecht.

Was das aber für die Obersteiermark bedeutet, wenn innerhalb von 8 Kilometern so eine Komprimierung von fünf Mautstellen ist, brauche ich sicherlich nicht näher erklären.

Ich glaube, Kollege Wiedner hat das gesagt, und ich gebe ihm sicherlich recht, in zehn Jahren braucht diese Mautabfertigung niemand. Das ist überholt. Ich bin nur froh, daß die Verordnung zu diesen Mautstellen Gott sei Dank noch nicht unterschrieben ist. Und ich hoffe, daß sie auch nach der Wahl nicht unterschrieben wird, denn dann können wir sagen, okay, wir müssen irgend etwas anderes erfinden, daß wir die Straßen finanzieren. Ich denke hier an die Mineralölsteuer. Warum ist sie nicht zweckgebunden eingesetzt worden? Weil man einfach dort einen großen Teil für das Budgetlochstopfen verwendet hat. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Weil die ÖVP das im Parlament aufgelöst hat!“)

Alles klar, Herr Präsident – (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Weil die ÖVP die Zweckbindung aufgelöst hat!“) Wir sind ja allein. Ich weiß es schon.

Ich meine nur, daß wir hier sehr vorsichtig umgehen sollen und alles in die Wege leiten sollen und diese Art von Roadpricing, wie es so schön heißt, hintenanstellen sollen. (Beifall bei der FPÖ.)

Herr Landesrat, ich möchte Sie auch bitten, nachdem Sie ja auch dafür zuständig sind, sich einzusetzen. Ich sage das, weil alles, was gut ist, hat der Herr Landesrat Ressel gemacht, und alles, was schlecht ist, hat scheinbar die ÖVP gemacht. Ich habe nur einmal von Ihnen eine Presseaussendung gehört, wo Sie gesagt haben, wir werden in Wien dementsprechend Druck machen. In der Zwischenzeit – vielleicht habe ich es überlesen, ich lasse mich gerne

berichtigen - habe ich eigentlich von Ihnen keine Aktivitäten diesbezüglich gehört, zumindest öffentlich nicht. Ich bitte Sie auch, daß Sie sich auch hier engagieren, daß diese Sache nicht stattfindet. Oder Sie wissen schon mehr, dann würde es uns sicherlich heute freuen, wenn Sie uns diesbezüglich dementsprechend aufklären.

In diesem Sinne, glaube ich, können wir nur alle gegen dieses System sein. Und ich lade alle ein, und mich freut es jetzt, daß das ganze Hohe Haus, alle Fraktionen, zumindest was SPÖ und ÖVP anbelangt, auch in das gleiche Horn blasen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. - 17.28 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernko (17.28 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zum Tagesordnungspunkt 26 Stellung nehmen, und zwar zu den Mautstellen.

Weil der Kollege Wiedner gemeint hat, er tritt als Retter der Nation jetzt auf oder wir hoppeln hinterher, muß ich schon korrigieren, daß die Wirtschaft, Sektion Verkehr, seit vier Jahren diese Mautstellen in Österreich überhaupt bekämpft und es bei uns vor einer Woche oder 14 Tagen in Leibnitz eine Info-Veranstaltung gegeben hat mit der ASFINAG. Hier hat uns Dr. Sieber von der ASFINAG erklärt, daß es nicht möglich ist, diese Mautstelle von Gralla beziehungsweise die Nebenmautstellen nach Gersdorf zu verlegen, da es EU-Richtlinien gibt, die dies nicht zulassen.

Auch mir wäre es recht, und wir haben eine Resolution, Kollege Wiedner, ich glaube, du warst bei der Veranstaltung nicht dabei - (Abg. Wiedner: „Ich hatte keine Einladung!“) Es waren alle Fraktionen eingeladen. (Abg. Wiedner: „Ich nicht!“)

Es waren aber alle Fraktionen eingeladen. Ich habe nicht eingeladen. (Abg. Heibl: „In der Resolution ist ganz etwas anderes!“) Kollege Otto Heibl, es wurde diskutiert, diese Mautstelle zu verlegen, daß die Mautstelle, auch wie im Entschließungsantrag, ein Punkt in dieser Resolution ist, daß die Mautstelle nach Gersdorf (Abg. Heibl: „Steht nicht drinnen!“) an diesen bestehenden Autobahnparkplatz verlegt wird, nach Süden verlegt wird.

Dieser Vorschlag ist bitte eingebracht worden. Die Bürgermeister aus unserem Bezirk und aus Radkersburg sind eben dabei, diese Resolution zu unterschreiben.

Insgesamt wäre aber zu überprüfen, ob es gerechtfertigt ist, wenn diese Mautstellen kommen, ob es überhaupt gerechtfertigt ist, daß von 29 beziehungsweise 26 Mautstellen in Österreich, 16 in die Steiermark kommen. (Beifall bei der ÖVP. - 17.30 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir haben sechs Abstimmungen durchzuführen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zum Tagesordnungspunkt 25 zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme des Antrages.

Zweitens ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zum Tagesordnungspunkt 26 zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme des Antrages.

Drittens, bitte ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zum Tagesordnungspunkt 27 zustimmen um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Und schließlich lasse ich abstimmen über den Antrag des Berichterstatters zum Tagesordnungspunkt 28. Wer ist bitte dafür, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ebenfalls mehrheitliche Annahme des Antrages.

Die fünfte Abstimmung handelt vom Entschließungsantrag der Freiheitlichen Partei, betreffend Errichtung einer Autobahnmautstelle in Spielfeld, beigetreten sind diesem Antrag die ÖVP und die SPÖ. Wer stimmt dem Antrag zu? Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Und schließlich und endlich sechstens bitte ich jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, dem auch die FPÖ beigetreten ist, betreffend Park-and-ride-Platz an der Autobahnanschlussstelle Gleisdorf-Süd, zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

29. Bericht des Sozial-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 962/1, der Abgeordneten Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Novelle zum Pflegegeldgesetz.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (17.32 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Sozial-Ausschuß hat in seinen Sitzungen am 1. Dezember 1998 und am 14. September 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 962/1, der Abgeordneten Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Novellierung zum Pflegegeldgesetz, beraten.

Mit dem Antrag der Abgeordneten Keshmiri und Dr. Brünner wurde angeregt, eine Neuregelung, betreffend den Kostenbeitrag von Pflegegeldbeziehern, zu treffen. Dieser Antrag wurde einem Unterausschuß zur Beratung zugewiesen, und es fand am 7. Juli 1999 eine Unterausschußsitzung statt. In dieser Unterausschußsitzung kamen die Abgeordneten der SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen zu der Auffassung, daß dem Antrag aus administrativen Gründen nicht nähergetreten werden kann, zumal in der Steiermark den Intentionen des Antrages mit den letzten Novellen im Pflegegeld- und Behindertenbereich weitgehend Rechnung getragen wurde.

Der Sozial-Ausschuß stellt den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Sozial-Ausschusses zum Antrag, Einl.-Zahl 962/1, der Abgeordneten Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Novelle zum Pflegegeldgesetz, wird zur Kenntnis genommen. (17.33 Uhr.)

Präsident: Danke, zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich der Frau Abgeordneten Keshmiri das Wort.

Abg. Keshmiri (17.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte zu diesem Tagesordnungspunkt einen Entschließungsantrag einbringen, und zwar der Abgeordneten Keshmiri, Wabl, Pußwald, Wicher und Hartinger, betreffend eine leistungsbezogene Abrechnung im Zusammenhang mit dem Pflegegeld.

Wir haben – Barbara Gross hat das vorhin kurz berichtet – schon einmal einen Antrag eingebracht, der etwas weitläufiger war und deshalb mit dem Argument eines unnötigen oder überflüssigen bürokratischen Aufwandes nicht angenommen wurde. Wir haben ihn jetzt etwas verändert, und zwar dahin gehend, daß erst ab einer Woche Krankheit die leistungsbezogene Abrechnung der teilstationären Einrichtung mehr oder weniger vollzogen werden soll. Ich lese ihn kurz vor.

Das geltende Pflegegeldgesetz beinhaltet eine Ungleichbehandlung von Pflegegeldbeziehern, die in teilstationären Einrichtungen untergebracht sind. Wird ein Betroffener krank und wird diese Krankheit nicht in einem Krankenhaus behandelt, so wird der Kostenbeitrag an die teilstationäre Einrichtung – obwohl er diese tatsächlich nicht in Anspruch nimmt – trotzdem vom Pflegegeld in Abzug gebracht. Im Falle einer Behandlung im Krankenhaus ruht dieser Anspruch für die tatsächlich im Krankenhaus verbrachten Tage.

Argument für ein Ruhen des Anspruches auf Teile des Pflegegeldes im Falle der Krankheit und der dadurch bedingten Abwesenheit von der teilstationären Betreuungseinrichtung ist, daß die Betreuungsleistungen in diesem Fall natürlich vom Krankenhaus erbracht werden. Dasselbe Argument kommt aber auch im Falle der Pflege eines Kranken zu Hause zum Tragen. Seitens der zuständigen Abteilung wird gegen eine leistungsbezogene Abrechnung in diesem Fall allerdings ein großer Verwaltungsaufwand bei tagesweiser Berechnung angeführt. Obwohl diese Argumentation nicht zur Gänze nachvollzogen werden kann – da diese Möglichkeit bei Unterbringung in einem Krankenhaus sehr wohl besteht –, sollte die dadurch erzeugte Ungleichbehandlung der Betroffenen beseitigt werden.

Ein weiteres Argument ist sicher, daß eine Pflege von Kranken zu Hause im familiären Umfeld, soweit das abhängig von der konkreten Erkrankung tunlich und machbar ist, sicher einer Pflege im Krankenhaus vorzuziehen ist. Eine Beseitigung dieser Ungleichbehandlung bedeutet auch die Wertschätzung von im Bereich der Pflege erbrachten Leistungen durch Angehörige.

Es wird daher von den unterzeichneten Abgeordneten der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Novelle zum Pflegegeldgesetz vorzulegen, in der eine leistungsbezogene Abrechnung im Bereich von teilstationären Einrichtungen vorgesehen ist, sofern die Abwesenheit des Pflegebedürftigen von

einer teilstationären Einrichtung krankheitsbedingt ist, die Pflege des Kranken zu Hause erfolgt, seine Abwesenheit mindestens eine Woche dauert und seine Krankheit binnen längstens einem Monat durch den Hausarzt in Form eines Attests bestätigt wird. Danke! (17.36 Uhr.)

Präsident: Danke, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir haben jetzt zwei Abstimmungen durchzuführen. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, mehrheitlich angenommen.

Und schließlich zweitens stimmen wir ab über den Entschließungsantrag des LIF und der Grünen, einzelner Abgeordneter der ÖVP und der FPÖ, wie ich es gehört habe. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, bitte ich Sie um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest und komme zum Tagesordnungspunkt

30. Bericht des Sozial-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 1060/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Bacher, Beutl, Pußwald, Tschernko und Wicher, betreffend Erhöhung der Pension für Pflegepersonen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (17.37 Uhr): Ich darf zu diesem Tagesordnungspunkt folgenden Mündlichen Bericht vorlegen und um Annahme bitten:

Der Sozial-Ausschuß stellt den Antrag, daß der Landtag beschließen wolle, daß der Bericht des Sozial-Ausschusses, betreffend die Erhöhung der Pension für Pflegepersonen, zur Kenntnis genommen wird, zumal die Regierung bereits am 12. Juli einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt hat und die Erhöhung über den im Antrag geforderten Betrag sogar hinausgeht. Ich bitte um Annahme des Antrages. (17.38 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest und komme zum Tagesordnungspunkt

31. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1179/1, über Teilgebiete der Gebarung im Land Steiermark, Projektförderung Dorfentwicklung; Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (17.39 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe den Mündlichen Bericht Nr. 271.

Der Kontroll-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 14. September 1999 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1179/1, über Teilgebiete der Gebarung im Land Steiermark, Projekt-

förderung Dorfentwicklung; Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Kontroll-Ausschuß stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebirgsregion im Land Steiermark, Projektförderung Dorfentwicklung; Teilnahme an der Prüfung des Europäischen Rechnungshofes wird zur Kenntnis genommen. Danke! (17.39 Uhr.)

Präsident: Danke auch. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest und komme zum Tagesordnungspunkt

32. Wahlen in die Landtags-Ausschüsse.

Nach Paragraph 62 Absatz 1 GeoLT wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettels vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die nunmehr durchzuführende Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Mein Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Von der Sozialistischen Partei Österreichs liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Ussar, die Wahlvorschläge zu verlesen:

Abg. Ussar: In den Ausschuß für Bau, Wohnbau, Raumordnung als Ersatzmitglied Abgeordneter Bernd Stöhrmann.

In den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten als Ersatzmitglied Abgeordnete Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa.

In den Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit als Mitglied Abgeordneter Ernst Huber, als Ersatzmitglied Abgeordneter Bernd Stöhrmann.

In den Finanz-Ausschuß als Mitglied Abgeordneter Franz Schleich, als Ersatzmitglied Abgeordneter Bernd Stöhrmann.

In den Ausschuß für Föderalismus und Verwaltungsreform als Mitglied Abgeordneter Ernst Korp, als Ersatzmitglied Abgeordneter Bernd Stöhrmann.

In den Gemeinde-Ausschuß als Mitglied Abgeordneter Bernd Stöhrmann.

In den Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler als Ersatzmitglied Abgeordnete Monika Kaufmann.

In den Kontroll-Ausschuß als Mitglied Abgeordnete Dr. Ilse Reinprecht, als Ersatzmitglied Abgeordneter Bernd Stöhrmann.

In den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft als Mitglied Abgeordneter Bernd Stöhrmann, als Ersatzmitglied Abgeordneter Franz Schleich.

In den Petitions-Ausschuß als Mitglied Abgeordneter Bernd Stöhrmann.

In den Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung als Mitglied Abgeordneter Walter Kröpfl, als Ersatzmitglied Abgeordneter Bernd Stöhrmann.

In den Sozial-Ausschuß als Mitglied Abgeordnete Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, als Ersatzmitglied Abgeordneter Mag. Wolfgang Erlitz.

In den Ausschuß für Umweltschutz und Energie als Mitglied Abgeordneter Otto Heibl, als Ersatzmitglied Abgeordneter Karl Schuster.

In den Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur als Mitglied Abgeordneter Bernd Stöhrmann.

In den Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz als Mitglied Abgeordneter Dipl.-Ing. Heinz Grabner.

Präsident: Ich danke dem Herrn Schriftführer und ersuche jetzt die Damen und Herren, die seinen Vorschlägen zustimmen, diese Zustimmung durch ein Handzeichen zu bekunden. Danke schön. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung dieser Sitzung ist damit erledigt. Ich ersuche die Damen und Herren des Finanz-Ausschusses, sich in den Rittersaal zu begeben und im Anschluß an ihre Sitzung sofort, wenn es möglich ist, wieder hierherzukommen, damit wir die 57. Sitzung des Landtages abhalten. Gegenstand ist das Ergebnis ihrer Beratungen.

Die Sitzung ist beendet. (Ende der Sitzung: 17.43 Uhr.)